

LANDESHAUPTSTADT



Jahresabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2018

www.wiesbaden.de

Jahresabschluss 2018

Inhaltsverzeichnis

1 Jahresabschluss	7
1.1 Vermögensrechnung	8
1.2 Ergebnisrechnung	10
1.3 Finanzrechnung	11
2 Rechenschaftsbericht	12
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	12
2.2 Entwicklung der Steuererträge und Schlüsselzuweisungen	14
2.3 Strategien und Ziele	15
2.4 Haushaltsplan 2018	17
2.5 Ergebnissituation	18
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre	18
2.5.2 Die Ergebnislage der LHW im Plan-Ist Vergleich	27
2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte	28
2.6.1 Dezernat I	29
2.6.2 Dezernat II	32
2.6.3 Dezernat III	39
2.6.4 Dezernat IV	43
2.6.5 Dezernat V	45
2.6.6 Dezernat VI	53
2.6.7 Allgemeine Finanzwirtschaft	59
2.7 Entwicklung der Finanzlage	60
2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	64
2.9 Chancen	66
2.10 Risiken	67
2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2018 sowie Ausblick	75
2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	76
3 Anhang/Erläuterungen zum Jahresabschluss	77
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung	77
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	77
3.1.2 Sachanlagevermögen	78
3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	82
3.1.4 Umlaufvermögen	85
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	88
3.1.6 Eigenkapital	89
3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	89
3.1.8 Rückstellungen	90
3.1.9 Verbindlichkeiten	92
3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	94
3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	95
3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	95
3.2.2 Restmittel und Überleitungen	95
3.2.3 Ergebnisverwendung	96
3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung	97
3.3.1 Einleitung	97
3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede	97
3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen	99
3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen	100
3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen	100

Jahresabschluss 2018

3.5	Rechtliche Grundlagen.....	101
3.6	Organe und Vertretungsbefugnis.....	101
3.7	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	104
3.8	Haftungsverhältnisse.....	105
3.9	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen.....	106
3.10	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	107
4	Tabellenteil	110
4.1	Anlagenspiegel (in Tsd. €).....	111
4.2	Forderungsspiegel	112
4.3	Eigenkapitalspiegel	112
4.4	Sonderpostenspiegel	113
4.5	Rückstellungsspiegel	114
4.6	Verbindlichkeitspiegel	115
4.7	Übersicht über die fremden Finanzmittel	116
4.8	Ergebnisrechnung Wiesbaden	117
4.9	Ergebnisrechnung AKK.....	118
4.10	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK	119
4.11	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen 2018.....	126

Jahresabschluss 2018

Vorwort

Im abgelaufenen Jahr konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden erneut von der Kraft des hiesigen Wirtschaftsraums profitieren. Wiesbaden musste wie die Gesamtwirtschaft jedoch einen kleinen Dämpfer bei den Gewerbesteuerereinnahmen hinnehmen.

Die Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen kamen nicht an die Rekordwerte aus 2017 heran. Trotzdem konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 20,9 Mio. € erzielt werden. Um diesen Betrag steigen unsere Rücklagen an. Sie dienen dazu, auch in Jahren mit schwächerer Konjunktur handlungs- und zukunftsfähig zu bleiben.

Das abgelaufene Jahr war geprägt von Aufgaben und Maßnahmen, die uns auch in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Wie in den Vorjahren haben wir ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Kinderbetreuung. Aufgrund des weiterhin angespannten Wohnungs- und Immobilienmarktes verstärken wir unsere Anstrengungen in der Schaffung und Förderung von Wohnraum. Städtebauliche Projekte wie „Hainweg“, „Bierstadt Nord“ oder das „Ostfeld“ versprechen in den nächsten Jahren eine Entlastung auf dem Wohnungsmarkt. Aufgrund des weiteren Zuzugs von Einwohnern werden sowohl neue Schulen und Kindergärten gebaut als auch notwendige Instandsetzungsmaßnahmen in älteren Objekten vorgenommen.

Um die Lebens- und Freizeitqualität zu erhöhen, laufen die Vorbereitungen für den Bau des neuen Sportparks und Freizeitbades „Rheinhöhe“ am Konrad-Adenauer-Ring auf Hochtouren. Der Bau könnte schon in der ersten Jahreshälfte 2021 starten.

Zunehmend rückt die Bedeutung der Luftqualität und des Stadtklimas in den Vordergrund. Durch Angebotsverbesserungen im Wiesbadener ÖPNV werden vermehrt Anreize geschaffen, auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Gleichzeitig beschlossen die Gremien schon im Jahr 2017, die Busflotte durch batterie- und wasserstoffgetriebene Elektrobusse zu modernisieren. Damit leisten wir einen erheblichen Beitrag zur Luftreinhaltung. Die Digitalisierung des Verkehrs (DIGI-V) in Wiesbaden bildet ein weiteres Innovationsfeld, für das im abgelaufenen Haushaltsjahr die Weichen gestellt wurden.

Das RheinMain Congress Center RMCC wurde im April 2018 eröffnet. Es leistet einen bedeutenden Beitrag dazu, Wiesbaden auch zukünftig als Kongressstadt zu etablieren.

All diese Vorhaben führen auch zu Belastungen des Haushalts, die finanziert werden wollen. Von dem erwirtschafteten Ergebnis stammt der größte Teil aus Bewertungsgewinnen im Rahmen von Baulandumlegungen. Anders herum gesagt, resultiert nur ein kleiner Teil (ca. 4 Mio. €) aus dem sparsamen Umgang mit vorhandenen Mitteln. Wir werden uns anstrengen müssen, damit wir die angestrebten Standards auch auf Dauer erfüllen können.

Wiesbaden ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Wir unternehmen große Anstrengungen, dass sich die Menschen wohlfühlen. Um die an uns gestellten Anforderungen und Ihre Wünsche umsetzen zu können, müssen wir weiterhin wirtschaftlich arbeiten.

Axel Imholz

Kämmerer



Jahresabschluss 2018

1 Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung¹ besteht der Jahresabschluss aus:

- Vermögensrechnung,
- Ergebnisrechnung,
- Finanzrechnung.

Die Finanzrechnung wird bei der Landeshauptstadt Wiesbaden² seit 2018 entsprechend des vorgegebenen Musters direkt dargestellt.

¹ Im Folgenden HGO.

² Im Folgenden LHW.

Jahresabschluss 2018

1.1 Vermögensrechnung ³

AKTIVA Position	31.12.2018		31.12.2017	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.517.332,00		2.352.515,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	70.977.182,11		73.767.120,37	
		73.494.514,11		76.119.635,37
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	487.386.867,85		472.009.069,02	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	513.903.333,70		486.966.728,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	368.430.020,80		378.039.746,21	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	217.018,00		135.593,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.001.481,20		33.909.782,70	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	68.815.392,22		74.369.659,63	
		1.473.754.113,77		1.445.430.579,26
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	445.688.978,02		478.371.954,83	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	63.560.817,66		63.601.805,19	
1.3.3 Beteiligungen	178.629,00		178.629,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.588.802,45		16.830.315,04	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50.799.790,37		34.999.910,15	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	69.021.911,27		70.435.585,25	
		645.838.928,77		664.418.199,46
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00		173.640.000,00	
		173.640.000,00		173.640.000,00
		2.366.727.556,65		2.359.608.414,09
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	49.561.888,60		45.829.106,20	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	30.099.544,27		33.889.629,72	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.073.273,35		749.209,24	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	21.106.948,88		40.328.959,84	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	12.778.170,19		10.445.386,31	
		114.619.825,29		131.242.291,31
2.5 Flüssige Mittel		265.668.682,90		237.419.231,72
		380.288.508,19		368.661.523,03
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		29.400.868,36		29.729.742,54
		2.776.416.933,20		2.757.999.679,66

³ Die Bilanzstruktur orientiert sich am Muster 20 der GemHVO: Auf den Ausweis von Bilanzpositionen mit Null-Salden wird verzichtet.

Jahresabschluss 2018

PASSIVA Position	31.12.2018		31.12.2017	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	223.602.370,58		136.726.753,21	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	17.019.167,50		11.674.227,57	
1.2.4.1 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		242.505.498,95		150.284.941,65
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.387.508,57		86.875.617,37	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	16.521.422,37		5.344.939,93	
		20.908.930,94		92.220.557,30
		1.522.504.118,15		1.501.595.187,21
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	176.919.286,48		222.784.835,50	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	8.452.614,73		8.380.329,73	
2.1.3 Investitionsbeiträge	24.518.604,00		26.857.278,00	
		209.890.505,21		258.022.443,23
		209.890.505,21		258.022.443,23
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	545.942.481,00		532.632.516,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	9.708.472,10		4.710.870,16	
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.387.956,40		11.429.617,11	
3.5 Sonstige Rückstellungen	16.939.061,12		10.816.938,70	
		583.977.970,62		559.589.941,97
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 19.229.955,99	291.167.125,56		309.997.081,55	
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.145.206,63	29.446.157,06		30.596.363,69	
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00	885.370,67		1.037.727,63	
		321.498.653,29		341.631.172,87
4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung		4.100.000,00		0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		4.372.962,79		4.144.909,49
4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		13.324.202,97		9.114.515,78
4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		6.115.567,79		4.908.025,06
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		33.953.842,24		13.037.655,85
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten		40.009.284,69		29.426.803,17
		423.374.513,77		402.263.082,22
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		36.669.825,45		36.529.025,03
		<u>2.776.416.933,20</u>		<u>2.757.999.679,66</u>

Jahresabschluss 2018

1.2 Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15.399.468,14	-12.065.214,70	-11.882.241,27	-182.973,43
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-46.492.282,02	-52.575.367,86	-52.547.235,55	-28.132,31
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-20.790.706,36	-19.644.763,84	-23.531.494,07	3.886.730,23
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.161.295,53	-500.000,00	-1.429.056,43	929.056,43
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-636.326.645,43	-640.731.000,00	-615.009.466,15	-25.721.533,85
6	Erträge aus Transferleistungen	-230.752.605,54	-205.286.970,00	-233.351.588,56	28.064.618,56
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-266.988.935,04	-232.798.139,23	-231.694.257,65	-1.103.881,58
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.549.162,23	-12.500.723,00	-13.347.012,01	846.289,01
9	Sonstige ordentliche Erträge	-39.181.585,66	-23.363.888,09	-43.464.859,93	20.100.971,84
10	Summe der ordentlichen Erträge	-1.270.642.685,95	-1.199.466.066,72	-1.226.257.211,62	26.791.144,90
11	Personalaufwendungen	242.462.412,66	258.724.517,75	257.287.673,65	1.436.844,10
12	Versorgungsaufwendungen	69.178.193,13	43.575.810,00	55.376.952,22	-11.801.142,22
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	166.444.516,30	194.857.031,55	177.591.801,03	17.265.230,52
14	Abschreibungen	52.475.947,04	60.703.164,00	54.604.511,28	6.098.652,72
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	123.407.517,77	135.611.192,85	142.340.967,76	-6.729.774,91
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	135.432.142,45	136.037.593,94	131.884.029,69	4.153.564,25
17	Transferaufwendungen	407.218.024,96	396.238.418,53	416.784.681,24	-20.546.262,71
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	640.249,66	3.058.880,00	5.492.182,08	-2.433.302,08
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.197.259.003,97	1.228.806.608,62	1.241.362.798,95	-12.556.190,33
20	Verwaltungsergebnis	-73.383.681,98	29.340.541,90	15.105.587,33	14.234.954,57
21	Finanzerträge	-31.465.448,58	-27.567.626,30	-34.403.091,36	6.835.465,06
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.973.513,19	14.766.640,00	14.909.995,46	-143.355,46
23	Finanzergebnis	-13.491.935,39	-12.800.986,30	-19.493.095,90	6.692.109,60
24	Ordentliches Ergebnis	-86.875.617,37	16.539.555,60	-4.387.508,57	20.927.064,17
25	Außerordentliche Erträge	-16.704.444,55	-1.107.122,63	-93.448.080,38	92.340.957,75
26	Außerordentliche Aufwendungen	11.359.504,62	9.148,67	76.926.658,01	-76.917.509,34
27	Außerordentliches Ergebnis	-5.344.939,93	-1.097.973,96	-16.521.422,37	15.423.448,41
28	Jahresergebnis	-92.220.557,30	15.441.581,64	-20.908.930,94	36.350.512,58

Die im fortgeschriebenen Ansatz des Haushaltsjahres 2018 dokumentierten Werte beinhalten den Ansatz zuzüglich der Über-/Außerplanmäßigen Aufwendungen, abzüglich der Sperrn.

Jahresabschluss 2018

1.3 Finanzrechnung⁴

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017 (Indirekt)	Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres 2018
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte		12.062.214,70	11.909.880,37	-152.334,33
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		53.775.367,86	52.132.858,14	-1.642.509,72
3	Kostensersatzleistungen -und erstattungen		19.644.763,84	22.670.253,70	3.025.489,86
4	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen		639.831.000,00	616.359.873,33	-23.471.126,67
5	Einzahlungen aus Transferleistungen		205.286.970,00	234.252.170,19	28.965.200,19
6	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen		232.788.139,23	226.375.135,81	-6.413.003,42
7	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen		27.567.626,30	33.620.862,56	6.053.236,26
8	sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben		24.466.919,17	24.359.793,93	-107.125,24
9	Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1-8)	0,00	1.215.423.001,10	1.221.680.828,03	6.257.826,93
10	Personalauszahlungen		-258.724.517,75	-256.859.163,22	1.865.354,53
11	Versorgungsauszahlungen		-28.575.810,00	-27.637.888,35	937.921,65
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		-203.281.441,68	-169.564.963,58	33.716.478,10
13	Auszahlungen für Transferleistungen		-396.238.418,53	-418.329.997,71	-22.091.579,18
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen		-138.112.054,54	-141.159.432,17	-3.047.377,63
15	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen		-139.558.800,00	-129.490.041,89	10.068.758,11
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen		-14.766.640,00	-13.917.230,14	849.409,86
17	sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben		-1.145.228,67	-3.504.987,52	-2.359.758,85
18	Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10-17)	0,00	-1.180.402.911,17	-1.160.463.704,58	19.939.206,59
19	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 9 ./. Nr. 18)	119.563.465,16	35.020.089,93	61.217.123,45	26.197.033,52
20	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.672.192,12	29.777.566,95	5.429.748,73	-24.347.818,22
21	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	28.800.714,00	47.891.031,95	21.929.274,63	-25.961.757,32
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	5.576.909,63	3.314.000,00	3.058.707,06	-255.292,94
23	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 - 22)	37.049.815,75	80.982.598,90	30.417.730,42	-50.564.868,48
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		-11.026.796,61	-5.425.653,20	5.601.143,41
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen		-130.960.396,61	-40.266.003,03	90.694.393,58
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	60.530.861,52-	-43.828.821,66	-11.951.331,93	31.877.489,73
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	41.035.196,88-	-23.619.551,57	-31.045.086,28	-7.425.534,71
28	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 - 27)	-101.566.058,40	-209.435.566,45	-88.688.074,44	120.747.492,01
29	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Nr. 23 ./. Nr. 28)	-64.516.242,65	-128.452.967,55	-58.270.344,02	70.182.623,53
30	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr.19 und Nr. 29)	55.047.222,51	-93.432.877,62	2.946.779,43	96.379.657,05
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	25.235.889,54	64.252.000,00	2.395.000,00	-61.857.000,00
32	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	40.237.826,37-	-21.070.000,00	-22.375.162,62	-1.305.162,62
33	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31 ./. 32)	-15.001.936,83	43.182.000,00	-19.980.162,62	-63.162.162,62
34	Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Nr. 30 und Nr. 33)	40.045.285,68	-50.250.877,62	-17.033.383,19	33.217.494,43
35	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Fremde Finanzmittel, Rückzahlungen von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)		0,00	0,00	
36	Haushaltswirksame Auszahlungen (u. a. Fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	12.300.000,00-	0,00	0,00	
37	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 35 ./. Nr. 36)	-12.300.000,00	0,00	45.282.834,37	-27.492.589,67
38	Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	209.673.946,04	209.673.946,04	237.419.231,72	0,00
39	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	27.745.285,68	-50.250.877,62	28.249.451,18	-169.551.693,90
40	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 38 und 39)	237.419.231,72	159.423.068,42	265.668.682,90	-169.551.693,90

⁴ Seit dem Haushaltsjahr 2018 wird die Finanzrechnung nach direkter Methode dargestellt.

Jahresabschluss 2018

2 Rechenschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft hat sich im Berichtszeitraum wesentlich verlangsamt. Neben einer geringeren Exportnachfrage wirkt sich der Arbeitskräftemangel in vielen Branchen auf die Entwicklung aus.

Aus diesen Gründen passte der Sachverständigenrat seine Wachstumsprognose für die Jahre 2019 und 2020 nach unten an. Es werden jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2019 in Höhe von 0,8% und für 2020 von 1,7% erwartet. Die niedrige Prognose für 2019 ist vor Allem auf das schwache letzte Quartal 2018 zurückzuführen.

Die bisherige Überauslastung der deutschen Wirtschaft geht zurück und die Produktion passt sich dementsprechend an. Damit ist der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre vorerst vorüber. Eine Rezession ist nach aktueller Ansicht jedoch nicht zu erwarten.

Der Arbeitsmarkt ist weiterhin geprägt von steigender Beschäftigung und hoher Lohndynamik. Wachstumsimpulse dürften im Jahr 2019 vom privaten Konsum, dem Bausektor und der staatlichen Auftragsvergabe ausgehen.⁵

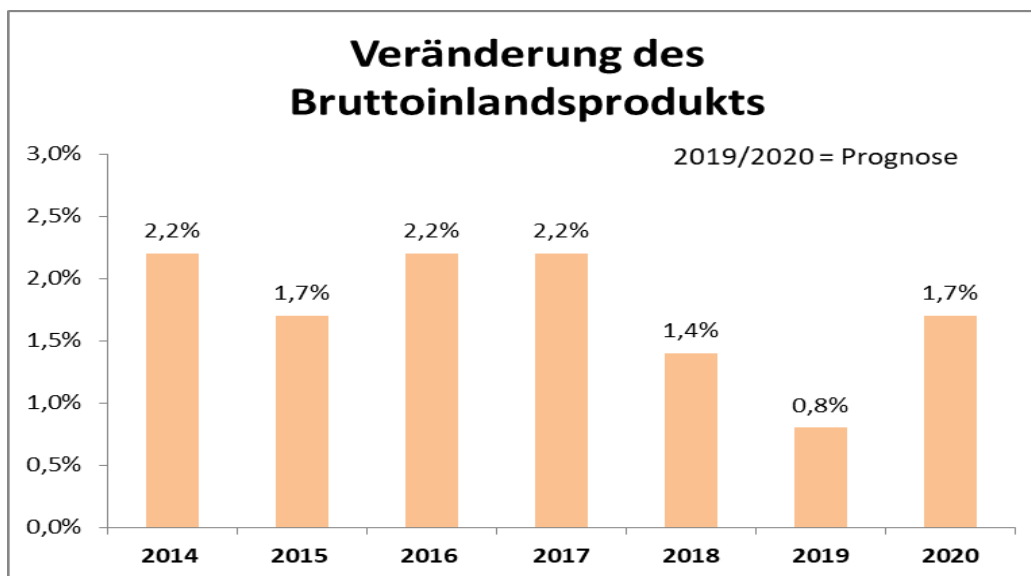


Abbildung 1: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 05/2019), Quelle: Eurostat Online-Datenbank und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2018 um 1,4 Prozent. Jedoch wird die Wachstumsdynamik in Deutschland, in der Eurozone und weltweit 2019 etwas nachlassen.

Weltweite Handelskonflikte, der drohende harte Brexit und das sich abschwächende Wachstum in China stellen Risiken für die Wirtschaft dar. Der Verlauf der Binnenkonjunktur ist positiv, was sich günstig auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Steigender privater Konsum ist die Folge. Vor Allem die Baubranche und Dienstleistungsunternehmen profitieren von der guten Lage.

⁵ Konjunkturprognose 2019 und 2020 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Jahresabschluss 2018

In der Wirtschaftsregion Wiesbaden strahlen die Unternehmen im Zuge einer Konjunkturumfrage einen gedämpften Optimismus aus.

Der **Geschäftsklimaindex** geht auf 130 Zähler zurück. Das sind 6 Punkte weniger als bei der letzten Umfrage im Herbst 2018. Gegenüber dem hessenweiten Durchschnitt liegt der Wiesbadener Indikatorwert nun 11 Zähler höher (-1 Prozentpunkt). Damit signalisieren die Daten einen **positiven Wachstumsimpuls** für die Wirtschaftsregion Wiesbaden, der deutlich größer ist als jener für ganz Hessen.

Momentan wird die **Geschäftslage** von den Unternehmen im Bezirk der IHK Wiesbaden unverändert hervorragend beurteilt. 57 Prozent der Unternehmer beschreiben ihre Lage als positiv, 7 Prozent (Anstieg von 3 Prozent) als schlecht. 36 Prozent der Betriebe verweisen auf eine befriedigende Geschäftslage.

Die **Geschäftserwartungen** für die kommenden 12 Monate sind unterschiedlich. Während ein Viertel der Unternehmen positive Geschäftserwartungen hat, rechnen 12 Prozent mit schlechteren Aussichten.

Die Betriebe im Wiesbadener Raum suchen weiterhin verstärkt Personal. Der **Beschäftigungsaufbau** verlangsamt sich jedoch. Während viele Unternehmen die Vergrößerung ihrer Belegschaft in den kommenden 12 Monaten plant, wollen andere wiederum Stellen abbauen. 72 Prozent planen keine quantitative Veränderung im Personalbestand.

Insgesamt ergibt sich ein Trend, in dem Unternehmen deutlich weniger investieren wollen als noch im Herbst 2018. 32 Prozent der Unternehmen haben vor, ihre **Investitionsausgaben** in den kommenden zwölf Monaten zu steigern, 16 Prozent planen eine Kürzung.

Demgegenüber haben die **Exportserwartungen** insgesamt gegenüber Herbst 2018 zugelegt. 32 Prozent der exportierenden Betriebe rechnen in den nächsten 12 Monaten mit einem wachsenden Exportvolumen (+8 Prozentpunkte), 13 Prozent gehen von einem Rückgang aus (+4 Prozentpunkte), 55 Prozent von gleichbleibenden Exporten.⁶

Die **Arbeitslosenquote** war in Wiesbaden im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte rückläufig.⁷

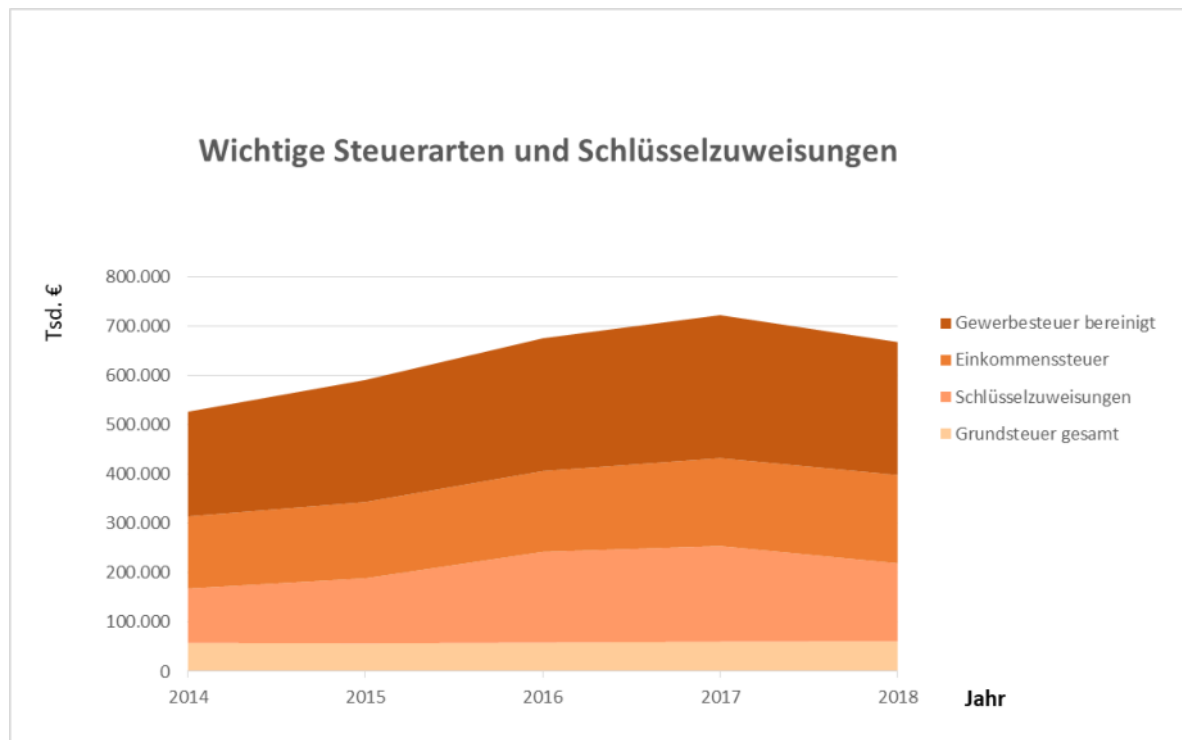
⁶ Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Jahresbeginn 2019.

⁷ Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“.

Jahresabschluss 2018

2.2 Entwicklung der Steuererträge und Schlüsselzuweisungen

Im Jahr 2018 gingen die Gewerbesteuererträge um insgesamt 24.079 Tsd. € (20.656 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage) auf 317.420 Tsd. € (269.407 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage) zurück. Die Spitze im Jahr 2017 erklärt sich aus Einmaleffekten.



in Tsd. €	2014	2015	2016	2017	2018
Gewerbesteuer	251.918	288.699	319.758	341.499	317.420
Gewerbesteuerumlage	-39.732	-41.259	-50.481	-51.436	-48.013
Gewerbesteuer bereinigt ⁸	212.186	247.440	269.277	290.063	269.407
Einkommensteuer	146.146	154.595	163.705	178.041	173.299
Schlüsselzuweisungen	110.312	132.026	183.974	194.098	157.906
Grundsteuer gesamt ⁹	58.124	57.168	58.778	60.531	61.561

Trotz der rückläufigen Gewerbesteuerentwicklung ist die Konjunkturlage weiterhin gut und zeichnet sich durch die hohe Beschäftigungsquote und steigende Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen aus.

⁸ Die Gewerbesteuererträge stehen der Gemeinde nicht in vollem Umfang zur Verfügung. Sie sind um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen, die an Bund und Länder abzuführen ist.

⁹ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der LH Wiesbaden irrelevant.

Jahresabschluss 2018

Die Allgemeinen Schlüsselzuweisungen¹⁰ gingen gegenüber 2017 um 36.191 Tsd. € zurück. Der Rückgang resultiert aus einer höheren Steuerkraft und einem geringeren Bedarf (ausgedrückt in der Ausgleichsmesszahl):

Jahr	Steuerkraft	Ausgleichsmesszahl	ausgleichsfähiger Betrag	Schlüsselzuweisung 65%
2017	505.698	804.310	298.612	194.098
2018	546.535	789.468	242.932	157.906

2.3 Strategien und Ziele

Wiesbaden ist eine weltoffene grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Zu den kommunalen Aufgaben zählen moderne Stadtentwicklung, Umweltschutz und Gesundheitsförderung. Wiesbaden will ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen und kulturelle Vielfalt garantieren.

Wiesbaden erwartet in den kommenden Jahrzehnten eine wachsende Bevölkerung. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen werden in den kommenden Jahren viele Handlungsfelder neu zu gestalten sein. Dazu zählen zum Beispiel der Wohnungsbau, die soziale Infrastruktur, intelligent vernetzte Verkehrssysteme und die Einführung eines emissionsfreien ÖPNV.

Im ersten Jahr des Doppelhaushalts 2018/2019 setzte die Verwaltung den Hauptschwerpunkt auf die Absicherung des Leistungsspektrums für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus lagen Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit in den Bereichen Sport, Schulen und städtischer Infrastruktur sowie auf dem moderaten, weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bereichen Krippe, Kindertagesstätten und Schulkinderbetreuung.

Die starke Attraktivität und Dynamik Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsstadt führt zu einem angespannten Wohnungs- und Immobilienmarkt, besonders bei bezahlbarem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Wiesbaden zählt zu den Städten, die Ihre kommunalen Wohnungen bewusst nicht verkaufen. Mittlerweile halten die kommunalen Wohnungsgesellschaften ca. 13.000 Wohneinheiten in ihrem Bestand. Sie helfen bei der Realisierung anspruchsvoller Stadtentwicklungsprojekte wie dem neuen Stadtteil auf dem Ostfeld.

Durch die Zinsstrategie des billigen Geldes der Europäischen Zentralbank¹¹ schaffen vergünstigte Darlehen im Wohnungsbau nicht mehr genügend Anreize für Bauherren zur Herstellung gebundenen Wohnraums. Wir unterstützen daher unsere kommunalen Wohnungsunternehmen auch durch Zuschüsse.

Das Errichten neuer Wohnbaugebiete führt in der Regel zu hohen finanziellen Belastungen für Wiesbaden. Die Richtlinie WiSoBoN¹² beteiligt die Planungsbegünstigten¹³ zukünftig auch maßgeblich an den Kosten der sozialen Infrastruktur (Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Schulen). Darüber hinaus sind sie verpflichtet, einen festgelegten Anteil des neuen Baulandes dem geförderten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

¹⁰ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2018 sind die Daten des 2. Hj. 2016 und des 1. Hj. 2017.

¹¹ Im Folgenden EZB.

¹² Wiesbadener Soziale BodenNutzung.

¹³ Aufgrund der Wertsteigerung, welche die Grundstücke in der Regel mit der Baumaßnahme erfahren.

Jahresabschluss 2018

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2018/2019 vorliegenden wirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Jahresergebnis erwartet. Das Jahresergebnis fiel mit einem Überschuss von 20.909 Tsd. € gegenüber der Planung (28.683 Tsd. € Fehlbetrag) wiederum deutlich besser aus.

Jahresabschluss 2018

2.4 Haushaltsplan 2018

Der Doppelhaushalt 2018/2019 wurde am 21.12.2017 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Am 24.05.2018 erteilte die Aufsichtsbehörde die Haushaltsgenehmigung mit Hinweisen zur Haushaltsführung. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 geht - unter Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 28.683 Tsd. € (Ansatz gemäß Haushaltssatzung, ohne Veränderung) aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 209.436 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 64.252 Tsd. € festgesetzt.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2018	Vortrag 2017 auf 2018	apl/üpl 2018	Sperre 2018	Plan fortg. ¹⁴ 2018	Vortrag 2018 auf 2019	Plan fortg. bereinigt ¹⁵ 2018
10 ordentliche Erträge	-1.201.386	0	-15.722	-17.642	-1.199.466	0	-1.199.466
19 ordentlicher Aufwand	1.241.387	62.806	46.693	58.980	1.291.906	44.868	1.247.038
20 Verwaltungsergebnis	40.001	62.806	30.971	41.338	92.440	44.868	47.572
21 Finanzerträge	-24.985	0	-2.582	0	-27.568	0	-27.568
22 Zinsen und sonstige Finanzaufw.	14.767	0	0	0	14.767	0	14.767
23 Finanzergebnis	-10.219	0	-2.582	0	-12.801	0	-12.801
24 ordentliches Ergebnis	29.783	62.806	28.389	41.338	79.639	44.868	34.771
25 außerordentliche Erträge	-1.100	0	0	7	-1.107	0	-1.107
26 außerordentliche Aufwendungen	0	0	9	0	9	0	9
27 außerordentliches Ergebnis	-1.100	0	9	7	-1.098	0	-1.098
28 Jahresergebnis	28.683	62.806	28.398	41.345	78.541	44.868	33.673

Stand: 01.08.2019

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2019 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2018 durch die Übertragung nach 2019 wieder entzogen werden. Die Plandaten wurden mit Datenstand vom 01.08.2019 ausgewertet. Es ist nicht auszuschließen, dass nach diesem Termin noch Budgetumsetzungen erfolgten.

¹⁴ = Haushaltsansatz 2018 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2017 nach 2018 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) 2018 - Haushaltssperren (Sperre) 2018.

¹⁵ = Haushaltsansatz 2018 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2017 nach 2018 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) 2018 - Haushaltssperren (Sperre) 2018
- Budgetüberleitungen 2018 nach 2019 (Vorträge).

Jahresabschluss 2018

2.5 Ergebnissituation

2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

Position/ Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.979	-14.243	-15.523	-15.399	-11.882
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-40.209	-43.881	-46.350	-46.492	-52.547
Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-18.831	-23.157	-29.461	-20.791	-23.531
Bestandsveränderungen /andere aktivierte Eigenleist.	-1.204	-976	-965	-1.161	-1.429
Steuern und steuerähnliche Erträge	-500.187	-547.723	-592.334	-636.327	-615.009
Erträge aus Transferleistungen	-163.759	-170.117	-213.261	-230.753	-233.352
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-194.706	-224.947	-256.938	-266.989	-231.694
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-15.940	-14.192	-13.839	-13.549	-13.347
sonstige ordentliche Erträge	-54.100	-32.439	-48.313	-39.182	-43.465
ordentliche Erträge	-1.003.914	-1.071.676	-1.216.985	-1.270.643	-1.226.257
Personalaufwendungen	214.231	222.851	232.983	242.462	257.288
Versorgungsaufwendungen	38.562	30.453	45.302	69.178	55.377
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	152.595	166.908	182.824	166.445	177.592
Abschreibungen	66.883	67.071	57.660	52.476	54.605
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzaufwendungen	107.698	117.880	116.436	123.408	142.341
Steueraufw. u. Aufw. f. gesetzl. Umlageverpflichtungen	106.074	112.093	129.917	135.432	131.884
Transferaufwendungen	345.792	361.060	401.643	407.218	416.785
sonstige ordentliche Aufwendungen	2.312	522	4.480	640	5.492
ordentliche Aufwendungen	1.034.147	1.078.838	1.171.244	1.197.259	1.241.363
Verwaltungsergebnis	30.232	7.162	-45.741	-73.384	15.106
Finanzerträge	-37.912	-41.871	-29.797	-31.465	-34.403
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.537	19.163	16.790	17.974	14.910
Finanzergebnis	-16.375	-22.708	-13.007	-13.492	-19.493
ordentliches Ergebnis	13.857	-14.546	-58.748	-86.876	-4.388
außerordentliche Erträge	-5.145	-15.222	-8.026	-16.704	-93.448
außerordentliche Aufwendungen	7.695	12.222	11.321	11.360	76.927
außerordentliches Ergebnis	2.550	-3.000	3.294	-5.345	-16.521
Jahresergebnis	16.407	-18.545	-55.454	-92.221	-20.909

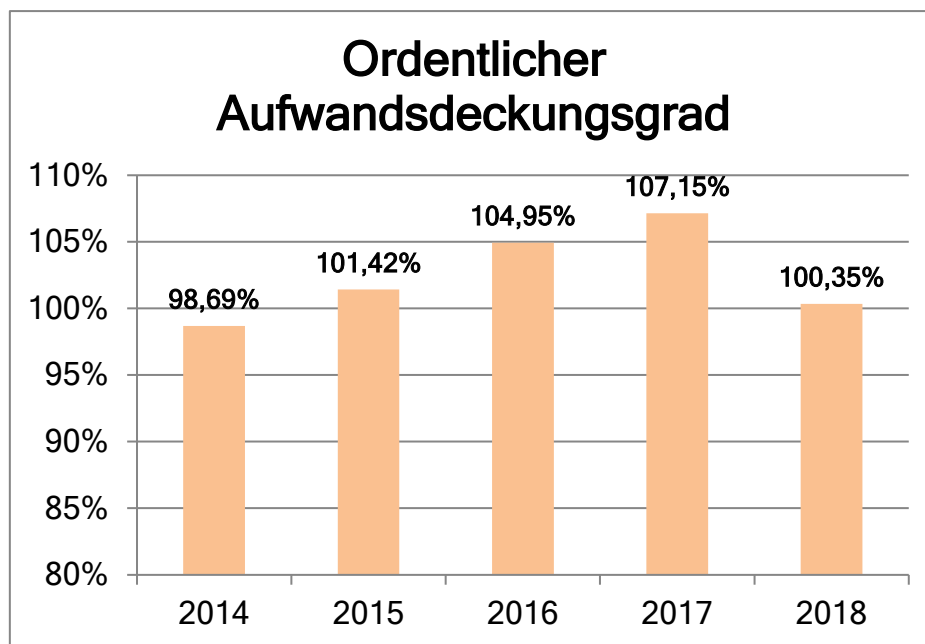
Jahresergebnis:

Das Jahresergebnis liegt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 20.909 Tsd. € im vierten Jahr hintereinander im positivem Bereich. Allerdings bedeutet dies gegenüber 2017 eine Verschlechterung um 71.312 Tsd. €.

Jahresabschluss 2018

Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Der Haushaltsausgleich kann mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4.388 Tsd. € erreicht werden. Die ordentlichen Aufwendungen stiegen gegenüber 2017 etwa in der gleichen Höhe an (+44.104 Tsd. €, hauptsächlich geringere Steuererträge) wie die Ordentlichen Erträge rückläufig waren (-44.385 Tsd. €). Dabei stiegen die ordentlichen Aufwendungen gegenüber 2017 um 3,68%, unter anderem aufgrund höherer Personalaufwendungen (+14.825), gestiegener Betriebskostenzuschüsse an die Eigenbetriebe TriWiCon (+5.865 Tsd. €) und mat-tiaqua (+2.000 Tsd. €). Die Stadtanteile für Straßenreinigung stiegen durch eine geänderte Straßenreinigungssatzung (+2.414 Tsd. €).



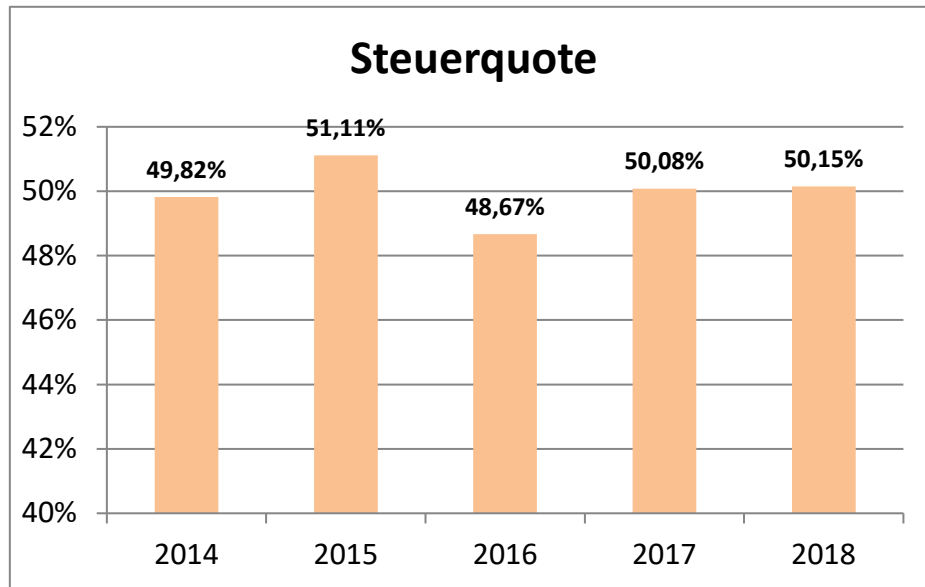
In den meisten Jahren seit 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten bzw. können. Während die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch eine Entnahme für den Ausgleich des Ergebnisses 2014 um 13.857 Tsd. € sank, füllen die Überschüsse der Jahre 2015 bis 2018 die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch entsprechende Zuführungen auf nunmehr 227.990¹⁶ Tsd. € auf.

¹⁶ Rechnerische Darstellung. Die tatsächliche Buchung erfolgt regelmäßig zum 1. Januar des Folgejahres.

Jahresabschluss 2018

Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbesteuererträge** eine bedeutende Rolle.



Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhten sich im Vergleich zu 2017 um 2.599 Tsd. €. In der Regel handelt es sich bei den Erträgen aus Transferleistungen um Kostenbeteiligungen des Bundes oder Landes, die gleichzeitig mit entsprechenden höheren Aufwendungen verbunden sind.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus den **Schlüsselzuweisungen**, die auch mit der Steuerkraft der Kommunen korrelieren. Bei der Schlüsselzuweisung musste für dieses Jahr ein Minderertrag in Höhe von 35.295 Tsd. € verzeichnet werden. Für die Werte bis 2015 gilt: Mit sinkender/steigender Steuerkraft, steigen/sinken - nach dem bis einschließlich 2015 gültigen Finanzausgleichsgesetz¹⁷ - in der Folge auch die Schlüsselzuweisungen. Aufgrund des Übergangs vieler Asylsuchender in den Rechtskreis des SGB II¹⁸ sanken die Erträge aus der LAG-Pauschale¹⁹ um 11.271 Tsd. €.

¹⁷ Im Folgenden FAG.

¹⁸ Sozialgesetzbuch Zweites Buch.

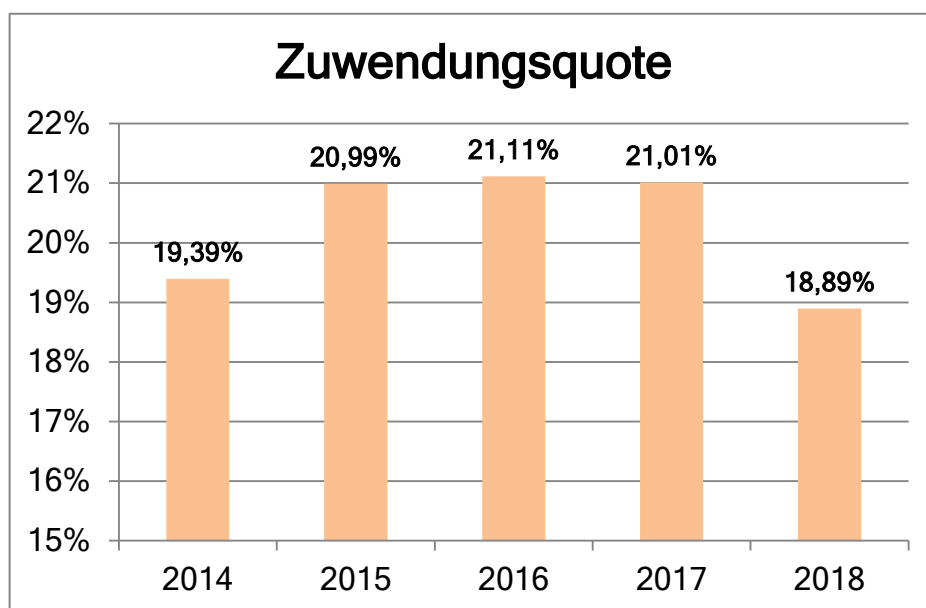
¹⁹ Pauschalen, welche die Kommunen vom Land für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erhalten.

Jahresabschluss 2018

Die folgenden besonderen Finanzzuweisungen sind ab 2016 in den Schlüsselzuweisungen enthalten:

- Zuweisungen zu den Ausgaben an Schulen
- Zuweisungen zu den Belastungen aus der örtlichen Sozialhilfe
- Zuweisungen zu den Belastungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Wohn-geldweiterleitung)
- Zuweisungen zu den Ausgaben der örtlichen Jugendhilfe
- Pauschalierte Zuweisungen zu den Ausgaben für Investitionen inklusive Schulbaupauschale

Da die Bereiche Steuern und Zuweisungen Rückgänge verzeichnen, ändert sich auch das Verhältnis der Zuwendungen zu den übrigen Erträgen.



In der Folge reduzierte sich die Zuwendungsquote gegenüber dem Vorjahr wesentlich.

Die Kennzahl wird auch durch die schwankenden Schlüsselzuweisungen beeinflusst (siehe hierzu auch 2.2).

Im Vergleich zum Jahr 2017 ergeben sich höhere **sonstige ordentliche Erträge** (+4.283 Tsd. €), hauptsächlich begründet in höheren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (+2.726 Tsd. €) und Wertberichtigungen (+803 Tsd. €). Die Veränderung der Pensionsrückstellungen in 2018, deren Darstellung von einer Saldierung zu einem separaten Ausweis von Zuführung (+19.663 Tsd. €) und Auflösung (-11.470 Tsd. €) umgestellt wurde, trug ebenfalls zum Anstieg bei.

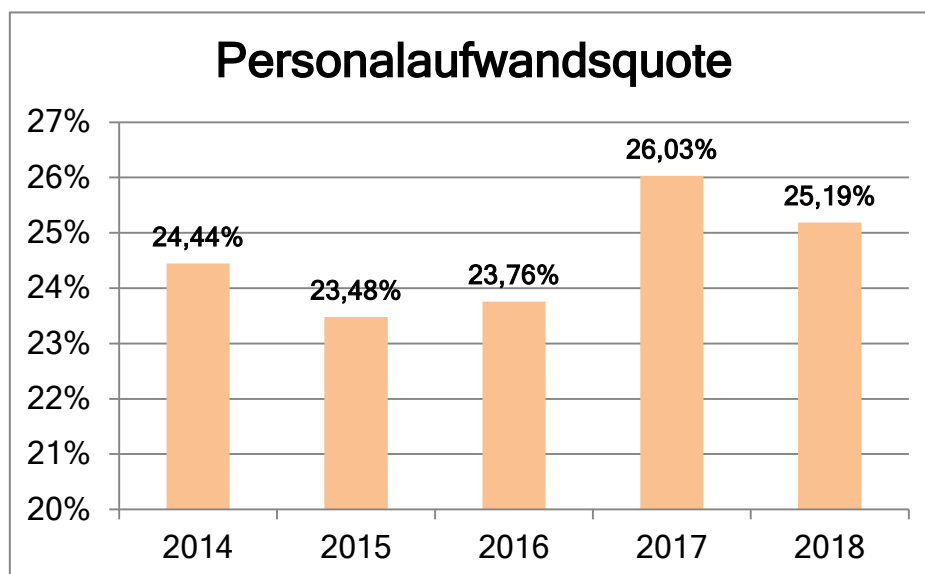
Jahresabschluss 2018

Ordentliche Aufwendungen:

Mit einem Anteil von einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Versorgungsaufwendungen fallen die Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht. Die Personalaufwandsquote bewegt sich auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen. Durch die Umstellung der Buchung der Pensionsrückstellungen fallen seit dem Jahresabschluss 2017 gegebenenfalls höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen an. Dies führt zu einer Steigerung der Personalaufwandsquote. Davon ist allerdings die Auflösung von Pensionsrückstellungen (-11.470 Tsd. €) gedanklich abzusetzen. Im Jahr 2018 wurden den Pensionsrückstellungen 26.092 Tsd. € (-14.430 Tsd. €) zugeführt. In diesem Jahr erhielten die Beamten keine Erhöhung ihrer Bezüge.

Allerdings entstehen Seitwärtsbewegungen der Kennzahl auch bei gleichzeitig proportionaler Entwicklung der übrigen Aufwendungen. 2015 stiegen die Personalaufwendungen (inklusive Versorgungsaufwendungen) aufgrund einer höheren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen, Personalausweitungen und Gehaltssteigerungen, während die Gesamtaufwendungen, auch wegen des Flüchtlingsaufkommens stiegen. Dabei ist ein Anwachsen der Sachaufwendungen zu beobachten. Hauptsächlich ein Sondereffekt (Bildung von Altlastenrückstellungen i. H. v. 11.200 Tsd. €.) führt zu geringeren Sach- und Dienstleistungen (-8,96 %) im Jahr 2017.

Fazit: Bei der Interpretation der Personalaufwandsquote im 5-Jahresvergleich ist nicht nur die Höhe und Entwicklung der Personalaufwendungen, sondern auch die der sonstigen Aufwendungen mit in die Betrachtung zu ziehen und ins Verhältnis zum Gesamtaufwand zu setzen.



Jahresabschluss 2018

Die Entwicklung der Vollzeitäquivalente²⁰ stellt sich wie folgt dar:

Personalstatistik nach Produktbereichen

	31.12.2017	31.12.2018	Veränderung 18 zu 17
01 Innere Verwaltung	679,75	688,92	9,17
02 Sicherheit und Ordnung	672,54	741,6	69,06
03 Schulträgeraufgaben	207,26	204,41	-2,85
04 Kultur und Wissenschaft	97,84	94,69	-3,15
05 Soziale Leistungen	605,31	626,81	21,50
06 Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	1.036,79	1.108,01	71,22
07 Gesundheitsdienste	50,28	52,7	2,42
08 Sportförderung	63,15	63,66	0,51
09 Räumliche Planung und Entwicklung	32,19	41,41	9,22
10 Bauen und Wohnen	57,13	61,61	4,48
12 Verkehrsflächen- und anlagen, ÖPNV	155,85	162,52	6,67
13 Natur- und Landschaftspflege	215,4	208,79	-6,61
14 Umweltschutz	70,66	73,65	2,99
Gesamtergebnis	3.944,15	4.128,78	184,63

Im Vergleich zum Vorjahr wuchsen die **Personalaufwendungen** um 14.825 Tsd. € an. Dieser Anstieg resultiert aus dem genannten Beschäftigungsausbau, aber auch aus Tarifsteigerungen.

Im Bereich der Versorgungsaufwendungen ist ein Rückgang von 13.801 Tsd. € (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Bilanzposition Rückstellungen) zu verzeichnen. Bei der „Zuführung zu den Pensionsrückstellungen“ mit -14.430 Tsd. € und der „Versorgungslastenteilung (- 671 Tsd. €) gab es den größten Rückgang.

Schwankungen weist der Bereich **Versorgungsaufwendungen** immer wieder einmal auf. Die Ursache liegt hauptsächlich in der sich jährlich ändernden Datenbasis zur Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Änderungen am Pensionseintrittsalter.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft würde eine höhere Personalaufwandsquote zur Folge haben, ohne das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verändern. So stehen z. B. zum 01.03.2018 stadtweit 12.890 Betreuungsplätze in Kindertagesstätten zur Verfügung. Davon wurden 3.886 Plätze in städtischer Trägerschaft vorgehalten. Der größere Teil entfiel auf freie Träger (9.004).

Für die LHW ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung SGB II im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

²⁰ Im Folgenden VZÄ.

Jahresabschluss 2018

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 11.147 Tsd. €.

Davon wesentliche Veränderungen:

- Fremdreinigung (+3.154 Tsd. €, durch aperiodische Spitzabrechnung des Stadtanteils an der Straßenreinigung)
- Sonstige Inanspruchnahme von Diensten (+1.630 Tsd. €)
- Mieten, Pachten, Erbbauzinsen (+1.469 Tsd. €)
- Gebäude-Instandhaltung / Außenanlagen-Bauunterhaltung (+1.391 Tsd. €)
- Zusatzausstattung Wivertis (+839 Tsd. €)
- Strom (+680 Tsd. €)
- Sonstige weitere Fremdleistungen (+565 Tsd. €)
- Betriebswirtschaftliche Beratungskosten (+557 Tsd. €, SEG Projektsteuerung Ostfeld/Kalkofen)
- Sachverständige, Rechtsanwalts- und Gerichtskosten (-1.697 Tsd. €, Einmaleffekt aus den Vorgängen um den Verkauf des Parkhauses Rhein-Main-Halle)

Bei den **Abschreibungen**, hier speziell bei Abschreibungen auf Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, ist im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 ein Anstieg von 2.129 Tsd. € zu erkennen. Dies ist insbesondere auf die Abschreibung aus der pauschalen Einzelwertberichtigung (+2.446 Tsd. €) zurückzuführen.

Die Position **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen** ist gegenüber dem Vorjahr um 18.933 Tsd. € gestiegen. Den größten Anstieg zeigen hier die Positionen **Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Einrichtungen Leistungsentgelte** (Betriebskostenzuschuss an freie Träger von Kindertagesstätten) mit +4.331 Tsd. €, die **Sonstigen Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer oder ähnlicher Einrichtungen** (+8.021 Tsd. €) sowie **allgemeine Finanzzuweisungen** (+7.865 Tsd. €, davon Steigerung der Betriebskostenzuschüsse: mattiaqua +2.000 Tsd. €, TriWiCon +5.865 Tsd. €).

Im Bereich der **Steueraufwendungen inklusive Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen** ist ein Rückgang zu verzeichnen (-3.548 Tsd. €), in erster Linie aufgrund der niedrigeren **Gewerbsteuerumlage** (-3.422 Tsd. €).

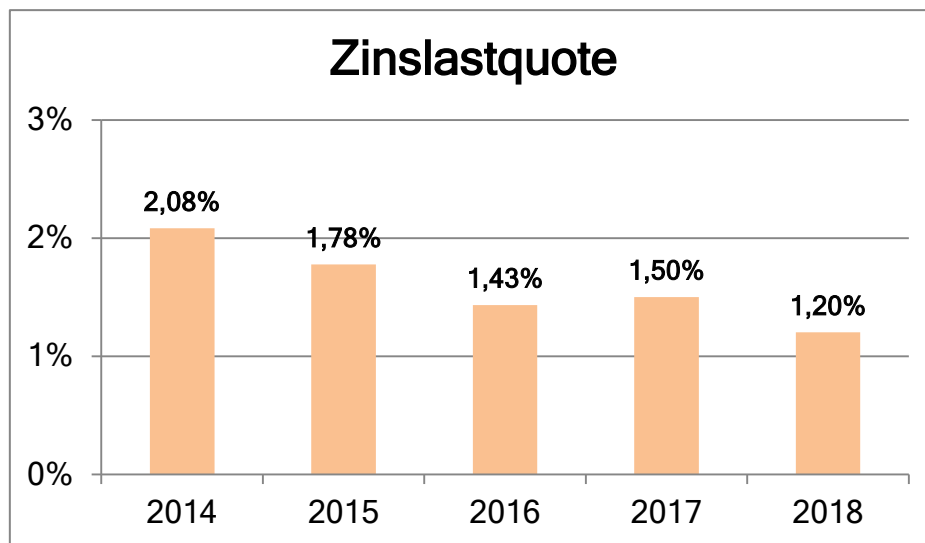
Den größten Aufwandsposten mit 416.785 Tsd. € bilden weiterhin die **Transferaufwendungen**. Sie haben sich im Vergleich zu 2017 um 9.567 Tsd. € erhöht. Größere Veränderungen ergaben sich bei den Sachkonten „**Kostenerstattung an Andere SGB VIII**“ (+1.097 Tsd. €), „**Leistungen für Grundsicherung im Alter nach SGB VII**“ (+1.963 Tsd. €), „**Pflegeleistungen SGB VII**“ (+1.060 Tsd. €), „**Krankenhilfe bei Schwangerschaft**“ (+1.494 Tsd. €) und „**Leistungen an Berechtigte nach Unterhaltsvorschuss-Gesetz**“ (+ 3.984 Tsd. €). Den Aufwendungen stehen jedoch Erträge aus Transferleistungen gegenüber.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ist ein Anstieg der Aufwendungen um 4.852 Tsd. € auf 5.492 Tsd. € zu erkennen.

Diese Erhöhung (+4.193 Tsd. €) resultiert hauptsächlich aus der Zuführung zur **Rückstellung für Kapitalertragssteuer**. Nach einer Betriebsprüfung wurde für die TriWiCon eine Rückstellung für nachzuzahlende Kapitalertragssteuer (3.943 Tsd. €) mit entsprechendem Aufwand gebucht.

Bei den Betrieben gewerblicher Art „Parkplätze“ und „Spielbank“ fielen im Jahr 2018 ebenso höhere Aufwendungen für Steuernachzahlungen und die Bildung von Steuerrückstellungen an.

Jahresabschluss 2018



Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber 2017 um 6.001 Tsd. €.

Der Bereich **Finanzerträge** verzeichnet einen Anstieg um 2.938 Tsd. €. Grund hierfür ist im Wesentlichen ein Anstieg bei den **Erträgen aus Beteiligungen an anderen verbundenen Unternehmen** um 3.673 Tsd. €. Weitere Anstiege waren bei den Erträgen aus **Aussetzungszinsen Gewerbesteuer** (+545 Tsd. €) sowie bei den **Säumniszuschlägen** (+277 Tsd. €) festzustellen.

Ein Rückgang ist bei den **Erträgen aus Nachzahlungszinsen** um 1.118 Tsd. € auf 7.136 Tsd. € zu verzeichnen. Wird die Steuererklärung des Steuerschuldners 15 Monate nach dem Entstehen der Steuerpflicht eingereicht oder eine Änderung an der Steuererklärung vorgenommen, erhebt die Landeshauptstadt Wiesbaden Nachzahlungszinsen auf die entstandene Steuerschuld.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** gingen gegenüber 2017 um 3.064 Tsd. € zurück.

Der größte Rückgang im Bereich der Zinsaufwendungen wurde bei den **Erstattungszinsen der Gewerbesteuer** (-2.240 Tsd. €) verzeichnet. Die **Bankzinsen** (-699 Tsd. €) waren aufgrund des niedrigen Zinsniveaus rückläufig.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Zudem macht sich an dieser Stelle die weiter gesunkenen Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen bemerkbar. Der Zeitreihenvergleich zeigt einen leicht sinkenden Trend. Auch die schwankenden Erstattungszinsen wirken sich verzerrend auf die Kennzahl aus, während die Entwicklung der Bankzinsen keine Auffälligkeit zeigt.

Insgesamt stellt die Höhe der Zinslastquote derzeit keine relevante Größe als Risikoindikator dar.

Außerordentliches Ergebnis:

Das außerordentliche Ergebnis lag mit einem Überschuss von 16.521 Tsd. € um 11.176 Tsd. € über dem Ergebnis 2017. Dabei stiegen die außerordentlichen Erträge signifikant um 76.744 Tsd. €, im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen war ein Anstieg um 65.567 Tsd. € zu verzeichnen.

Die Verbesserung der **außerordentlichen Erträge** resultiert einerseits aus dem Anstieg der **Sonstigen außerordentlichen Erträge** aufgrund der Ausbuchung der Stiftung Stadtmuseum

Jahresabschluss 2018

(38.727 Tsd. €), andererseits aus Bewertungsgewinnen der Umlegungsverfahren Hainweg und Nerotal (38.487 Tsd. €).

Der Anstieg bei den **außerordentlichen Aufwendungen** enthält den Verlust aus dem Abgang von Finanzanlagen (Stiftung Stadtmuseum in Höhe von 39.833 Tsd. €) sowie der Verlust aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (+12.783 Tsd. €, überwiegend Umlegungsverfahren Hainweg und Nerotal). Die außerordentlichen Abschreibungen der Finanzanlagen betragen in 2018 11.474 Tsd. € (+4.686 Tsd. €).

Bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen wirken sich vor allem die Buchgewinne und Verluste aus Anlagenabgängen (z.B. Grundstücksgeschäfte) aus. Daher weist diese Position naturgemäß stärkere Schwankungen auf.

Jahresabschluss 2018

2.5.2 Die Ergebnislage der LHW im Plan-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	2018			2017		
	akt. Plan ²¹	Ist	Differenz	akt. Plan	Ist	Differenz
10 ordentliche Erträge	-1.199.466	-1.226.257	26.791	-1.124.859	-1.270.643	145.784
19 ordentlicher Aufwand	1.228.807	1.241.363	-12.556	1.125.382	1.197.259	-71.877
20 Verwaltungsergebnis	29.341	15.106	14.235	523	-73.384	73.906
21 Finanzerträge	-27.568	-34.403	6.835	-30.211	-31.465	1.254
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	14.767	14.910	-143	20.704	17.974	2.731
23 Finanzergebnis	-12.801	-19.493	6.692	-9.507	-13.492	3.985
24 ordentliches Ergebnis	16.540	-4.388	20.927	-8.984	-86.876	77.892
25 außerordentliche Erträge	-1.107	-93.448	92.341	-10	-16.704	16.694
26 außerordentliche Aufwendungen	9	76.927	-76.918	7	11.360	11.352
27 außerordentliches Ergebnis	-1.098	-16.521	15.423	-3	-5.345	5.342
28 Jahresergebnis	15.442	-20.909	36.351	-8.987	-92.221	83.234

Stand: 01.08.2019

Das Haushaltsjahr 2018 schloss mit einem Überschuss von 20.909 Tsd. € ab.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2018, der einen Fehlbetrag in Höhe von 15.442 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 36.351 Tsd. €.

Die positive Abweichung des Jahresergebnisses gegenüber dem Wert des Haushaltsplanes (ohne übertragene Budgetreste, 36.351 Tsd. €) basiert insbesondere auf Mehrerträgen aus Transferleistungen und Auflösung von Wertberechtigungen, sowie höheren Erträgen aus Auflösung von Rückstellungen.

Im Bereich der Rückstellungen wurde zum Jahresabschluss 2017 die Buchung der Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen auf das Bruttoprinzip umgestellt. Durch die Umstellung der Buchungstechnik erhöhen sich die Zuführung (Personalaufwand) sowie die Auflösung (Erträge) / Inanspruchnahme. Für den Haushaltsplan 2018/2019 wurde die Planung dieser Buchungen noch nach dem Nettoprinzip vorgenommen.

Sowohl die ordentlichen Erträge (+26.791 Tsd. €), als auch die ordentlichen Aufwendungen (+12.556 Tsd. €) weisen Überschreitungen gegenüber dem Planwert auf.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung überschritt den Planansatz um 10.364 Tsd. €.

Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist ein Rückgang um 17.265 Tsd. € zu verzeichnen.

Die Abschreibungen weisen eine positive Abweichung in Höhe von 6.099 Tsd. € aus, hauptsächlich verursacht durch geringere Abschreibungen auf Forderungen (-7.800 Tsd. €). Dabei blieben die Abschreibungen Sachanlagen 2.167 Tsd. € über, die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände 465 Tsd. € unter den Planwerten.

²¹ Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen abzüglich Sperrn.

Jahresabschluss 2018

Bei der Position „Zuweisungen, Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen“ ist eine Überschreitung gegenüber dem Plan in Höhe von 6.730 Tsd. € feststellbar.

Die Transferaufwendungen weichen um 20.546 Tsd. € vom Plan ab. Dabei erstrecken sich die Abweichungen über eine Vielzahl von Positionen, insbesondere solche wie die Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung sowie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

Das gegenüber der Planung positivere Finanzergebnis in Höhe von 6.692 Tsd. € ergibt sich hauptsächlich aus höheren Finanzerträgen (Zinserträge +6.835 Tsd. €), zum wesentlichen Teil aufgrund gestiegener Erträge aus Beteiligungen.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel **Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre** zu entnehmen.

2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte

Das folgende Kapitel widmet sich den Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate im Haushaltsjahr. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen (Datenstand: April / Mai 2019).

Aufgrund von organisatorischen Änderungen in verschiedenen Dezernaten, die teilweise unterjährig erfolgten, wird nachfolgend in einer Struktur berichtet, die aus Gründen der Datenintegrität noch die alte Aufbauorganisation im System (bis 31.12.2018) zeigt.

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der LHW generiert²² und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

Gemäß Ziff. 3 zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung²³ sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte auf die entsprechenden Kostenstellen im Fachbereich. Zum Jahresabschluss wurden die Beträge mit Ausweis in der gleichen Berichtszeile in den Bereich allgemeine Finanzwirtschaft umgebucht.

Die Berichte der Dezernate wurden von unterschiedlichen Autorinnen und Autoren verfasst. Eine redaktionelle Anpassung erfolgte nur dort, wo der Aussagegehalt des Jahresabschlusses dies erforderlich machte.

²² Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung seitens Dezernate, basierend auf den Daten des Investitionscontrollings, im Rahmen der Beiträge der Dezernate zum Rechenschaftsbericht.

²³ Im Folgenden GemHVO.

Jahresabschluss 2018

2.6.1 Dezernat I

Hauptamt (10), Personal- und Organisationsamt (11), Amt für Statistik und Stadtforschung (12), Revisionsamt (14), Amt der Stadtverordnetenversammlung (16), Feuerwehr (37), Sportamt (52)

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2018

Zu den Handlungsfeldern des Dezernates zählen:

- Der Betrieb von Bürgerhäusern
- Die Sicherstellung von Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen
- Die Durchführung von protokollarisch wichtigen Veranstaltungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Die Sportförderung in Form von Bezuschussung sportlicher Veranstaltungen sowie die Gewährung von Zuschüssen für vereinseigene Sportanlagen
- Der Betrieb von Sporthallen und Sportanlagen
- Die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwehrwesens
- Der Aufbau der Online-Plattform für Bürgerbeteiligung und die Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen auf Basis der Leitlinien für Bürgerbeteiligung
- Die Durchführung des Jahres des Engagements
- Die Entwicklung von personalwirtschaftlichen Gegensteuerungsmaßnahmen (Personalgewinnung/ Personalentwicklung)

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2018?

- Die Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt wurde gesteigert.
- Die Bausubstanz im Bereich der Bürgerhäuser und Sportanlagen wurde durch zügige Sanierungsmaßnahmen kontinuierlich verbessert.
- Der Investitionsstau bei der Feuerwehr wurde abgebaut, die Arbeitssituation bei der Feuerwehr verbessert.
- Es wurden Lösungen gegen die stadtweite Personalfluktuaton für den kommenden Haushalt 2020/21 erarbeitet.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Personalwirtschaftliche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber und als erste Gegensteuerungsmaßnahmen gegen den stetigen Personalabgang sind erarbeitet und werden für die Haushaltsplanberatungen im Herbst 2019 aufbereitet.

Der Sanierungsstau der Feuerwehr wird Zug um Zug abgebaut, neues Personal wurde eingestellt, Überstunden wurden ausgezahlt.

Jahresabschluss 2018

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2018

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-10.588	-11.134	-9.714
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	92.188	96.617	96.610
20 Verwaltungsergebnis	81.600	85.483	86.896
21 Finanzerträge	-3	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	0	0
23 Finanzergebnis	0	0	0
24 Ordentliches Ergebnis	81.600	85.483	86.896
25 Außerordentliche Erträge	-368	0	-408
26 Außerordentliche Aufwendungen	202	5	473
27 Außerordentliches Ergebnis	-167	5	65
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	81.434	85.488	86.961
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-29.000	-30.910	-29.575
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	52.434	54.578	57.386

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 12.04.2019)

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Der ordentliche Ertrag 2018 weicht gegenüber dem fortgeschriebenen Plan 2018 um - 1.420 Tsd. € ab.

Zum einen wurde für eine mögliche Erweiterung des Jobtickets neben dem Aufwand von 1.000 Tsd. € auch eine Gegenfinanzierung in Höhe von 1.000 Tsd. € an Ertrag beim Personal- und Organisationsamt geplant. Diese Ertragserwartung hat sich nicht erfüllt, da im Jahr 2018 kein Konzept mit Gegenfinanzierung existierte (der Aufwand wurde im gleichen Umfang eingespart).

Weiterhin sind die beamtenspezifischen Erträge, die anteilig nach Höhe der Beamtenbesoldungen auf die Ämter verteilt werden, seit Jahren rückläufig. Hierzu gehören z. B. Pensionsanteile, die die Stadt Wiesbaden von anderen Dienstherren bei Übernahme eines Beamten erhält. Aufgrund der hohen Anzahl an Beamten schlägt sich dieser Minus-Effekt besonders bei Dezernat I nieder.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Die Verschlechterung der Erträge war vom Dezernat kaum beeinflussbar. Insgesamt ist die Abweichung von 1,65 % im Verwaltungsergebnis und 5,13% im Jahresergebnis als eher gering einzustufen.

Jahresabschluss 2018

Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2017	Istausgaben 2018	Noch verfügbar / Rest 2018
I.03302	37 Neubau Feuer- und Rettungswache	22.400	479	690	21.231
In 2018 wurden die Planungen für den Neubau abgeschlossen. Die Bauarbeiten haben im Februar 2019 begonnen					
I.02256	10 BGH Delkenheim Generalsanierung	4.723	483	684	3.556
In 2018 wurde der 2. Bauabschnitt fertiggestellt und der größte 3. Bauabschnitt geplant. Die Ausführung erfolgt in 2019.					
I.02985	10 BGH Medenbach Neubau	5.027	3.875	914	238
Der Neubau wurde Anfang 2018 fertiggestellt und übergeben. Die Maßnahme befindet sich in der Endabwicklung.					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2019

In 2018 haben sich einige geplante Großsanierungen im Bereich des Sportamts verzögert. Die Planungen schreiten nun soweit voran, so dass voraussichtlich im Haushalt 2020/21 mit den Maßnahmen begonnen werden kann.

Chancen und Risiken

Die steigenden Versorgungsaufwendungen beinhalten das Risiko, dass aufgrund der hohen Anzahl von Beamten im Dezernat I die Personalkosten ansteigen, ohne dass ein Mitarbeiter/ eine Mitarbeiterin mehr beschäftigt wird. Auch die hohen Tarifabschlüsse, die aus dem bestehenden Personalkostenbudget getragen werden müssen, stellen ein erhebliches Risiko für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Dezernats dar.

Die Durchführung von Baumaßnahmen ist weiterhin stark abhängig von der Leistungsfähigkeit des Hochbauamts. Die erhebliche Verzögerung von einigen Baumaßnahmen führt ab 2020 zu einer ungeplanten Ballung, die eine finanzielle Herausforderung für das Investitions- und Instandhaltungsbudget darstellt.

Jahresabschluss 2018

2.6.2 Dezernat II

Rechtsamt (30), Ordnungsamt (31), Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (39), Gesundheitsamt (53), Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (80)

Hinweis: Bedingt durch die Anfang 2019 erfolgte Aufteilung des Amtes 80 (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) in Amt 23 (Liegenschaftsamt) und Referat 020020 (Referat für Wirtschaft und Beschäftigung) wird in diesem Rechenschaftsbericht lediglich zu dem Dezernatsbüro II angegliederten Referat für Wirtschaft und Beschäftigung Stellung genommen.

Den Rechenschaftsbericht 2018 für den verbliebenen Teil des Amtes 80 (jetzt Amt 23) erstellte federführend das Dezernat IV in Verbindung mit Dezernat II.

Umorganisationen im Jahr 2018

Zum 01.10.2018 wurden das Gesundheitsamt (53) und das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung vom ehemaligen Dezernat III übernommen.

Im Bereich des Dezernatsbüros II wurden Vorbereitungen zur Ausgliederung der Abteilung Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung aus dem Amt 80 getroffen, mit anschließender Eingliederung der Abteilung als „Referat für Wirtschaft und Beschäftigung“ in das Dezernatsbüro des Bürgermeisters.

Das Rechtsamt organisierte den Bereich Datenschutz bedingt durch die Einführung der Datenschutz-Grundverordnung neu.

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2018

Dezernatsbüro II - 020020 - Referat für Wirtschaft und Beschäftigung

- *020021 Beschäftigungsförderung:* Neu-/Weiterentwicklung und Umsetzung von Projekten und Aktivitäten in den drei Geschäftsfeldern 1. Arbeitsmarkt, Übergang Schule in den Beruf und Existenzgründung
- *020022 - Wirtschaftsförderung:* Fortführung und Intensivierung der Arbeit in den Bereichen Bestandspflege, Ansiedlungsakquise, Standortberatungen, Netzwerkpfege, Standortmarketing und Sicherung der Nahversorgung

30 Rechtsamt

- Neuorganisation der Arbeitsbereiche
- Durchführung der Landtagswahl am 28. Oktober 2018
- Implementierung der Interimsversicherung für den Neubau des RheinMain CongressCenter (RMCC) und Durchführung eines Vergabeverfahrens für die Versicherung des RMCC
- Durchführung mehrerer Stellenbesetzungen

31 Ordnungsamt

3101 Zentraler Dienst

- Budgeteinhaltung unter den erschwerten Bedingungen der Aufteilung des Amtes inkl. Aufbau der Stammdaten
- Begleitung des Umzuges der Stadtpolizei, verbunden mit umfangreichen Vergabeverfahren
- Vorbereitung von ca. 45 Stellenbesetzungsverfahren

Jahresabschluss 2018

3102 Stadtpolizei

- Umzug in die Mauritiusgalerie
- Vergabeverfahren für das Projekt Videoüberwachung
- Vorbereitungen für die Einführung einer Waffenverbotszone zum 1. Januar 2019; Erstellung der erforderlichen Rechts- und Gefahrenabwehrverordnung

3103 Gewerbewesen

- Hessisches Spielhallengesetz - Bearbeitung von umfangreichen und arbeitsintensiven Verwaltungs- und Gerichtsstreitverfahren im Rahmen der Ablehnung von 18 Spielhallenkonzessionen
- Sicherheit bei Veranstaltungen - Überprüfung der Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen und andere vergleichbare Menschenansammlungen in jedem Einzelfall und Anpassung an die aktuelle Gefährdungslage; Sicherung größerer Veranstaltungen mittels mobiler Sperrungen und des Einsatzes von privaten Sicherheitsdiensten an diesen Sperrungen
- Einführung einer e-governmentfähigen Softwareanwendung für das Gewerberecht

3104 Einwohnerwesen und Bürgerservice

- Fortführung der Neustrukturierung des Fundbüros
- Standortplanung des Bürgerbüros: Prüfung und Planung Bleichstr. 1 als Übergangstandort für das Bürgerbüro, Einstieg in die Planung Ellenbogengasse als endgültigen Zielstandort
- Optimierung der Geschäftsprozesse
- Führungskräfteentwicklung

3105 Standesamt

- E-Government: Umsetzung durch papierloses Versenden von Dokumenten (an Amts- und Nachlassgericht, andere Standesämter, Jugendämter)
- Barrierefreie Kommunikation in Beratungsgesprächen durch Einsatz visualisierter Informationen
- Barrierefreie Kommunikation in der Kontaktaufnahme zum Standesamt durch Erklär-Videos (Elternmappe, Anmeldung Eheschließung)
- Verbesserte Arbeitsplatzausstattung durch mobile EC-Cash-Geräte
- Erleichterte Nacherfassung von Familien-Büchern über Schrifterkennungs-Software

3106 Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde

- „Kick-off“ zum Thema „Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde“
- Eingliederung des neuen Fachgebiets „Taxiwesen“ in das Sachgebiet der Fahrerlaubnisbehörde (Vertiefung des Wissenstandes durch externe Schulungen, Implementierung der neuen Fachsoftware)

39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

- Weiterführung der Vorbereitung auf einen eventuellen Ausbruch von ASP²⁴
- Beginn und Weiterführung von Fortbildungen der Tiergesundheitsaufseher/-innen
- Intensive rechtliche Nachbereitung von Tierschutzfällen
- Einsatz mobiler Datenerfassung (Balvi mobil) im Außendienst
- Nutzung von IT-Standard Gewerbeanzeigeverfahren (XGewerbeanzeige)
- Qualitätsmanagement-Audit Tierseuchen
- Veröffentlichungen nach § 40 (1a) LFGB²⁵
- Bearbeitung von Anträgen nach dem Verbraucherinformationsgesetz

²⁴ Afrikanische Schweinepest.

²⁵ Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch.

Jahresabschluss 2018

53 Gesundheitsamt

- Durchführung der gesetzlich verankerten, vielseitigen, freiwilligen und hoheitlichen Aufgaben des Gesundheits- und Katastrophenschutzes sowie der Gesundheitsförderung für die Bevölkerung
- Entwicklung von Gesundheitsversorgungsstrukturen durch Gremienarbeit und unterstützende Recherche
- Aufbau zahlreicher Kooperationen und Vermittlung von Kontakten für die gesundheitlichen Themen der Stadt sowie Repräsentation der Arbeit des Amtes in der Öffentlichkeit, der Politik, der Kultur, den Bildungseinrichtungen, der Industrie und der Wirtschaft
- Infektionsschutz und Hygiene: Überwachung von Einrichtungen und Personen zum unmittelbaren Schutz der Bevölkerung vor übertragbaren Erkrankungen
- Kindergesundheit: Sicherstellung der flächendeckenden Schuleingangsuntersuchung für Wiesbaden und Beratung der Bildungseinrichtungen zu allen medizinischen Fragen
- Unterstützung durch Familienkrankenschwestern und Familienhebammen im Rahmen des Projektes FrAnHKA²⁶ für Schwangere und Eltern von Kindern im 1. Lebensjahr
- Erstellung von amtsärztlichen Gutachten für Behörden und Gerichte
- Die Sozialpsychiatrische Abteilung berät und koordiniert Hilfen meist für schwer psychisch kranke Menschen und deren Angehörige. Darüber hinaus findet durch die Arbeit der Psychiatrie-Koordination im Gesundheitsamt eine intensive Vernetzungsarbeit mit den stationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen sowie den umfangreichen Hilfesystemen statt.
- Gesundheitsförderung und Selbsthilfekontaktstelle: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Gesundheitsaufklärung sowie Gesundheitsberichterstattung
- Verwaltungsabteilung: Planung und Koordination notwendiger Umorganisationen, Betreuung der Fachsoftware, Abwicklung der Zuschüsse und Gebührenabrechnungen, Organisation und Durchführung der Heilpraktikerüberprüfungen in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft des Amtes

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2018?

Dezernatsbüro II - 020020 Referat für Wirtschaft und Beschäftigung

020021 Beschäftigungsförderung

- Geschäftsfeld Arbeitsmarkt und Übergang Schule in den Beruf: Weiterentwicklung der Projekte und Aktivitäten entsprechend der festgestellten und prognostizierten Fachkräftebedarfe der Wiesbadener Wirtschaft
- Geschäftsfeld Existenzgründung: Bedarfs- und zukunftsgerichteter Ausbau der Aktivitäten, weitere Steigerung der Attraktivität der LHW als Gründerstadt

020022 Wirtschaftsförderung

- Teilnahme an der Expo Real
- Durchführung des Stadtfestes
- Wiesbadener Wirtschaftsdialog
- Unternehmertreff Sternschnuppenmarkt
- Diskussionsabend mit Einzelhändlern, Immobilienbesitzern, Verbänden und Interessenvertretungen
- Startblock: Angebot von Flächen für Gründer und Startups, Netzwerkpflege
- Sicherung der Nahversorgung

²⁶ Frühe Anleitung durch Kinderkrankenschwestern, Hebammen und Ärztinnen.

Jahresabschluss 2018

30 Rechtsamt

- Produktivnahme E-Akte bzw. Alternativprojekt incl. elektronischer Rechtsverkehr mit den Gerichten
- Besetzung vakanter Stellen
- Erhöhung der Vergütung von Schiedsamtspersonen

31 Ordnungsamt

3101 Zentraler Dienst

- Vorbereitung und Umsetzung von Organisationsverfügungen inkl. neuer Stellenbeschreibungen und interner Umzüge
- Neustrukturierung des Zentralen Dienstes

3102 Stadtpolizei

- Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben und Kontrollen
- Optimierung der Sicherheitskonzepte
- Erhöhung des Veranstaltungsschutzes
- Vorbereitung der Waffenverbotszone
- Beginn der Umsetzung des 10-Punkte-Programms „Gemeinsam sicheres Wiesbaden“

3103 Gewerbeswesen

- Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben
- kontinuierliche Personalentwicklung
- EDV-technische Entwicklung (e-Government, Online-Verfahren, Online-Zugangsgesetz²⁷)

3104 Einwohnerwesen und Bürgerservice

- Sicherung des Standorts Ellenbogengasse für die Abteilung Einwohnerwesen und Bürgerservice
- Suche nach einem geeigneten Innenstadtstandort für das Fundbüro nach Scheitern der Anmietung Bleichstraße 1
- Veränderung der Kundensteuerung im Bürgerbüro

3105 Standesamt

- Verbesserte Service-Orientierung im Bereich der Anmeldung zur Eheschließung mittels Recherchen zur Terminvorbereitung, weniger Termine und weniger Unterlagen erforderlich
- Installation von Hauswegweisern als „Laser-Lichtbild“
- Weitere Renovierungsarbeiten im Haus (Glastüren für mehr Licht)
- Mitarbeit im OZG-Themenfeld „Familie und Kind“ - Gestaltung digitaler Prozesse für den bundesweiten Einsatz; ELFE-Projekt²⁸ incl. vorgeburtlicher Anmeldung

3106 Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde

- Einarbeitung in neue Rechtsgebiete und Integration in das Sachgebiet
- Umsetzung des Konzepts „Taxikontrollen“ aus dem 10-Punkte-Programm
- Erste Planungen für die Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes
- Durchführen von Zulassungshandlungen für neuen Großkunden
- Umsetzung der 2. Stufe „Online-Wiederzulassung von Fahrzeugen“

²⁷ Im Folgenden OZG.

²⁸ Einfach Leistungen für Eltern.

Jahresabschluss 2018

39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

- Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben und Kontrollen

53 Gesundheitsamt

- Anpassung der Arbeitsabläufe und Aufgaben sowohl an die anstehenden gesetzlichen Änderungen als auch an die deutlich schwierigere Personalgewinnung

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Dezernatsbüro II - 020020 Referat für Wirtschaft und Beschäftigung

- Alle Ziele, Projekte und Maßnahmen konnten umgesetzt werden.

30 Rechtsamt

- Die Ziele konnten überwiegend nicht erreicht werden.

31 Ordnungsamt

- Die Umsetzung der genannten Ziele konnte begonnen bzw. abgeschlossen werden.

39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

- Aufgrund von Personalmangel konnten nicht alle geforderten Kontrollen durchgeführt werden.

53 Gesundheitsamt

- Abteilungsleitungen konnten durch Zusammenlegung von Fachabteilungen vollständig besetzt werden.
- Durch Umstrukturierungsmaßnahmen und Aufgabenkonzentration konnte die Aufgabenerledigung trotz unbesetzter Stellen sichergestellt werden.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2018

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-16.364	-11.638	-12.129
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	46.724	44.273	47.492
20 Verwaltungsergebnis	30.360	32.635	35.363
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	0	0	0
24 Ordentliches Ergebnis	30.360	32.635	35.363
25 Außerordentliche Erträge	-6	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	1	0	14
27 Außerordentliches Ergebnis	-5	0	14
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	30.355	32.635	35.376
31 Ergebnis aus internen Leistungen	3.197	540	-61
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	33.551	33.175	35.316

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 12.04.2019)

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

- Mehrerträge i.H.v. 491 Tsd. €, davon
 - 205 Tsd. € an Mehrerträgen im Bereich der öffentlich rechtlichen Verwaltungsgebühren bei Amt 31 durch das Großkundengeschäft der Zulassungsstelle
 - 171 Tsd. € an Mehrerträgen im Bereich der öffentlich rechtlichen Verwaltungsgebühren bei Amt 31 im Bürgerbüro

Jahresabschluss 2018

- 112 Tsd. € im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge bei Amt 53 durch nicht geplante Landeszuweisungen

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

- *Mehraufwendungen in Höhe von 3.219 Tsd. €, davon*
 - 2.080 Tsd. € Nachzahlung Stadtanteil Straßenreinigung;
 - 408 Tsd. € Nachzahlung Stadtanteil Entwässerung;
 - 743 Tsd. € Mehraufwendungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen bei Amt 31 durch das Großkundengeschäft der Zulassungsstelle.
 - Bei diversen anderen Kostenarten ergaben sich ebenfalls Mehr- oder Minderaufwendungen, sodass sich die Abweichung letztlich auf 3.219 Tsd. € beläuft. Da es sich hier um nicht erhebliche Abweichungen handelt, wird auf eine weitere Erläuterung verzichtet.

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

- Mehraufwendungen im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen i.H.v. 14 Tsd. € durch Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Abweichungen beim Ergebnis aus internen Leistungen

- *Abweichung i.H.v. -601 Tsd. €, davon*
 - -16 Tsd. € an höherer Entlastung durch direkte Leistungsverrechnung auf andere Ämter;
 - -95 Tsd. € an höherer Entlastung durch Verrechnung der Anlagenumlage;
 - 109 Tsd. € an höherer Belastung durch Verrechnung sonstiger Umlagen (insb. Anlagen-Delta-Umlage und Umlage Personalbetreuung);
 - -640 Tsd. € an höherer Entlastung durch Verrechnung von Querschnittsumlagen.
 - Bei diversen anderen Verrechnungskostenarten haben sich ebenfalls Abweichungen ergeben. Da diese nicht erheblich sind, wird auf eine weitere Erläuterung verzichtet.

Analyse Jahresergebnis/Fazit

Dezernat II konnte das Haushaltsjahr 2018 insgesamt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.141 Tsd. € abschließen, was im Verhältnis zum geplanten und fortgeschriebenen Jahresergebnis in Höhe von 33.175 Tsd. € einem Überschuss von 6,45 % entspricht.

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2019

Chancen und Risiken

30 Rechtsamt

- Personelle Veränderungen durch demographischen Wandel

31 Ordnungsamt

3101 Zentraler Dienst

- Umzug an einen Innenstadtstandort
- Begleitung der Abteilungen bei Standortthemen, Umzugsplanungen etc.
- Begleitung der Abteilung in Fragen Personalgewinnung und -bewirtschaftung
- Aufstellung des Haushaltsplans

3102 Stadtpolizei

- Tägliche Kontrollen der Waffenverbotszone
- Umsetzung der Evakuierungsrichtlinien des Landes Hessen
- Umsetzung Flexplan (nach einem Jahr erfolgt Evaluierung)
- Abschluss der Einführung der mittleren Führungsebene

Jahresabschluss 2018

- Umsetzung der Aufträge des Dezernats aus dem 10-Punkte-Programm

3103 Gewerbesesen

- Sicherung bzw. Verbesserung der Leistungsfähigkeit durch Personal- und EDV-technische Entwicklung

3104 Einwohnerwesen und Bürgerservice

- Standortfrage ist nach wie vor das beherrschende Thema. Planungen der Ellenbogen-gasse schreiten voran.
- Die Kundensteuerung im Bürgerbüro wird optimiert. Im ersten Schritt Verlagerung der Online-Termine zurück ins Bürgerbüro. Im zweiten Schritt Ausweisung exklusiver Termin-öffnungszeiten unter Beibehaltung der Gesamtöffnungszeit.
- Aufrufanlage soll modernisiert und professionalisiert werden.
- Fortführung der Führungskräfteentwicklung
- Umstrukturierung der Abteilung

3105 Standesamt

- umfangreiche Digitalisierung des gesamten Personenstandswesens, (Teil-)Finanzierung durch OZG-Mittel

3106 Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde

- Umsetzung der 3. Stufe der Onlinezulassungshandlungen im Bereich der Kfz-Zulassung (Neuzulassung, Umschreibung mit oder ohne Halterwechsel, Adressänderung)
- Verbesserung der Arbeitsabläufe durch die Veränderung von Arbeitsorganisationen und den Einsatz neuer Hardware (z. B. Unterschriftspads)
- Regelmäßige Planungs- und Abstimmungsgespräche in Bezug auf den Neubau des Verwaltungsgebäudes mit Amt 64, WI-Bau und dem Architekturbüro
- Planungen zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags aus dem OZG
- Steigerung der Zulassungszahlen im Großkundenbereich

3107 Ordnungswesen

- Gründung einer neuen Abteilung inkl. Aufbau der Stammdaten und Haushaltsplanung
- Stellenbesetzung der Abteilungsleitung

39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

- QM-Audit Tierschutz
- Weitere Vorbereitung eines ASP-Ausbruchs; Teilnahme an einer dreitägigen Tierseuchen-übung
- Einstellung von zwei Lebensmittelkontrolleuren zur Fortbildung zum 1. Juni 2019
- Einstellung von drei weiteren Lebensmittelkontrolleuren (nach Möglichkeit bereits fertig ausgebildet)
- Optimierung und Festlegung von Standards zur Verfahrensführung in allen Arbeitsbereichen
- Bearbeitung aktueller Tierseuchen (u.a. Blauzungenkrankheit)
- Bearbeitung der Anträge nach dem Verbraucherinformationsgesetz
- Veröffentlichungen nach § 40 (1a) LFGB
- Vorbereitung der neuen EU-Kontroll-VO (EU) 2017/625

53 Gesundheitsamt

- Das Gesundheitsamt wird sich darauf konzentrieren, für die Zukunft seine Angebote den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger unter den sich schnell und weitreichend ändernden Leistungsspektren im medizinischen Versorgungssystem anzupassen.

Jahresabschluss 2018

- In der Gesundheitsberichterstattung des Gesundheitsamtes wird die Verarbeitung von Daten und das zur Verfügungstellen von Fachwissen unter Berücksichtigung zukünftiger gesetzlicher Anforderungen zu realisieren sein.
- Anpassung an die bevorstehenden, gesetzlich neuen Aufgaben im Bereich des Infektionsschutzes (Überwachung der Masernschutzimpfungen) und die Einführung der digitalen Überprüfung der Leichenschauischeine.
- Durch die mittlerweile deutlich höhere Fluktuation von Personal gelingt es, Handlungsabläufe schneller anzupassen. Gleichzeitig besteht das Risiko, langjährig vom Amt erworbenes Wissen zu verlieren.

Jahresabschluss 2018

2.6.3 Dezernat III

Kämmerei (20), Kassen- und Steueramt (21), Schulamt (40), Kulturamt (41)

Umorganisationen im Jahr 2018 (Abgabe/ Aufnahme von Ämtern/ Abteilungen im Dezernat):

Zum 01.10.2018 wurde aus Dezernat VI durch das Ausscheiden von Stadtrat Bendel organisatorisch Dezernat III. Die Geschäftsstelle Kulturbeirat wurde eingerichtet und organisatorisch Dezernat III zugeordnet.

Das Kassen- und Steueramt wurde am Standort Hasengartenstraße 25 zusammengeführt, der Standort Hasengartenstraße 21 abgemietet. Das Projekt „Zweitwohnungssteuer“ wurde in den Regelbetrieb überführt.

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder im Jahr 2018

Die Kämmerei unterstützt die städtischen Mitarbeitenden und Entscheider in Gremien, Ämtern und Beteiligungen bei der Erfüllung der Aufgaben im kommunalen Unternehmensverbund „Landeshauptstadt Wiesbaden“.

Zu den Schwerpunkten der Kämmerei zählen die Aufstellung des städtischen Haushalts sowie das Erstellen des Jahres- und Gesamtabschlussberichts. Weiterhin gehören zu den Aufgaben der Kämmerei das Zentrale Controlling, das Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement, das Beteiligungsmanagement sowie das IT-Management.

Ausgewählte Maßnahmen im Jahr 2018: Das Projekt e-Akte wurde in den Regelbetrieb überführt, das Genehmigungsverfahren für den Haushaltsplan 2018/19 wurde bei der Aufsichtsbehörde betrieben und der Jahres- sowie der Gesamtabschluss 2017 erstellt.

Das Kassen- und Steueramt begleitet die Betriebsprüfung der Landeshauptstadt Wiesbaden und wickelt den Zahlungsverkehr ab. Die Projektphase aus dem Projekt „Aufgabe und Struktur“ wurde weitestgehend abgeschlossen, die Themen der Projektoptimierung sind fortlaufend. Die Wettlaufwandssteuer wurde eingeführt und in einen vollständig digitalisierten Prozess überführt.

Das Schulamt ist zuständig für die Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebes, d.h. Gewährleistung der Bewirtschaftung, der Instandhaltung und der Sicherheit sowie einer ausreichenden Personalausstattung in den Schulen und der Kernverwaltung. Unter Einbeziehung der Kommunalinvestitionsprogramme KIP I & II wurden Sanierungen und Erweiterungen der Schulgebäude vorangetrieben. Auch sorgt das Schulamt für die Bereitstellung ausreichenden Schulraums für vorhandene und zukünftige Bedarfe unter Berücksichtigung neuer Siedlungsgebiete, Zuzügen, Nachverdichtung etc. Die Bereitstellung einer angemessenen IT-Infrastruktur an Schulen wurde gewährleistet.

Bedeutende Handlungsfelder im Bereich des Kulturamtes:

Der laufende Institutsbetrieb der Einrichtungen des Kulturamtes - Stadtbibliothek, Stadtarchiv, Musikakademie, Caligari-Filmbühne, Kunsthaus/ Artothek und Literaturhaus - bildete auch in 2018 das Fundament der Tätigkeit des Kulturamtes.

Weitere wichtige Säulen waren auch im zurückliegenden Jahr die Bereiche Kulturförderung/ Kulturberatung sowie die Stadtteilkulturarbeit.

Jahresabschluss 2018

Im Bereich der Veranstaltungen sind beispielhaft herauszuheben: „European Youth Circus“, „Wiesbaden tanzt“, das „Deutsche FernsehKrimi-Festival“, „Wiesbadener Kriminärz“ oder „Wiesbaden singt“.

Strukturell fielen folgende Maßnahmen besonders ins Gewicht: Vorbereitung Kulturentwicklungsplan, Sanierung Kunsthaus, Sanierung Walkmühle, Sanierung Burg Sonnenberg.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2018?

Im Haushaltsjahr 2018 stand die ständige Kontrolle der Finanzströme unter den mehrfach wechselnden Dezernatzuschnitten im Vordergrund, um sicherzustellen, dass die allgemeine Finanzlage sich nicht anspannt und verschlechtert.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Die Ziele wurden voll erreicht. Dezernat III hat das Haushaltsjahr 2018 mit einem Überschuss abgeschlossen.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2018

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-29.968	-27.359	-29.291
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	135.976	145.170	142.022
20 Verwaltungsergebnis	106.008	117.811	112.731
21 Finanzerträge	-4.691	-5.042	-5.495
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	8
23 Finanzergebnis	-4.690	-5.042	-5.486
24 Ordentliches Ergebnis	101.318	112.769	107.244
25 Außerordentliche Erträge	-1.532	0	-38.727
26 Außerordentliche Aufwendungen	7.925	0	51.761
27 Außerordentliches Ergebnis	6.393	0	13.034
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	107.710	112.769	120.279
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-124	2.344	-10.049
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	107.587	115.113	110.229

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 12.04.2019)

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die ordentlichen Erträge konnten 2018 um 1.932 Tsd. € im Vergleich zum Plan gesteigert werden.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden nicht im vollem Umfang (6.275 Tsd. €) getätigt, gleichzeitig jedoch die Zuweisungen und Zuschüsse um 3.331 Tsd. € überschritten.

Abweichungen beim Finanzergebnis

Im Bereich des Kassen- und Steueramtes konnten die Finanzerträge um 453 Tsd. € gesteigert werden (Säumniszuschläge, Verzugszinsen).

Jahresabschluss 2018

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis bezieht sich auf die Abschreibung der AHW²⁹, TriWiCon und mat-taqua im Bereich Beteiligungen bei der Kämmerei.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Aufgrund des mehrfachen Dezernatswechsels mit den unterschiedlichen Amtszuschnitten war auch das Jahr 2018 ein sehr arbeitsintensives Jahr. Da auch die Haushaltsplanung 2018/19 aufgrund neuer Strukturen im vergangenen Jahr nicht immer leicht war, gestaltete sich auch die Umsetzung nicht einfach.

Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2017	Istausgaben 2018	Noch verfügbar / Rest 2018
I.03756	40 - Wickerbachgrundschule	7.021	2.931	3.202	0
Kosten für Erweiterung. Der Bau schreitet voran. Fertigstellung für Ende 2019 geplant, Bezug an Fastnacht 2020.					
I.03440	40 - Th.Fliedner-Schule Ausbau Vollgymn.	16.308	14.325	3.160	0
Baukosten des Anbaus für das Vollgymnasium in Bierstadt. Neubau ist fertiggestellt, dieser wurde im Sommer 2018 in Betrieb genommen. Das Projekt ist abgeschlossen.					
I.03722	40 - Albert-Schweitzer-Schule Neubau	7.387	2.881	1.144	0
Kosten für den Neubau der Albert-Schweitzer-Schule. Der Rohbau wurde errichtet, Fertigstellung für 2020 geplant.					
I.04316	40 - Peter-Rosegger-Schule Erweiterung	4.800	2.721	1.852	0
Neubau der Grundschule Igstadt. Erweiterung wurde in 2018 fertig gestellt. Aktuell werden noch Arbeiten im Außenbereich vorgenommen. Es handelt sich um ein KIP I - Projekt.					

²⁹ Altenhilfe Wiesbaden GmbH.

Jahresabschluss 2018

2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt (61), Bauaufsichtsamt (63), Hochbauamt (64)

Umorganisationen im Jahr 2018 (Abgabe/ Aufnahme von Ämtern/ Abteilungen im Dezernat):

Neue Dezernatsverteilung ab 01.10.2018: Aufnahme der ELW³⁰, MBA Wiesbaden GmbH³¹, DBW³² Recycling GmbH & Co.KG und GWI GmbH³³.

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2018

Neben den klassischen Tätigkeiten im Hochbau, mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LH Wiesbaden, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen und Rahmensetzungen im Bauplanungs- und Bauordnungsbereich, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2018?

- Die Entwicklung von Wohnbauland
- Die Erstellung des WISEK (Wiesbadener integriertes Stadtentwicklungskonzept als Grundlage für Flächennutzungs- und Verkehrsentwicklungsplan)
- Fortführung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Kostheim- /Kastel
- Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben, wie z. B. den Neubau der HSK und den Baumaßnahmen im JoHo, Hainweg, Hochhaus Kureck
- Personalentwicklung und Optimierung amtsinterner Strukturen
- Start der Einführung eines in unser Fachverfahren (Probaug) integriertes Datenmanagementsystem, zur Wegbereitung zum „Bauamt Online“
- Umstellung auf die neue Hessische Bauordnung³⁴
- Stetiger Ausbau des Kommunalen Energiemanagements, Fortführen der Umrüstung weiterer städtischer Liegenschaften auf LED (LED-City)
- Fortführung der Einführung eines IT-Verfahrens für den Gebäudebetrieb

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

- Die Dienstleistungen für das Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben konnten trotz schwieriger Personalsituation aufrechterhalten werden.
- Das Projekt WISEK wurde 2018 abgeschlossen.
- Das Entwicklungs- und Handlungskonzept für den Stadtumbau Kastel/Kostheim wird mit der Maßnahme „Am Kransand“ weitergeführt.
- Die Dienstleistungen für Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben konnten trotz schwieriger Personalsituation aufrechterhalten werden.
- Die Personalsituation wurde durch Stellenbesetzungsverfahren etwas verbessert, es besteht jedoch weiterhin das Problem, qualifiziertes Personal zu finden.
- Das in unser Fachverfahren (Probaug) integrierte Datenmanagementsystem befindet sich in der Einführungsphase und wird weiter implementiert.
- Das Fachverfahren Probaug, alle Anträge, Formulare etc. sowie die Sachbearbeiter wurden bzw. haben sich auf die neue HBO umgestellt.

³⁰ Entsorgungsbetriebe der LHW.

³¹ Gesellschaft zur mechanischen Behandlung von Abfällen mbH.

³² Das Baustoffzentrum Wiesbaden.

³³ Gewerbeimmobilien GmbH.

³⁴ Im Folgenden HBO.

Jahresabschluss 2018

- Aus den vom Energiemanagement des Hochbauamtes eingeleiteten Maßnahmen zur Optimierung konnten 2017 Einsparungen bzw. Vermeidung von Kostenerhöhungen im Wert von 1.600 Tsd. € erwirtschaftet werden. Dieser Trend setzte sich in 2018 fort.
- Die notwendigen Maßnahmen zur Einführung und Weiterentwicklung der Software CAFM sind erfolgt, und die digitale Bestandsdatenerfassung ist in Vorbereitung.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2018

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-5.949	-6.980	-6.321
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	20.389	21.107	21.196
20 Verwaltungsergebnis	14.440	14.128	14.874
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	0	0	0
24 Ordentliches Ergebnis	14.440	14.128	14.874
25 Außerordentliche Erträge	-2	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	5	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis	3	0	0
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	14.443	14.128	14.874
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-3.375	-829	-2.119
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	11.067	13.299	12.755

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 12.04.2019)

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die veranschlagten Erträge für das Energiemanagement sind nur nachrichtlich beim Hochbauamt eingebucht, ein Ist wird dort nicht erwirtschaftet.

Beim Hochbauamt werden die Erträge im Zusammenhang mit der Untervermietung von Verwaltungsgebäuden gezeigt (Budgetverantwortung liegt bei den Nutzerämtern).

Analyse Jahresergebnis /Fazit

Die Baugenehmigungsgebühren als größte Ertragsposition des Dezernates konnten vollständig erwirtschaftet werden (+170 Tsd. €). Schwankungen bei diesen Erträgen durch mehr oder weniger Genehmigungen für Sonderbauten sind nicht steuerbar.

Nach Bereinigung um die nachrichtlich veranschlagten Erträge (Energiemanagement) bzw. um den beim Hochbauamt gezeigten Ertrag im Zusammenhang mit den Verwaltungsgebäuden (Budgetverantwortung liegt bei den Nutzerämtern) konnten die veranschlagten Erträge vollständig erwirtschaftet werden.

Die ordentlichen Aufwendungen lagen nur geringfügig über dem Ansatz, sodass das Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung als Punktlandung bezeichnet werden kann.

Chancen und Risiken

Das Ergebnis des Dezernates IV ist abhängig von der Entwicklung der Baugenehmigungsgebühren. Nach der aktuellen HMS-Hochrechnung (Mai 2019) scheint die Erwirtschaftung dieser Ertragsposition für 2019 möglich.

Jahresabschluss 2018

2.6.5 Dezernat V

Das Dezernat V umfasst das Straßenverkehrsamt (34), Umweltamt (36), Tiefbau- und Vermessungsamt (66) und das Grünflächenamt (67).

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2018

Für das Straßenverkehrsamt bestand eine der Hauptaufgaben in der Steigerung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit des Amtes. So wurde auch in 2018 der Personalbestand erhöht. Zudem war die Ordnung des ruhenden und fließenden Verkehrs oder die Erfüllung von Sonderaufgaben von grundlegender Bedeutung.

Bedeutende Handlungsfelder des Umweltamtes sind zum einem die hoheitlichen Aufgaben. Hierzu gehören die untere Immissionsschutzbehörde (Luft, Lärm), der Gefahrguttransport, die untere Abfallbehörde - Beseitigung und Ahndung illegaler Abfälle-, die untere Naturschutzbehörde, die untere Forstbehörde, untere Wasserbehörde, die untere Bodenschutzbehörde und die untere Hafenbehörde.

Zudem hat das Amt weitere Aufgaben als städtisches Amt. Hierzu gehören die Landschaftsplanung, Satzungen (Baumschutz, Vorgarten, Feldwege, Fernwärme), Altlastenkataster und Altlastensanierung, Gewässerpflege/Renaturierung, Pflege Naturdenkmale, Pflege von Ausgleichsflächen, Biotopvernetzung, Messtechnik, Klimaschutz/regenerative Energie, Klimaanpassung, Indirekteinleiterkontrolle, Umweltberatung und -information, Hochwasserschutz und Umweltmanagement (Ökoprot).

Neben den klassischen Tätigkeiten im Tiefbau, mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LH Wiesbaden, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen des Straßenverkehrs für alle Verkehrsteilnehmer. Weiterhin auf Rahmensetzungen hinsichtlich einer Neuausrichtung bzgl. eines veränderten Mobilitätsverhaltens, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

Das Grünflächenamt ist zuständig für die Erweiterung, Sicherstellung und qualitativ hochwertige Pflege und Entwicklung aller Grünflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden, einschließlich Friedhöfe, Tierpark Fasanerie und Waldflächen.

Welche Ziele verfolgten die Ämter des Dezernates im Jahr 2018?

Das Hauptziel des Straßenverkehrsamtes war die Steigerung der Handlungs- und Arbeitsfähigkeit des Amtes in jeglicher Hinsicht.

Das Umweltamt hatte sich folgende Ziele gesetzt:

- Zeitgerechte und fachlich fundierte Bearbeitung der laufenden Vorgänge zum Vollzug der Umweltgesetze und Satzungen
- Einhaltung des vorgegebenen finanziellen Budgets
- Umsetzung des Klimaschutzkonzepts unter Beteiligung der Bürgerschaft
- Start des Förderprogramms „Photovoltaikanlagen“
- Fortführung des Förderprogramms „Energieeffizient Sanieren“
- Neubeschaffung von E-Autos für die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Beteiligung an einem Forschungsverbundvorhaben der Technischen Hochschule Darmstadt zum Thema „ressourceneffiziente Entwicklung von Stadtquartieren“
- Aufstellung einer Geschäftsordnung zur Einrichtung des Klimaschutzbeirats
- Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der Biotope, Ausgleichsflächen und Landschaftsparks
- Start des Förderprogramms „Blühende Landschaften und Lebensräume in Wiesbaden“

Jahresabschluss 2018

- Fertigstellung des Projekts „Bäche ans Licht“: Abtrennung / Inbetriebnahme Spülleitung Kesselbach; Offenlegung Bachabschnitt Quartiersplatz
- Beginn der Planung zur Offenlegung einzelner Bachabschnitte
- Altflächenuntersuchungen auf städtischen Grundstücken (Sedra- und Kreussler-Gelände)
- Planung Hochwasserschutzmaßnahmen am Rambach
- Unterhaltung an den Risikoschwerpunkten der Wiesbadener Gewässer und Gewährleistung über vorbeugende und Notfall-Maßnahmen mit der ELW
- Auflegen eines strukturierten Verkehrssicherungskonzeptes für den Außenbereich an Wiesbadener Gewässern
- Fortführung des Hochwasserschutzes an Rhein und Main mit der Feuerwehr
- Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (Gewässerentwicklungskonzept Lindenschbach-, Wickerbach- und Moosbachsystem)
- Erstellung Entwicklungskonzept Wäschbach
- Planung und Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Klingenschbach, Ortslage Breckenheim
- Erkundung und Erhebung der Schäden an begehbaren und befahrbaren Bachkanälen
- Luftreinhalteplan, Masterplan Green City, Aufstellung eines Maßnahmenfortpakets zur Abwehr eines Dieselfahrverbots; Vorbereitung / Mitwirkung Klageverfahren
- Lärmaktionsplan; Fluglärmkommission, Fluglärmmonitoring
- Beteiligungsverfahren Fortschreibung Landschaftsplan
- Aktualisierung Fachgutachten Freizeit und Erholung
- Fortführung und Ausbau des betrieblichen Umweltmanagement-Programms Ökoprot für Einsteiger und fortgeschrittene Betriebe; Initiierung Energieeffizienz-Netzwerk

Beim Tiefbau- und Vermessungsamt wurden im Jahr 2018 verschiedene Ziele verfolgt:

- Entwicklung von wirkungsvollen Maßnahmen zur Aufnahme in den Luftreinhalteplan mit dem Ziel der Verhinderung eines Diesel-Fahrverbotes
- Erstellung des Green City Masterplans WI Connect, nach Veröffentlichung von Förderrichtlinien zur Umsetzung von Maßnahmen
- Neuaufstellung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP)
- Neugestaltung des Platzes zwischen RMCC und Landesmuseum (Friedrich-Ebert-Allee)
- Vierspuriger Ausbau der Boelckestraße
- Entlastung des innerstädtischen Verkehrs
- Umsetzung von Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept
- Stärkung des ÖPNV
- Erschließung des Verkehrs für neue Wohngebiete
- Umsetzung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Kostheim /Kastel
- Einführung eines Straßeninformationssystems (STRIS)
- Bau der zentralen Straßenmeisterei 66 in der Berliner Straße 112
- Aufrechterhaltung der Mobilität und Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Personalentwicklung, Optimierung amtsinterner Strukturen

Neben der Erweiterung, Sicherstellung und qualitativ hochwertigen Pflege und Entwicklung der oben genannten Grünflächen im Rahmen der Daseinsfürsorge verfolgte das Grünflächenamt einerseits die Umsetzung des vorgeplanten Spielplatzprogrammes (Anpassung an die aktuellen Erfordernisse und Ausstattungen). Zu den weiteren Zielen gehörte die Nachpflanzung von Bäumen in Fehlstellen, die Instandsetzung von drei Gärtnerunterkünften sowie der Abschluss der Einführungsphase des Grünflächeninformationssystems.

Jahresabschluss 2018

Ein wichtiges Ziel war außerdem die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung, die in den städtischen Gremien beschlossen wurde, diese dient unter anderem der finanziellen Sicherheit für weitere Ziele im Bereich der Friedhöfe.

Im Bereich der Fasanerie wurden zahlreiche Projektwochen, Jugendfreizeiten und andere naturpädagogische Maßnahmen durchgeführt. Der Forstbereich hat als oberstes Ziel die nachhaltige Pflege und Bewirtschaftung des Stadtwaldes. Das Vorantreiben diverser Instandsetzungen und Neubaumaßnahmen gehörte zu den weiteren Zielen.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2018

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-17.432	-35.336	-23.735
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	80.276	96.170	94.475
20 Verwaltungsergebnis	62.844	60.834	70.739
21 Finanzerträge	-4	-3	-3
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	3
23 Finanzergebnis	-4	-3	0
24 Ordentliches Ergebnis	62.840	60.831	70.739
25 Außerordentliche Erträge	-2.504	-507	-3.682
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.453	4	4.923
27 Außerordentliches Ergebnis	-1.050	-503	1.241
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	61.790	60.328	71.980
31 Ergebnis aus internen Leistungen	4.072	3.473	4.878
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	65.862	63.801	76.858

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 15.04.2019)

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Amt 34

Aufgrund fehlenden Personals konnten die Einnahmeplanwerte, die im Rahmen der Neubildung des Straßenverkehrsamtes vom Ordnungsamt übernommen wurden, nicht erfüllt werden. Hinzu kommt, dass mit der Einstellung weiterer OPB (Ordnungspolizeibeamte) der Haupt- und Finanzausschuss weitere Erträge zusetzte.

Amt 36

Es kam zu einer positiven Abweichung in Höhe von ca. 6,7 Tsd. €. Somit gilt der Planwert als erfüllt.

Amt 66

Die Abweichung basiert auf vom Amt nicht geplanten Abrechnungen aus dem Investitions- und Instandhaltungsmanagement, die aus Kostenerstattungen auf Projekten und Erträgen aus Baulandumlegungen bestehen.

Amt 67

Amt 67 allgemein

Insgesamt sind Mindererträge in Höhe von knapp 185 Tsd. € zu verzeichnen. Hauptursache: 2018 wurden die Erträge für die Kleingartenanlagen erstmalig von der Stadtkasse abgegrenzt. Das bedeutet, dass sich die Realisierung der Erträge zum größten Teil nach

Jahresabschluss 2018

2019 verschiebt. Weitere Mindererträge in Höhe von knapp 21 Tsd. € sind bei den Spenden zu verzeichnen, die nur schwer planbar sind.

Forsten

Erwartungsgemäß konnten die Holzverkäufe nicht auf dem hohen Niveau der Vorjahre erzielt werden. Witterungsbedingt sowie aufgrund von Sturmereignissen sowie Schädlingsbefall war dies zu erwarten und von der Fachabteilung prognostiziert. Der Planwert basierte auf einer zu hohen Ertragserwartung. Der Preisverfall bei der Fichte aufgrund der europaweiten Schädlingsproblematik war zum Ende des Jahres enorm, somit kam es zu Mindererträgen in 2018 in Höhe von knapp 64 Tsd. €.

Gebührenhaushalt Friedhöfe

Die Erträge aus Friedhofsgebühren lagen 2018 knapp 13 Tsd. € über dem Planwert. Im Bereich des Gebührenhaushaltes ist die Betrachtung der Plan-Ist-Abweichung allerdings weniger relevant als die Gesamtbetrachtung der Erträge und Aufwendungen, wie sie in der aktuell vorliegenden Gebührenkalkulation vorliegt.

Einzelbudget Legatgrabpflege

Es erfolgte eine Entnahme aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe des entstandenen Aufwands. Das Budgetergebnis ist ausgeglichen.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Amt 34

Es kam insgesamt zu einer geringen positiven Abweichung in Höhe von 62 Tsd. €. Einige in 2018 geschaffene Stellen konnten erst im Laufe des Jahres 2018, nach der Genehmigung des Doppelhaushaltes 2018 / 2019, besetzt werden. Außerdem wurde das Personalbudget in Verbindung mit langzeiterkrankten Kolleginnen und Kollegen nicht ausgeschöpft.

Die Verwarngeldstelle wurde mit den Personalkosten zu 34 umgesetzt, jedoch nicht die dazugehörigen Sachkosten (Arbeitsplatzkosten, Porto - und Fallabrechnungen in Höhe von 425 Tsd. €). Der fehlende Aufwandplan konnte durch Einsparungen in den Sachkosten (z.B. Dienstkleidung) abgemildert werden. Eine Umsetzung der Planwerte 2019 von 31 nach 34 wird angestrebt.

Amt 36

Die negative Abweichung bei Amt 36 beträgt etwa 250,4 Tsd. €. Diese ergibt sich im Wesentlichen aus:

- 292,1 Tsd. € Mehraufwendungen im Bereich Personal und Versorgung
- 67 Tsd. € Abschreibungen, vorwiegend im Bereich Schutz und Bewirtschaftung Gewässer (z.B. Anlage Spülleitung Kesselbach usw. durch Anlagenbuchhaltung).
- 19,4 Tsd. € Einsparungen in verschiedenen Bereichen der Sach- und Dienstleistungen (z.B. DL Ing./Architek./Gutachter; Wartungskosten Software usw.)
- 86,1 Tsd. € Einsparungen im Bereich Zuweisungen / Zuschüsse (Buchung SEG Treuhandkonto, Belastung erfolgt erst nach Nachweis zur Verwendung).

Amt 66

Die Abweichung entsteht aus den Abrechnungen aus dem Instandhaltungsmanagement in die Ergebnisrechnung und durch Abschreibungen, die nicht durch Amt 66 geplant und gebucht werden.

Jahresabschluss 2018

Amt 67

Personalaufwand

1038/6038 Amt 67 allgemein und Legat und 1061/6061 Forsten

Aufgrund der Zusetzung von Budget für zusätzliche Stellen, die nicht mehr in 2018 besetzt werden konnten, sowie bedingt durch Vakanzen und Langzeiterkrankungen entstand im Personalbudget ein Rest in Höhe von rund 335 Tsd. €.

1042/6042 Gebührenhaushalt Friedhöfe

Bei der Neugründung der Friedhofsabteilung wurde das Personalbudget zwischen den Abteilungen Grün und Friedhof nach dem Status Quo des damaligen Personalbestands aufgeteilt. Die Besetzung von offenen Stellen und Stellenzuwächse im Friedhofsbereich waren hierdurch nicht vollständig abgedeckt, so dass hier ein Defizit von ca. 270 Tsd. € entstanden ist.

1043 Einzelbudget Legatgrabpflege

Keine direkten Personalkosten, hier fällt für die Vergabe und Abrechnung der Leistungen nur Leistungsverrechnung an.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

1038/6038 Amt 67 allgemein

Aufgrund der personellen Situation im operativen Bereich werden im Jahresrückblick immer mehr Leistungen an externe Firmen vergeben. Für die Pflege des Straßenbegleitgrüns wurde daher im Doppelhaushalt 2018/19 Budget zugesetzt, das aber 2018 nur zu einem geringen Teil verausgabt werden konnte. Grund: Zuerst musste die Genehmigung des Haushalts abgewartet und dann eine umfangreiche Ausschreibung durchgeführt werden. Das Restbudget im Bereich Straßenbegleitgrün hat die Mehraufwendungen im Bereich der Straßenbäume weitestgehend aufgefangen.

1061/6061 Forsten

Hier ist ein Rest in Höhe von rund 104 Tsd. € zu verzeichnen, da witterungsbedingt nicht alle erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden konnten.

1042/6042 Gebührenhaushalt Friedhöfe

Auch hier ist ein Rest in Höhe von knapp 102 Tsd. € vorhanden, da witterungsbedingt nicht alle erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden konnten.

1043 Einzelbudget Legatgrabpflege

Es erfolgte eine Entnahme aus dem Passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe des Aufwands, das Budgetergebnis ist ausgeglichen.

Abweichungen beim Ergebnis aus internen Leistungen

Amt 34

Eine Erhöhung des Personals bringt eine Erhöhung der Umlagen mit sich. Die statistischen Kennzahlen werden im Bereich Straßenverkehrsamt noch korrigiert.

Amt 36

Die negative Abweichung bei Amt 36 beträgt rd. 237,5 Tsd. €. Die Differenz resultiert vorwiegend aus der Querschnittsumlage Stadt (SK 940006).

Amt 66

Eine erhebliche Abweichung besteht beim Ergebnis aus Direkter Leistungsverrechnung³⁵

³⁵ Im Folgenden DLV.

Jahresabschluss 2018

(DLV), da es zur HHPL-Aufstellung eine prozentuale Vorgabe für alle Projekte gab, die nicht der realen Stundenverteilung entsprach. Zudem werden die Kapazitäten aus der Kostenstelle Zentrale Dienste nicht verrechnet.

Amt 67

Bei der DLV ergibt sich eine hohe Plan-IST-Abweichung in Höhe von rund 860 Tsd. €. Eine Erklärung ist die Umorganisation und Trennung der Bereiche Grün und Friedhof, die mit einer umfangreichen Veränderung der Verrechnungen einherging. Außerdem wurde ein eigenes Profitcenter Forsten gegründet. Die Planwerte werden bei der Haushaltsplanung 2020/21 analysiert und angepasst.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Amt 34

Nach der Gründung des Straßenverkehrsamtes konnte das nur minder mit Personal und Sachmitteln ausgestattete neue Amt 34 soweit aufgebaut werden, dass der Außendienst um 75 % aufgestockt werden konnte. Im nächsten Schritt muss dringend der Innendienst mit analoger Progression nachgezogen und ausgebaut werden, um die vom Außendienst generierten Fälle bearbeiten zu können. Der Außendienst muss mit weiteren Einsatzmitteln/Fahrzeugen ausgestattet werden. Die entsprechenden Bedarfe werden zum Haushalt 2020/2021 angemeldet.

Amt 36

Durch den hervorragenden Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten die Aufgaben unter Einhaltung des Budgets erledigt werden.

Überschreitungen im Bereich der Personalkosten sind auf Nichtberücksichtigung/ Nichteinbeziehung von Tariferhöhungen bzw. -anpassungen / Langzeiterkrankten bei den Haushaltsplanvorgaben zurückzuführen. Dies auszugleichen wird, ohne die entsprechenden Zusätzungen, auch in den Folgejahren nicht möglich sein.

Amt 66

Das Budgetergebnis endet mit einem Guthaben von 244,1 Tsd. €. Die Abweichungen entstehen durch verschiedenartige Abrechnungen aus IM und aus der Instandhaltung.

Amt 67

Aufgrund der Ausführungen zu den Erträgen und Aufwendungen 2018 kann davon ausgegangen werden, dass sich die Ergebnisse von 2018 in 2019 nicht fortsetzen. Näheres dazu siehe Ausblick.

Jahresabschluss 2018

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats V (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2017	Istausgaben 2018	Noch verfügbar / Rest 2018
I.04969	34 Beschaffung Rotlichtkameras	52	0	11	42
Es wurden in 2019 bereits weitere Obligos aufgebaut. Weitere Maßnahmen folgen.					
I.04973	34 Stat. Messanlagen	300	0	0	300
Es sind 3 Standorte (Moltkering, Berliner Straße und Äppelallee) projektiert und sollen im 2. Quartal 2019 fertiggestellt werden. Die notwendigen Aufträge für die Tiefbauarbeiten und für die Stromversorgung sind bereits vergeben.					
I.04974	34 Stat. Messanlagen	150	0	0	150
Das Projekt konnte erst in 2019 abgeschlossen werden. Es wurden im Konrad Adenauer Ring 2 stat. Messanlagen (2 Säulen, die beide Fahrtrichtungen überwachen) umgesetzt und in Betrieb genommen.					
I.02627	36 Kessel-/Wellritzbach Abtrennung Umsetzung	5.621	4.839	56	726
Das Projekt „36 Abtrennung Kessel- / Wellritzbach Abtrennung“ ist bautechnisch abgeschlossen. Prüfungen der Schlussrechnungen sollen bis um III. Quartal 19 erfolgt sein. Die Offenlegungen einzelner Bachabschnitte werden ab sofort fortlaufend als eigene Projekte geplant (z.B. Projekt I.04340 „36 Bachoffenlegung Sedanplatz“; Projekt I.04337 „36 Bachoffenlegung Blücherplatz“).					
I.03214	36 WRRL Wellritztal Landschaftspark	1.520	89	72	1.359
Der Baubeginn der Maßnahme war 01.05.2019. Fördermittel vom Land Hessen i. H. v. 632, 3 Tsd. € wurden bewilligt. Die Fertigstellung der Maßnahme ist bis zum 31.12.2019 geplant.					
I.00619	66 Straßenmeisterei der LHW Investition	4.762	482	2.291	1.989
Errichtung einer zentralen Straßenmeisterei der Landeshauptstadt Wiesbaden auf dem Grundstück Berliner Str. 112. Das Gebäude wurde im November 2018 eingeweiht.					
I.01902	66 Goerdeler Straße - Bestand Investition	918	676	63	179
Umgestaltung der bestehenden Goerdeler Straße zwischen Graf-von-Galen-Straße und Anne-Frank-Straße in Wiesbaden-Klarenthal. Der erste Abschnitt - Kreisel und Bushaltestelle am Knotenpunkt Anne-Frank-Straße - wurde im April 2016 fertiggestellt. Baubeginn für den zweiten Abschnitt - Kreisel am Knotenpunkt Otto-Wels-Straße und mehrere Fußgängerüberwege zur Verbesserung der Fußgängersicherheit zwischen Otto-Wels-Straße und Graf-von-Galen-Straße war Mai 2017, Bauende war Mai 2018.					
I.04392	66 Neugestaltung Platz RMCC/Museum Investition	2.990	1.962	608	420
Mit dem Neubau des RheinMain CongressCenters und der Sanierung der Kolonnaden und der Treppeanlage des Landesmuseums soll der Abschnitt der Friedrich-Ebert-Allee zukünftig aufgewertet werden. Hierzu wurde aufbauend auf den Ergebnissen eines städtebaulichen Wettbewerbs eine Ausführungsplanung gefertigt. Dabei wurden die Flächen für den motorisierten Verkehr deutlich reduziert, bei gleichzeitiger Schaffung von Flächen für den Radverkehr sowie einer Ausweitung von Flächen für Fußgänger. Ziel der Planung war es, den inneren Stadteingang als Übergang in die historische Stadt aufzuwerten und gleichzeitig dem RheinMain CongressCenter und dem Landesmuseum einen attraktiven Vorbereich zu geben. Die Inbetriebnahme erfolgte Ende 2017.					

Jahresabschluss 2018

I.04600	66 Kasteler Straße Investition	4.875	65	2.746	2.064
Grundinstandsetzung der Kasteler Straße und die Neuordnung des Straßenraums sowie die Ertüchtigung des Knotenpunktes Kasteler Straße/Äppelallee/Biebricher Allee, mit Förderung durch das Land Hessen. Ein Förderantrag wurde mit Datum 03.08.2016 gestellt. Die Inbetriebnahme erfolgte am 14.03.2019.					
I.04650	66 Äppelallee Radverkehrsanlagen Investition	1.430	16	1.267	147
Es wurden Radverkehrsanlagen in der Äppelallee eingerichtet. Die Maßnahme in der Äppelallee stellt gemäß Radverkehrskonzept einen Lückenschluss mit großer Verbindungsbedeutung für den Radverkehr dar. Ziel ist es, den Radverkehr im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden zu fördern. Im Zuge der Maßnahme wurde die Äppelallee auch für die Nutzer des ÖPNV und für Fußgänger sowie für Personen mit eingeschränkter Mobilität optimiert. Es bleibt gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Kraftfahrzeugverkehrs erhalten. Baubeginn war März 2018, Bauende war im Dezember 2018.					
I.04804	66 Äußere Erschließung Bierstadt-Nord	3.539	166	679	2.694
Neubau der Anbindung des geplanten Wohngebietes Bierstadt Nord an die B455. Der Baubeginn war am 11.10.2018.					
I.04946	66 Busspur Schiersteiner Straße einwärts	514	0	504	10
Erneuerung der Busspur in der Schiersteiner Straße, stadteinwärts, zwischen Waldstraße und Konrad-Adenauer-Ring; der Abschnitt von der Waldstraße bis Rewe-Markt/Jet-Tankstelle ist baulich abgeschlossen, Inbetriebnahme war am 11.12.2018. Der letzte Abschnitt soll in den Sommerferien 2019 durchgeführt werden.					
I.05164	66 DIGI-V	30.018	0	111	29.907
Aufbau eines digitalen Systems zur Erhebung, Bereitstellung und Nutzung von Mobilitäts-, Umwelt- und Meteorologie-Daten als Basis für ein aktives Verkehrsmanagement. Dadurch wird eine innovative intelligente Steuerung des fließenden und ruhenden Verkehrs möglich. Die Maßnahme ist Teil des Green-City Masterplans und wird vom Bund zu 50 % gefördert im Zeitraum Mai 2018 bis Ende 2020.					
I.00525	67 Friedhöfe Instandhaltung	2.977	1.870	471	119
Über das Projekt werden <u>Instandhaltungsmaßnahmen auf allen Friedhöfen</u> abgewickelt. Dies umfasst Reparaturen an Wegen und Wasserleitungen, Sanierung von Mauern sowie allen Friedhofsgebäuden (Trauerhallen, Verwaltungsgebäude, Gärtnerunterkünfte). Nur größere Einzelmaßnahmen werden z.T. über eigene Projekte abgedeckt, ansonsten wird alles hier verbucht.					
I.00249	67 KFZ Beschaffung Grünflächen	2.880	1.280	318	883
Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge, die für die Unterhaltung der Flächen von 6702 erforderlich sind, und zwar für die komplette Grünunterhaltung der Parks, Spielplätze, Straßenbegleitgrün und Straßenbäume. Hier besteht ein erheblicher Rückstand bei den Beschaffungen: es sind z.T. noch Fahrzeuge in Benutzung, die vor 2009 beschafft wurden.					
I.03264	67 Neukonzeption Kulturpark	3.920	1.896	206	893
Im Rahmen der Umsetzung der im Jahre 2014 verabschiedeten Neukonzeption des Kulturparkes sollen die noch nicht realisierten Einzelmaßnahmen im südlichen Bereich der Freifläche unter Inanspruchnahme von Bund-Land-Mitteln des Städtebauförderungsprogramms "Zukunft Stadtgrün" entsprechend umgesetzt werden.					

Jahresabschluss 2018

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2019

Amt 34

Der für ein gut funktionierendes Straßenverkehrsamt - mit seiner als Eingriffsverwaltung großen Bedeutung für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Wiesbaden - Personalkörper und deren Einsatzmittel - kann erst im Rahmen des Haushalts 2020/21 in ausreichendem Maß ausgestaltet werden.

Die frei gegebenen Investitionsmaßnahmen können erst in 2019 fertiggestellt werden. Im Bereich der Projekte I.04970 bis I.04972 wurden in 2019 weitere Maßnahmen umgesetzt bzw. mit der Unterstützung von Mitteln innerhalb des Dezernates Aufträge angelegt. Weitere dringend erforderliche Investitionen müssen mangels der erforderlichen notwendigen finanziellen Mittel auf den Haushalt 2020/21 verschoben werden.

Amt 36

Aufgrund des von der Stadtverordnetenversammlung für das Jahr 2019 für das Umweltamt festgelegten Budgets (Personalbudget, CO- und IM-Mittel) sind die Ziele für die Abwicklung des ordentlichen Geschäftsbetriebs erneut sehr ehrgeizig gesetzt.

Dennoch wird auch in 2019 ein hohes Niveau für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung angestrebt.

Stichworte: Elektrifizierung städtischer Fuhrpark, Dieseltipfel, Biodiversitätsstrategie, Klimawandel, Klimaanpassung, Klimaschutz, Bäche ans Licht usw..

Amt 66

Neben der Verbesserung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur stehen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität im Vordergrund, insbesondere die weitere Umsetzung des Sofortpakets zum Luftreinhalteplan.

Amt 67

Erträge

Im Bereich Amt 67 allgemein wird es nicht erneut zu solch hohen Mindererträgen kommen, wenn die Pachterträge jedes Jahr gleichmäßig verbucht werden. Die Mindererträge im Bereich Forsten werden sich fortsetzen, da durch die großen Windwürfe des letzten Jahres und die Entwertung durch Schädlinge sich auch der Preisverfall weiter fortsetzen wird. Im Bereich Friedhof bleibt abzuwarten, wie sich die neuen Friedhofsgebühren auswirken.

Personalaufwand

Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der vollständigen Besetzung der Stellen, die 2018 noch offen blieben, und aufgrund von Kostensteigerungen das Budget im Bereich Amt 67 allgemein und Forsten vollständig aufgebraucht wird.

Im Bereich Friedhof kann es wieder zu einem ähnlichen Ergebnis wie 2018 kommen.

Amt 67 erstellt unterjährig detaillierte Personalkostenhochrechnungen, die eine genauere Prognose erlauben.

Aufwand für Dienst- und Sachleistungen:

Insbesondere im Bereich Grünflächen ist zu erwarten, dass kein Restbudget analog 2018 entsteht. Das zugesetzte Budget für das Straßenbegleitgrün wird in 2019 abfließen, und bei den Straßenbäumen bleibt ein erheblicher Mehraufwand gegenüber dem geplanten Budget bestehen. Weite Teile der Leistungen von 67 sind stark witterungsabhängig.

Jahresabschluss 2018

Chancen und Risiken

Amt 34

Siehe Ausblick.

Amt 36

Aufgrund nicht in voller Höhe erfolgter Zusetzungen bei den Weiteren Bedarfen, insbesondere im Instandhaltungshaushalt, wird die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflichten im Bereich der Bäche und Bachkanäle sowie die vertraglich zugesicherte Pflege und Entwicklung von Biotop- und Ausgleichsflächen zunehmend schwieriger.

Mit den aktuell vorhandenen Personalressourcen ist der stetige Aufgabenzuwachs im Amt nur mit extremen Schwierigkeiten zu bewältigen. Das hohe Arbeitsaufkommen und das angestrebte Niveau der Aufgabenerfüllung kann nur aufgrund erheblicher Mehrarbeit der engagierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geleistet werden.

Amt 66

Die Veränderungen durch die globale Digitalisierung sollten und werden für die Verkehrssteuerung weiterhin genutzt.

Amt 67

Siehe Ausblick.

Jahresabschluss 2018

2.6.6 Dezernat VI

Ämter des Dezernats im Jahr 2018:

Amt für Zuwanderung und Integration (33), Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50) und Amt für Soziale Arbeit (51). Die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) ist weiterhin als Treuhänder im Auftrag der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Stadterneuerung und Wohnbauförderung zuständig.

Umorganisationen im Jahr 2018 (Abgabe/ Aufnahme von Ämtern/ Abteilungen im Dezernat):

Die durch die Dezernatsveränderungen vom 01.07.2017 betroffenen Organisationseinheiten wurden ab 2018 komplett im Budget (nicht im Plan) des Dezernats VI abgebildet.

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2018

Amt für Zuwanderung und Integration (33):

- Umsetzung Maßnahmen und Handlungsziele Integrationskonzept Geflüchtete
- Koordination kommunaler Bildungsangebote
- Umsetzung und Weiterentwicklung kommunales Sprachförderprogramm
- Neuorganisation der Ausländerbehörde
- Aufbau und Umsetzung Rückkehrmanagement

Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50) und Amt für Soziale Arbeit (51):

Ausbau Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige:

Der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz tritt mit dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft. Das angestrebte Versorgungsziel, 48 % der Kinder unter 3 Jahren mit einem Platz zu versorgen, gilt weiterhin. Deutlich gestiegene Kinderzahlen tragen jedoch dazu bei, dass sich das nominale Ausbauziel (=Platzbedarf) erhöht hat und weiterhin erhöhen wird. Die Platzangebotsquote lag zum 1.3.2018 bei 34,3 % der unter Dreijährigen. Zwischen 3/2017 und 3/2018 konnten im Saldo 32 Krippenplätze in Betrieb gehen. Das Krippenangebot betrug 2.644 Plätze. Durch einen Wegfall von Plätzen in der Kindertagespflege kam es jedoch zu einer Reduzierung des Angebots um 25 Plätze für den gesamten U3-Bereich. Das Angebot dort lag bei 455 Plätzen. Durch eine verbesserte Entgeltstruktur für Tagespflegepersonen innerhalb der neu verabschiedeten Satzung soll die Ausübung wieder attraktiver gestaltet werden, sodass weitere Platzverluste verhindert werden bzw. sogar ein Ausbau erreicht werden können.

Kinder ab 3 Jahre bis zum Schuleintritt:

Für den Elementarbereich (3 Jahre bis zum Schuleintritt) wurde mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (StvV) Nr. 0210 vom 18.05.2017 das Versorgungsziel von 85 % auf 90 % der in Frage kommenden anspruchsberechtigten Jahrgänge erhöht. Hiermit soll ein passgenauer Einstieg bzw. Übergang aus dem (teureren) Krippenbereich ermöglicht und die hohe Nachfrage befriedigt werden. Zum 1.3.2018 lag das Angebot bei 9.113 Plätzen und damit 97 Plätze über dem Angebot mit Stand März 2017. Die Platzangebotsquote lag somit bei 86,9 %.

Die Kinderzahlen steigen nun auch verstärkt im Elementarbereich - die verhältnismäßig großen Kinderjahrgänge 2014-2017 wachsen nun in das Elementaralter hinein - dies führt zu neuem Ausbaudruck bzw. kompensiert durchgeführte Ausbaumaßnahmen. Mit Beschluss Nr. 0526 der StvV vom 21.12.2017 wurden Ausbaubedarfe von 941 Plätzen im Krippenalter und 564 Plätzen im Elementarbereich bestätigt.

Jahresabschluss 2018

Die im Haushalt 2018/2019 zur Verfügung gestellten Mittel ermöglichen eine Fortführung des Ausbaus, wobei es zum Erreichen der Versorgungsziele zusätzlicher Mittel im Haushalt 2020/2021 bedarf. Zwischen 3/2017 und 3/2018 gingen 97 Elementarplätze in Betrieb. Das Ziel, 90 % der Kinder zu versorgen, wird nicht erreicht werden. Die ausreichende Mittelausstattung im Haushalt ist insbesondere vor dem Hintergrund der gestiegenen nominalen Bedarfe aufgrund der gestiegenen Kinderzahlen weiterhin unerlässlich, um in beiden Betreuungsbereichen mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Leistungen zur Grundsicherung und Integration für Arbeitsuchende - SGB II

Das SGB II hat zwei wesentliche gesetzliche Aufgaben:

- Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Angehörigen durch die Grundsicherungsleistungen zu „...ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (SGB II § 1 Abs. 1).
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch gezielte Dienst- und Sachleistungen bei der Aufnahme, Ausweitung oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Das kommunale Jobcenter im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge hat im Monat Dezember 2018

- 20.805 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 30.835 Leistungsberechtigte - *darunter* 10.030 Sozialgeldbeziehende
- in 14.867 Bedarfsgemeinschaften

gefördert.

Das Leistungsgeschehen der kommunalen Jobcenter wird u.a. über Zielvereinbarungen mit dem Land Hessen und bundesweit geltenden Kennzahlen erfasst.

Im Jahr 2018 konnten 5.280 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, berufliche Ausbildung oder in Selbständigkeit integriert werden. Die Integrationsquote liegt zum Jahresende bei 24,6 % - über dem vereinbarten Zielwert. Die Nachhaltigkeit dieser Integrationen erreicht im Vergleich zu den Rhein-Main-Städten mit 69,2 % aller Integrationen (Stand: September 2018) einen sehr guten, konstanten Wert im oberen Bereich. Der Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden (> 24 Monate) ist in Wiesbaden im Jahr 2018 nur um durchschnittlich 0,4 % gestiegen. Die Integrationsquote der Alleinerziehenden sank leicht auf 21,0 % (639 Integrationen). Im Verlauf des Jahres 2018 gab es einen Zuwachs von 569 Geflüchteten im Leistungsbereich des SGB II, die aus dem AsylbLG übergegangen sind. Im Dezember 2018 befinden sich somit 3.761 Geflüchtete mit Leistungen aus dem SGB II.

Geflüchtete und Asylsuchende

Ende 2018 waren noch 1.352 geflüchtete Personen im Asylbewerber-Leistungs-Gesetz. Diese Anzahl ist eine nach der Definition der amtlichen Statistik ermittelte, die deutlich von einer zur Arbeitsbemessung erfolgten Definition in Höhe von 1.615 abweicht. Rund 1.900 Geflüchtete lebten Ende 2018 in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften (aus beiden Rechtskreisen: AsylbLG und SGB II). Sollte sich der derzeitige Trend sehr geringer Neuzuweisungen weiter fortsetzen, erwarten wir bis Ende 2019 ca. 300 Personen, da mit der Anerkennung des Asyl- bzw. Flüchtlingsanspruchs die Menschen in das Leistungssystem des SGB II übergehen (s.o.). Angesichts der schwierigen Lage auf dem Markt bezahlbarer Wohnungen in Wiesbaden gehen wir davon aus, dass unter Status quo-Bedingungen auch Ende 2019 noch viele Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Wiesbaden leben werden.

Jahresabschluss 2018

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2018?

Die Ziele des Dezernates orientieren sich an den gesetzlichen Vorgaben und den bestehenden politischen Vorgaben der Kooperationsparteien.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Für die vorhandenen Ziele befindet sich Dezernat VI im vorgesehenen Zeitfenster.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2018

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-317.765	-287.547	-329.535
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	615.298	627.707	650.236
20 Verwaltungsergebnis	297.533	340.160	320.701
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	1
23 Finanzergebnis	0	2	1
24 Ordentliches Ergebnis	297.533	340.162	320.702
25 Außerordentliche Erträge	-109	0	-1.194
26 Außerordentliche Aufwendungen	4	0	90
27 Außerordentliches Ergebnis	-105	0	-1.104
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	297.427	340.162	319.599
31 Ergebnis aus internen Leistungen	23.993	22.182	33.733
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	321.420	362.344	353.332

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 12.04.2019)

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag: 41.987 Tsd. €

Diese teilen sich in folgende Themen auf:

- SGB XII/Kapitel 4: ca. 3.000 Tsd. € Abweichungen, denen aber in gleicher Höhe Mehraufwendungen gegenüberstehen.
- SGB II: ca. 24.000 Tsd. €: Dem Großteil der Mehreinnahmen stehen analog Mehraufwendungen gegenüber. Zusätzlich beteiligte sich der Bund mit einem gestiegenen Wert an den Kosten der Unterkunft, da für Geflüchtete höhere Kosten erstattet wurden.
- UVG: ca. 4.000 Tsd. €: Durch die Gesetzesänderung kann ein erweiterter Personenkreis Leistungen beantragen- in dem Kontext steigen die Einnahmen (denen aber weit höhere Mehraufwendungen gegenüber stehen).
- umA: Für diesen Personenkreis wurden in 2018 noch Nachzahlungen /Erstattungen auf Vorjahre vorgenommen.
- Kinderbetreuung: 4.000 Tsd. €: Die Strukturreform im Bereich KT (6-stündige Freistellung durch das Land bei geänderter Angebotsstruktur) wirkt sich in den Erträgen und Aufwendungen aus.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand: 22.500 Tsd. €

Hier werden die Mehraufwände dargestellt, denen die analogen Mehrerträge gegenüberstehen.

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis: 1.104 Tsd. €

Es handelt sich um einen Vorgang im Zusammenhang mit dem Baugebiet Hainweg.

Jahresabschluss 2018

Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2017	Istausgaben 2018	Noch verfügbar / Rest 2018
I.04358	51 KT Hessenring Grundsanierung und Erweiterung	4.058	182	661	960
Budget I.04358 2018 2.154 Tsd. €; Budgetumsetzung zu I.04661 531 Tsd. €. Die Maßnahme wird mit 423,7 Tsd. € aus dem KIP-Programm und 320 Tsd. € aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ gefördert.					
I.04359	51 Ev. KT Delkenheim Erweiterung Krippe	910	81	456	373
Gesamtkosten der Maßnahme 750 Tsd. € plus Landesmittel in Höhe von 160 Tsd. €.					
I.03746	51 AWA Sophienstraße Aufzug	591	14	9	568
Geplante Gesamtkosten der Maßnahme 300 Tsd. €; Budgetumsetzung in 2018 291 Tsd. €. Mehrkosten, da die Wohnanlage komplett barrierefrei erschlossen wird.					
I.05053	51 Soziale Stadt Stadtteilzentrum Gräselberg Neubau	6.050	0	0	6.050
Das Projekt - Neubau STZ Gräselberg - wird durch die SEG im Rahmen der Sozialen Stadt abgewickelt. Durch das Land wurden auf der Grundlage der Förderanträge 2017/18 zunächst Gesamtausgaben in Höhe von 2.520 Tsd. € bewilligt. Das Raumkonzept für den Neubau steht. Derzeit läuft eine Machbarkeitsuntersuchung zur Realisierung der Baumaßnahme in Kombination mit einem Eltern-Kind Zentrum / -Pension auf der Brachfläche Pörschacher Straße.					

Jahresabschluss 2018

2.6.1 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezernatsbudgets zentral durch die Kämmererei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen sowie Zinserträge und -aufwendungen für die gesamte LHW verwaltet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2017	Fortgeschriebener Plan 2018	Ergebnis 2018
10 Summe der ordentlichen Erträge	-861.783	-814.321	-806.644
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	191.163	185.460	179.966
20 Verwaltungsergebnis	-670.620	-628.862	-626.677
21 Finanzerträge	-26.758	-22.513	-28.906
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.979	14.699	14.905
23 Finanzergebnis	-8.779	-7.814	-14.001
24 Ordentliches Ergebnis	-679.399	-636.675	-640.678
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.311	0	3.800
27 Außerordentliches Ergebnis	1.311	0	3.800
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-678.088	-636.675	-636.878
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-678.088	-636.675	-636.878

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 14.08.2019)

Insgesamt wurde der fortgeschriebene Planwert des ordentlichen Ergebnisses um 4.003 Tsd. € überschritten.

Niedrigere ordentliche Erträge (- 7.678 Tsd. €) begründen sich einerseits durch rückläufige Steuererträge (- 25.791 Tsd. €, davon - 24.180 Tsd. € bei der Gewerbesteuer) und andererseits durch höhere sonstige ordentliche Erträge (+ 19.296 Tsd. €, davon die Auflösung von Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeitverpflichtungen und Beihilfeverpflichtungen + 12.783 Tsd. € und die Auflösung von Wertberichtigungen 5.444 Tsd. €).

Den niedrigeren ordentlichen Erträgen stehen niedrigere ordentliche Aufwendungen (- 5.493 Tsd. €) gegenüber. Trotzdem wurde eine Verschlechterung des Teilergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Plan erzielt (- 2.184 Tsd. €). Bei den **Rückstellungen für Pensionen** ist trotz geringerer Zuführung als im Vorjahr ein Anstieg gegenüber dem Planwert zu verzeichnen (+11.092 Tsd. €). Die Abschreibungen auf Forderungen lagen unter dem Plan-Wert (- 9.511 Tsd. €). Hauptsächlich eine niedrigere Gewerbesteuerumlage (- 3.528 Tsd. €) führte bei den Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagen zu einer Unterschreitung in Höhe von 4.154 Tsd. €.

Jahresabschluss 2018

2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	119.563	35.020	61.217
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-64.516	-128.452	-58.270
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-15.002	43.182	-19.980
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf d. Haushaltsjahres	27.745	-50.251	28.249
Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	209.674	209.674	237.419
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	237.419	159.423	265.669

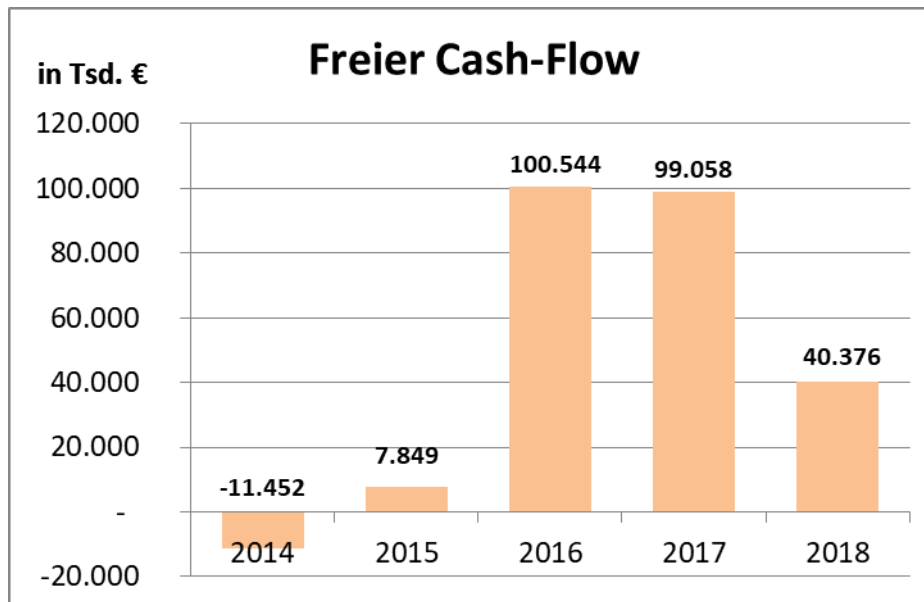
Ausführungen hierzu sind dem Kapitel 3.3 „Erläuterungen zur Finanzrechnung“ zu entnehmen.

Die Finanzierungsfähigkeit und -tätigkeit, in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen, werden durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

Jahresabschluss 2018

Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow³⁶

Die Kennzahl zeigt die Finanzierungskraft aus dem Zahlungsmittelfluss aus allgemeiner Verwaltungstätigkeit, die nach Abzug der ordentlichen Tilgung, bereinigt um die Tilgung aus Umschuldungen und die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms zur Innenfinanzierung zur Verfügung steht.

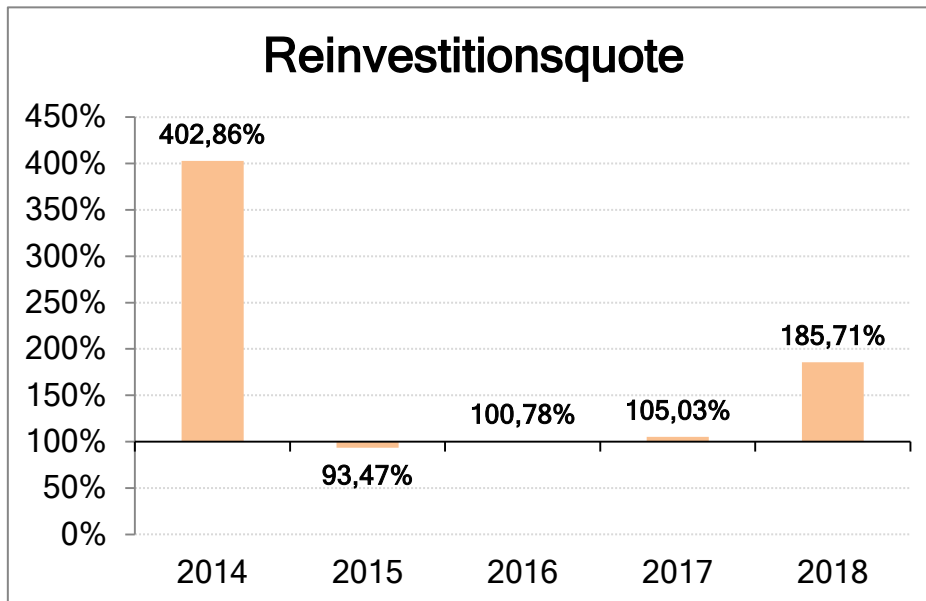


Aufgrund des Zahlungsmittelbestandes konnten auch in einem Jahr mit negativer Kennzahl (2014) Investitionen aus der Liquidität getätigt werden. Dagegen konnte in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 eine deutliche Verbesserung erzielt werden. Im Jahr 2018 entstanden deutliche Überschüsse, jedoch konnte das hohe Niveau der beiden Vorjahre nicht gehalten werden. Die LHW verfügt zum Stichtag 31.12.2018 über einen Liquiditätsbestand von 265.669 Tsd. €. Darüber hinaus wurden insgesamt 50.800 Tsd. € in einem Sonderfonds angelegt. Bis auf wenige aufgenommene Landesdarlehen in Höhe von 2.395 Tsd. € erfolgte die Finanzierung der Investitionen aus dem Liquiditätsbestand.

³⁶ Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - ordentliche Tilgung (=Tilgung-Tilgung aus Umschuldung) + Korrektur für die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms.

Jahresabschluss 2018

Reinvestitionsquote



Eine Reinvestitionsquote unter 100 % bedeutet, dass die Nettoinvestitionen in Sachanlagen geringer als die Abschreibungen im Berichtsjahr sind. Verfestigt sich hierin ein Trend, ist ein schleichender Vermögensverzehr die Folge. Im Jahr 2018 liegt der Wert bei 185,71 % der Abschreibungen auf Sachanlagen. Über die vergangenen fünf Jahre betrachtet, liegt der Mittelwert bei 177,57 %. Dies ist jedoch zwei Sondereffekten geschuldet. Im Jahr 2014 wurde die kombinierte Sporthalle mit Geschäftshaus am Platz der Deutschen Einheit in Betrieb genommen (ca. 50.000 Tsd. €). Auf den Abschluss 2018 wirken sich Bewertungsgewinne aus der Baulandumlegung des Baugebiets Hainweg aus.

Jahresabschluss 2018

Die Kennzahl ist beeinflusst durch größere Anlagenzugänge und -abgänge. Die nachfolgende Tabelle zeigt die größeren Abgänge. Weitere Aussagen hierzu, sind dem Kapitel 3.1.2 Sachanlagevermögen zu entnehmen.

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2014	739	Grundstück der Integrativen KT der IFB ³⁷ Welfenstraße 5b
	457	Flächen zum Bau einer Moschee
	224	Flächen zum Bau einer privaten KT
	634	verschiedene Baugrundstücke
	323	Grundstück Welfenstraße 5
2015	1.343	Teilfläche der Comeniussschule
	854	Grundstück Schwalbacher Str. 10 Umbau/Neubau Geschäftshaus
	2.607	Flurstücke Hainerberg/Verkauf des Straßennetzes in der US-Siedlung Hainerberg
2016	1.090	Grundstück Biebrich an ELW für Erweiterung Deponie
	805	Grundstück Adolfsberg für Neuentwicklung Kureck
	5.076	Abriss von Schulgebäuden und Bürgerhaus Medenbach
2017	1.588	Grundstück Wiesbaden für die Erweiterung der Hochschule Rhein-Main
	898	Grundstück Wiesbaden-Biebrich für Gewerbeansiedlung
	9.042	Grundstück ehemaliges Parkhaus Rhein-Main-Halle für Neubau von Wohnungen
	3.745	Gebäude Parkhaus Rhein-Main-Halle für Neubau Wohnungen
	2.450	Abriss von Schulgebäuden
2018	2.096	Grundstücke Eichen an GWW für Wohnbauland
	1.321	Grundstücke für Gewerbeansiedlung Kastel
	1.169	Verkauf des Grundstückes Hainweg für Schaffung von Wohnraum
	586	Abriss eines Gebäudes der Peter-Rosegger-Schule

³⁷ Inklusion durch Förderung und Betreuung e.V.

Jahresabschluss 2018

2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Entwicklung der Schulden (einschließlich Schuldenstatistik):

in Tsd. €	2015	2016	2017	2018
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen³⁸ gem. Schuldenstatistik	373.047	357.464	340.984	337.292
davon kurzfristiger Bedarf insgesamt	0	0	0	16.600

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gem. Vermögensrechnung	378.117	370.187	341.631	325.598
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>47.159</i>	<i>45.218</i>	<i>43.276</i>	<i>41.334</i>
<i>davon Kommunalinvestitionsprogramm</i>	<i>0</i>	<i>53</i>	<i>119</i>	<i>115</i>
<i>davon Liquiditätskredite (Bank)</i>	<i>5.000</i>	<i>12.300</i>	<i>0</i>	<i>4.100</i>
Schuldendienst gesamt	44.030	63.153	52.559	33.345
Zinsen³⁹	14.439	12.990	11.537	10.658
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm u. Ersatzschulen</i>	<i>1.826</i>	<i>1.754</i>	<i>1.682</i>	<i>1.609</i>
<i>davon Anspar- und Sonderbeiträge an das Land</i>	<i>762</i>	<i>1.057</i>	<i>748</i>	<i>682</i>
<i>davon Tagesgeld</i>	<i>22</i>	<i>10</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Tilgung	30.354	51.221	41.770	22.375
<i>davon Umschuldung</i>	<i>11.156</i>	<i>30.872</i>	<i>19.720</i>	<i>0</i>
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm/KIP</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>	<i>1.944</i>	<i>1.946</i>

Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2018 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß der hessischen Vorgaben sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33 %, Bundesprogramm 87,5 %) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

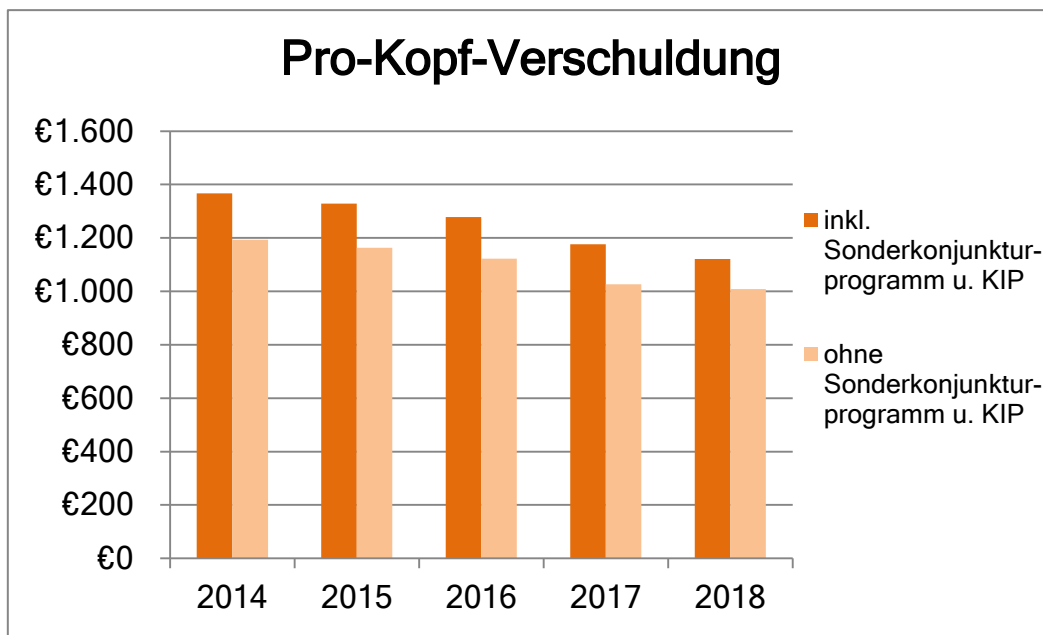
Insgesamt verringerte sich die Summe der Kreditverbindlichkeiten im Vergleich zu 2017 um 3.532 Tsd. €.

Der Schuldenstand (statistisch) enthält eine Tagesgeldaufnahme zum Bilanzstichtag i. H. v. 16.600 Tsd. €. Diese wird ausgeglichen durch die Tagesgeldaufnahme bei einer Bank (4.100 Tsd. €), sowie im Rahmen des Cash-Poolings durch den Eigenbetrieb ELW.

³⁸ Die Darstellung enthält den gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten statistischen Schuldenstand.

³⁹ Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d. h. inklusive Abgrenzung) entnommen. Ab 2018 wurden die Zinsen auf Anspar- und Sonderbeiträge mit aufgenommen.

Jahresabschluss 2018



Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Durch die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 50.000 Tsd. € für das Projekt „Platz der deutschen Einheit“ (Sporthalle und Gewerbekomplex) stieg die Kennzahl im Jahr 2014 an. In den Jahren 2015 bis 2018 konnte die Verschuldung aufgrund von Tilgungen wieder kontinuierlich zurückgeführt werden. Die Kennzahl wird auch durch die steigenden Einwohnerzahlen beeinflusst.

Jahresabschluss 2018

2.9 Chancen

1. Demographische Entwicklung

Die LHW zählt nach aktuellen Analysen⁴⁰ zu den Wanderungsgewinnern bis 2035. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die LHW die Chance auf, eine stetige, wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

2. RheinMain CongressCenter (RMCC)

Durch den Neubau des RMCC (Inbetriebnahme im April 2018) erhält die LHW wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an alter Stelle. Bei guter Auslastung ergeben sich sowohl Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen als auch durch die positive Geschäftsentwicklung, die dann zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führt.

3. Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung. Die Liquiditätswirkung trägt mit dazu bei, dass die LHW lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen Tagesgeld/Kassenkredite aufnimmt. Die LHW überwacht stets die Zinsentwicklung und sichert das Zinsniveau z. B. über Forward-Kredite.

4. Liquiditätsüberschüsse

Die erreichten Liquiditätsüberschüsse in Verbindung mit dem genannten niedrigen Zinsniveau bieten die Chance zur Erneuerung des, zumindest teilweise in die Jahre gekommenen Infrastrukturvermögens und die Investition in Zukunftsthemen.

5. Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm (1200 neue Wohnungen pro Jahr, davon 400 gefördert)⁴¹, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die LHW unterstützt ihre Wohnungsbauunternehmen hierbei mit zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen.

⁴⁰ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017.

⁴¹ Beschluss Nr. 142 der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.2017.

Jahresabschluss 2018

2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt ergeben sich naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2018 auf 1.226.257 Tsd. €. Auf die Position „Steuern und ähnliche Erträge“ entfallen 615.009 Tsd. €. Darin enthalten sind 519.539 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (442.705 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 48.013 Tsd. €). Demnach ist das Ertragsaufkommen der LHW wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf, bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt werden.

2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt.

Ab 1. August 2018 ist beispielsweise in Hessen der Kita-Besuch für alle Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung an sechs Stunden pro Tag kostenfrei. Bislang war nur das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung für fünf Stunden von den Gebühren befreit. Die Kommunen erhalten zur Finanzierung eine Pauschale pro Kind. Die Pauschale soll, nach Ansicht des Landes Hessen, die vollständigen Kosten decken. Das wird zu beobachten sein.

Mit dem neuen, ab dem 01.01.2020 gültigen Bundesteilhabegesetz, kommen aufgrund eines durch den Gesetzgeber beschlossenen Leistungszuwachses und geänderter Zuständigkeiten Mehraufwendungen in Höhe von ca. 1.803 Tsd. € auf die LHW zu.

Weitere Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz⁴², welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Die LHW wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

3. Fallzahlen im Bereich Flüchtlinge und Asyl

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber sank seit dem Spitzenjahr 2015 kontinuierlich. Allerdings entstehen Risiken für den Haushalt in den Bereichen Zuwanderung und Integration, sowie Grundsicherung und Flüchtlinge durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Während die Pauschale des LAG die Kosten der Erstaufnahme weitgehend deckt, kann nunmehr von einem stärkeren Übergang der Asylbewerber in das SGB II und SGB XII ausgegangen werden. Die Erstattungsquote des SGB II liegt bei ca. 84 %, die des SGB XII (nur Grundsicherung) bei 100 %. Die restlichen Mittel (z.B. Teile der Verwaltung, Anteil an den Unterkunftskosten) sind aus dem Haushalt der LHW zu tragen. Hinzu kommen zusätzlich

⁴² Im Folgenden UStG.

Jahresabschluss 2018

die Familienangehörigen, die als Familiennachzug berechtigt sind, SGB II-Leistungen zu beziehen. Auch in diesem Fall wirkt die LHW den Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

4. Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung birgt auch Risiken in sich. So geht die neueste Bevölkerungsprognose⁴³ von einem Anstieg (ca. 56 Tsd. im Jahr 2016, ca. 68 Tsd. im Jahr 2035) der Personen im Rentenalter um 20,9 % bis 2035 aus. Personen im Rentenalter verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen. Damit sinkt die Einkommensteuer. Zudem steigt das Risiko zusätzlicher Sozialtransfers.

5. Günstige Zinsentwicklung / Liquiditätsüberschüsse

Beide Faktoren bieten auch das Risiko, den zusätzlich gewonnenen Spielraum für konsumtive Zwecke zu nutzen. Hiermit gehen in der Regel dauerhafte Steigerungen von Ausgaben einher (z. B. im Falle des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen ohne die entsprechende ganzheitliche Refinanzierung). Sie führen tendenziell bei sinkenden Einnahmen (insbesondere Steuern) zu einer strukturellen Überschuldung, da einmal eingeführte Leistungen nur schwer abgebaut werden können. Die Zinsen liegen mittlerweile unter der Inflationsrate. Insofern ist eine schleichende Entwertung der liquiden Mittel festzustellen. Für Tagesgeld sind Negativzinsen zu zahlen. Die LHW steuert dem unter anderem in der Anlage einiger Gelder in einem individuell aufgelegten Fonds gegen.

6. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings überwacht die Kämmerei die unternehmerische Planung der Gesellschaften. Darüber hinaus stellt das Beteiligungscontrolling sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u. a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungscontrolling als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungscontrolling prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz⁴⁴ (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer⁴⁵ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Dort sind bereits im Jahr 2016 bei keiner Mehrheitsgesellschaft der LHW Beanstandungen zu diesem Fragenkreis festgestellt worden und auch bei allen vorliegenden Jahresabschlüssen des Jahres 2018 der Mehrheitsgesellschaften der LHW findet der Fragenkreis 4 angemessene Beachtung. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

⁴³ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

⁴⁴ Im Folgenden HGrG.

⁴⁵ Im Folgenden IDW.

Jahresabschluss 2018

Das Prüfungsfeld im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinie beinhaltet auch das in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union⁴⁶ insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungscontrolling hat sich des Sachverhalts angenommen und ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0410 vom 16.11.2017 wurde festgelegt, dass der Prüfungsauftrag der städtischen Gesellschaften im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen um eine Entsprechenserklärung zu erweitern ist. Die Entsprechenserklärung wurde gemeinsam mit den Beteiligungen erarbeitet und von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0301 am 14.09.2017 beschlossen.

Für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LHW befindet, hält die LHW Ausfallbürgschaften in Höhe von 549.533 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungscontrollings entgegengewirkt.

mattiaqua

Beim Eigenbetrieb mattiaqua sind Verluste eingetreten, die nicht durch einen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen werden konnten. Aus diesem Grund besteht ein weiterer Korrekturbedarf in Höhe des den Betriebskostenzuschuss übersteigenden Jahresverlustes. Dieser Betrag mindert die Finanzanlagen.

Im Jahresabschluss 2018 wird - unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode - eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 1.393 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt einen außerordentlichen Aufwand dar.

Mit Beschluss Nr. 0021 hat die Stadtverordnetenversammlung am 07. Februar 2018 beschlossen, Mittel in Höhe von 9.432 T€ als Kapitaleinlage einzulegen, entsprechend der Verluste der Jahre 2010 bis 2012 sowie 2014 bis 2016. Davon wurden 8.121 Tsd. € im Jahr 2018 gebucht. 1.311 Tsd. € buchte die LH-Wiesbaden im Haushaltsjahr 2017 als Verlustübernahme (außerordentlicher Aufwand).

In der Planungsphase befindet sich der Neubau einer Schwimm- und Eissporthalle in Wiesbaden, mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen in Höhe von über 60 Mio. €. Die künftigen laufenden Kosten werden die Erlöse alleine durch Abschreibung und Zinsen voraussichtlich übersteigen. Eine Beschlussfassung zum Bau steht zwar noch aus, aber die Planung hat bereits begonnen. Das Beteiligungscontrolling überwacht das geplante Projekt über die Sitzung der Betriebskommission und versucht darüber Einfluss auf die wirtschaftliche Ausgestaltung zu nehmen.

TriWiCon

Da bei der TriWiCon Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

⁴⁶ Im Folgenden AEUV.

Jahresabschluss 2018

Es wird im Jahresabschluss 2018 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 3.663 Tsd.€ der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt einen außerordentlichen Aufwand dar. Eine nachträgliche Abwertung in Höhe von 618 Tsd. € wurde vorgenommen, da der tatsächliche Verlust in 2017 höher war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

Mit Beschluss Nr. 0021 vom 07. Februar 2018 legte die Stadtverordnetenversammlung fest, Mittel in Höhe von 3.000 Tsd. € als Kapitaleinlage an die TriWiCon zu zahlen.

Durch Beschluss Nr. 0180 bestimmte die Stadtverordnetenversammlung am 18. Mai 2017, weitere Mittel in Höhe von 412.000 € als Kapitaleinlage in die TriWiCon zu leisten, um eine Steuernachzahlung für den Zeitraum von 2010 bis 2012 der Wiesbaden Marketing GmbH auszugleichen. Die Kapitaleinlage wurde in 2018 durchgeführt.

Mit lfd. Nr. 317 der Anträge der Fraktionen (SPD, CDU und Grüne) zum Haushalt 2018/2019 wurde beschlossen (Beschluss Nr. 0583 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2019), der TriWiCon weitere zusätzliche Mittel in Höhe von 2.300 Tsd. € pro Jahr zur Stärkung des Eigenkapitals zur Verfügung zu stellen. Davon wurden im Jahr 2018 2.186 Tsd. € in Anspruch genommen.

Der Eigenbetrieb rechnet im Folgejahr weiterhin mit erhöhten Verlusten vor allem aus der Tochtergesellschaft RMCC. Nachdem die valide Hochrechnung des ersten Geschäftsjahrs 2019 nach Fertigstellung des Neubaus vorliegt, konnte festgestellt werden, dass die geplanten Verluste in Höhe von geplant 3.200 Tsd. € noch um rund 1.000 Tsd. € höher ausfallen werden. Ursachen sind einerseits in den hohen Unterhaltungskosten der Halle zu finden. Andererseits können die Mehrkosten nicht durch Umsätze kompensiert werden. Auch hier wird durch das Beteiligungscontrolling eine engere Überwachung und regelmäßige Rücksprachen mit der Geschäftsführung zur Feststellung von Gegensteuerungsmaßnahmen durchführen.

EGW⁴⁷ (vormals HSK Rhein-Main GmbH)

Der Schwerpunkt der Gesellschaft liegt in der Profilierung und Stärkung der LHW als Gesundheitsstadt durch Maßnahmen und Projekte sowie der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Darüber hinaus prüft die EGW, gemäß einem Gremienbeschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie unter Berücksichtigung von steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Aspekten eine Verzahnung von EGW mit der HSK (Dr. Horst-Schmidt-Kliniken) sowie den städtischen Pflegegesellschaften und Wiesbadener Seniorenzentren sichergestellt werden kann. Die EGW soll dadurch die strategische Steuerung der Gesellschaften in diesem Bereich bündeln und konzentrieren. Dazu hat die EGW ein Konzept mit alternativen Gestaltungsoptionen erarbeitet und vorgelegt.

ESWE Verkehrsgesellschaft mbH (ESWE Verkehr)

Die ESWE Verkehr befindet sich im starken Wandel vom reinen kommunalen Verkehrsunternehmen, das ausschließlich Busverkehrsleistungen anbietet, hin zu einem Mobilitätsdienstleister der Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Perspektive eines komplett emissionsfreien öffentlichen Personennahverkehrs.

Daher arbeitet ESWE Verkehr intensiv an der Umsetzung dieser Strategie mit den Teilprojekten Einführung einer CityBahn, Ersatz der Dieselbusse durch Batteriebusse nebst

⁴⁷ Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden

Jahresabschluss 2018

Einrichtung und Ertüchtigung des Parkplatzes Salzbaehue zur Busabstellung sowie dem Einsatz von Brennstoffzellenbussen nebst Bau einer Wasserstofftankstelle.

Folglich wurde im Sommer 2018 das Fahrradvermietsystem „ESWE Verkehr meinRad“ eingeführt und im Herbst 2018 die neue Mobilitätszentrale von ESWE Verkehr eröffnet. Im Dezember 2018 wurden die ersten zehn Mobilitätsstationen im Stadtgebiet Wiesbaden in Betrieb genommen.

Durch die zahlreichen Verkehrsprojekte ist allerdings künftig mit einer erhöhten Belastung der Jahresergebnisse der ESWE Verkehr zu rechnen, da die umfangreichen Projekte nicht in vollem Umfang von Fördermittelgebern getragen werden.

Die derzeitige Planung der Gesellschaft geht davon aus, dass die geplanten Verluste von 34,4 Mio. € (2019) auf bis zu rund 68 Mio. € im Jahr 2022 steigen werden. Der Finanzierungsbedarf der Landeshauptstadt Wiesbaden ist voraussichtlich bis zu 40 Mio. €, allein für die Jahre 2020 und 2021. Der Betrieb einer City-Bahn (siehe unten) befindet sich noch in Planungsphase. Sollten Bau und Betrieb entschieden werden, ist mit zusätzlichen Defiziten zu rechnen, die dann über 70 Mio. € im Jahr liegen dürften.

CityBahn GmbH

Als wichtigsten Baustein für die Mobilität der Zukunft in der Region planen Mainzer Mobilität, ESWE Verkehr und die Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft gemeinsam mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund ein neues Schienenkonzept. Die CityBahn soll ab 2022 zwischen Mainz Hauptbahnhof und der Hochschule RheinMain verkehren und täglich bis zu 100.000 Fahrgäste transportieren. Unmittelbar darauf soll die Linie über Taunusstein bis nach Bad Schwalbach verlängert werden.

Die Realisierung des Vorhabens wird der CityBahn GmbH (Gründung am 03.08.2017) überlassen, an der die WVV Wiesbaden Holding GmbH und die Mainzer Stadtwerke AG jeweils zu 32,45 %, die Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH zu 25,1 % und die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH zu 10 % beteiligt sind.

Gegenstand des Unternehmens CityBahn GmbH sind die Planung, der Bau und der spätere Betrieb der CityBahn Mainz - Wiesbaden - Bad Schwalbach in Verbindung mit dem vorhandenen Mainzer Straßenbahnnetz. Als ehrenamtliche Geschäftsführung wurden Eva Kreienkamp, Geschäftsführerin der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH, und Professor Dr.-Ing. Hermann Zemlin, Geschäftsführer der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, bestellt.

Der Gesellschafts- und Konsortialvertrag der CityBahn GmbH wurde am 08.11.2018 von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Kenntnis genommen.

WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die WVV umfasst den Bereich Verkehr, Versorgung und Immobilien. Risiken im Bereich Verkehr sind bereits im vorhergehenden Absatz beschrieben. Die ESWE Versorgungs AG trägt mit ihrem Ergebnis wesentlich zur Quersubventionierung des Verkehrs bei. Im Jahr 2018 weist die Holding ein höheres Ergebnis gegenüber der Planung aus. Aus der Wirtschaftsplanung der WVV wird ersichtlich, dass künftig sinkende Gewinne der Versorgung, steigenden Verlusten des Verkehrs gegenüber stehen, u. a. aufgrund von diversen Großprojekten. Die Ausschüttungsfähigkeit an die LHW aus dem Periodenergebnis wird in den Folgejahren verringert. Im Immobiliensektor sind vor allem die projektorientierten

Jahresabschluss 2018

Gesellschaften SEG und WiBau GmbH mit Risiken behaftet, während die GWW durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaftet und damit über eine stabile Ertragskraft verfügt.

Im Jahr 2017 hat die Wiesbaden Holding GmbH⁴⁸ mit den Gesellschaften SEG⁴⁹, WiBau und GWI einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Finanzielle Risiken bestehen nicht nur durch die steigenden Verkehrsverluste (siehe ESWE Verkehr), sondern auch in Bezug auf geplante Entscheidungen der Stadt im Bereich der Wohnungsbaugesellschaften. Sollten sich die städtischen Gremien etwa für eine sogenannte Mietpreisbremse entscheiden, sind die Gewinne der Wohnungswirtschaft deutlich geringer und belasten zusätzlich das Ergebnis der WVV. Aber auch im Bereich der Energieversorgung ist nicht mit weiterhin hohen Gewinnen zu rechnen. Allein durch die Liberalisierung und die Netzregulierung ist die künftige Ertragskraft geschmälert. Die WVV reagiert mit Aufbau von personellen Ressourcen, um die Tochtergesellschaften noch engmaschiger wirtschaftlich führen zu können.

RheinMain CongressCenter (RMCC)

Das RheinMain CongressCenter ist seit April 2018 neu eröffnet und mit einer Kapazität für bis zu 12.500 Personen auf drei Ebenen das größte Kongress- und Veranstaltungszentrum der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden.

Durch Mietvertrag vom 30. März 2018 mietet die Rhein-Main-Hallen GmbH von der TriWiCon, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden, das RheinMain CongressCenter und ist für die Nutzung und die Verwaltung des CongressCenters in Wiesbaden zuständig (zu den Risiken siehe die Anmerkungen unter TriWiCon).

In 2019 ist die Wiesbaden Congress & Marketing GmbH durch Verschmelzung der bisherigen Wiesbaden Marketing GmbH, der bisherigen Kurhaus Wiesbaden GmbH und der bisherigen Rhein-Main-Hallen GmbH entstanden.

Stiftung Stadtmuseum

Zum 01.04.2017 wurde die „Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden“ als rechtlich selbstständige Stiftung im Finanzanlagevermögen der Landeshauptstadt Wiesbaden erfasst.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurde die bilanzielle Darstellung der Stiftung Stadtmuseum als Finanzanlage in Frage gestellt und eine Korrektur, d. h. ein Ausbuchen noch im Entstehungsjahr, also in 2017, angeregt. Im Jahr 2017 erfolgte keine bilanzielle Korrektur, es erfolgte ein Hinweis im Jahresabschlussbericht.

Im Jahr 2018 führte die Anlagenbuchhaltung die Korrektur durch und buchte die rechtlich selbstständige Stiftung sowie die gebildeten Sonderposten aus.

Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH

In den zurückliegenden Jahren verlor die Gesellschaft sukzessive an Liquidität. Im Jahr 2017 drohte die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Im November 2017 musste die Geschäftsführung sehr kurzfristig neu besetzt werden. Das Fortbestehen der Gesellschaft

⁴⁸ Im Folgenden WVV.

⁴⁹ Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH.

Jahresabschluss 2018

konnte nur durch die Gewährung von Kassenkrediten in Höhe von insgesamt 7,5 Mio. € durch die Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschafterin sichergestellt werden.

Die seit November 2017 neue Geschäftsführung hat auf der Grundlage einer Aufnahme und Analyse der finanziellen sowie operativen Unternehmensstruktur und Prozessabläufen erste Maßnahmen ergriffen, um die weitere „ungebremste“ Erhöhung des jährlichen Defizits einzudämmen.

Die WJW hat zum 31.07.2018 ein Eigenkapital in Höhe von rund 4 Mio. €. Der Kassenkredit in Höhe von 3,5 Mio. € ist gemäß Beschluss des Magistrats Nr. 0971 vom 18.12.2018 zur Umwandlung in Eigenkapital im nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 vorgesehen. Die übrigen Kassenkredite in Höhe von 4 Mio. € sollen ebenfalls zur Umwandlung in Eigenkapital im Doppelhaushalt 2020/2021 angemeldet werden.

Im Finanzanlagenvermögen der Landeshauptstadt Wiesbaden ist ein Bestand des Anteilsbesitzes der Wiesbadener Jugendwerkstatt von über 9 Mio. € aktiviert. Es wurde eine Abwertung in Höhe von 5,8 Mio. € zum 31.12.2018 in der Stadtbilanz vorgenommen.

Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (Eigenbetrieb)

Mit Magistratsbeschluss Nr. 0917 vom 27. November 2018 wurde beschlossen, dass die im Anlagevermögen der Landeshauptstadt Wiesbaden stehenden Grundstücke als Einlage in die Bilanz der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) übergehen. Der Wert der Grundstücke beträgt 4.714.011,92 € und wird als Kapitaleinlage bei der ELW verbucht.

WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG

Mit notariellem Vertrag vom 17.12.2018 wurden 94 % von der Landeshauptstadt Wiesbaden gehaltene Anteile an der WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG auf die WVV übertragen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hält nach der Übertragung weiterhin 5,1 % an der WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG.

Wivertis

Die Anteile der Atos SE i.H.v. 50,1 % an der WIVERTIS GmbH werden gemäß Stadtverordnetenbeschluss vom Juni 2018 zurückgekauft. Als Zeitpunkt des Eigentumsübergangs wurde vom Magistrat der Landeshauptstadt der 1. Juli 2020 festgelegt. Der Kaufpreis soll rd. 1 Mio. € betragen. Damit wird WIVERTIS künftig eine 100 prozentige Tochter der LHW.

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

7. Strukturelle Risiken

Durchgeführte oder geplante große Investitionen städtischer Gesellschaften, wie z. B. das RMCC, die geplante Citybahn, die Umstellung und der Betrieb des ÖPNV mit Elektrobussen oder Wohnungsbauprojekte, bergen Risiken für die Zukunft in sich. Neue bzw. steigende Betriebskosten oder der zu erbringende Schuldendienst führen zu steigenden Betriebskosten-

Jahresabschluss 2018

zuschüssen bzw. geringeren Gewinnabführungen städtischer Gesellschaften oder Eigenbetriebe. Damit wirken sich diese Vorgänge mittelbar auf den städtischen Haushalt aus. Sie sind in Krisenzeiten auf lange Sicht nicht konsolidierungsfähig und bilden damit potentiell ein strukturelles Risiko. Solchen Risiken ist nur mit entsprechend umsichtigen Beschlussfassungen entgegen zu wirken.

8. Investition und Instandhaltung

Die LHW verfügt über ein umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

9. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der LHW existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die LHW eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten,
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien,
- der Erlass von Dienstanweisungen,
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen,
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt.

10. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 265.669 Tsd. €. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererinnahmen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die LHW derzeit nicht erkennbar.

11. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der LHW mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich. Im Jahre 2017 wurde das Mandat durch die Commerzbank in Frankfurt am Main wahrgenommen.

12. Betriebsprüfungen

Die LHW wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Jahresabschluss 2018

2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2018 sowie Ausblick

Herr Gert-Uwe Mende nimmt seit dem 02.07.2019 das Amt des Oberbürgermeisters wahr.

Haushalt

Die Haushaltssatzung 2018/2019 wurde am 21.12.2017 durch die StvV beschlossen. Sie wurde von der Aufsichtsbehörde am 24.05.2018 mit Hinweisen zur Haushaltsführung genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 geht, unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken, von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 24.176 Tsd. € aus.

Die geplanten Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) belaufen sich auf 120.182 Tsd. €. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 70.966 Tsd. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 150.000 Tsd. €⁵⁰ festgesetzt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2019 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2018 gegenüber.

Position / Bezeichnung in Tsd. €	HH Ansatz ⁵¹ 2019	Ist 2018	Plan akt. ⁵² 2018	HH Ansatz 2018
10 ordentliche Erträge	-1.225.445	-1.226.257	-1.199.466	-1.201.386
19 ordentlicher Aufwand	1.259.653	1.241.363	1.228.807	1.241.387
20 Verwaltungsergebnis	34.208	15.106	29.341	40.001
21 Finanzerträge	-24.966	-34.403	-27.568	-24.985
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	15.534	14.910	14.767	14.767
23 Finanzergebnis	-9.432	-19.493	-12.801	-10.219
24 ordentliches Ergebnis	24.776	-4.288	16.540	29.783
25 außerordentliche Erträge	-600	-93.448	-1.107	-1.100
26 außerordentliche Aufwendungen	0	76.927	9	0
27 außerordentliches Ergebnis	-600	-16.521	-1.098	-1.100
28 Jahresergebnis	24.176	-20.909	15.442	28.683

Die Sollstellung der Gewerbesteuer beträgt 360.086 Tsd. € (Datenstand: 08/2019).

Die vorläufige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen (06. Februar 2019) für das Jahr 2019 beträgt 155.969 Tsd. €.

Im Endergebnis 2019 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Datenstand: Juli 2019) einen Fehlbetrag in Höhe von - 9.500 Tsd. €.

Wiesbaden, 10.10.19



Imholz
Stadtkämmerer

⁵⁰ Das Ministerium des Inneren und für Sport hat mit Genehmigungserlass vom 24. Mai 2018 einen Höchstbetrag der Kassenkredite von 150.000 Tsd. € jährlich genehmigt.

⁵¹ siehe Hinweis zur Planversion des HH-Ansatzes 2018/2019 bei Punkt 2.4 auf Seite 17 des Jahresabschlussberichtes

⁵² Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste/Vorträge).

Jahresabschluss 2018

2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{53}}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}} \times 100$
	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl}^{54}}$
Finanzlage	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./ Auszahlungen a. d. ordentl. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

⁵³ = Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) (Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibungen auf Anlagenabgänge und Umbuchungen).

⁵⁴ Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Gesamtabchluss finden ab dem Jahresabschluss 2014 die jeweils veröffentlichten Daten des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Verwendung. Dies gilt auch für die Vergangenheitswerte ab dem Jahr 2010.

Jahresabschluss 2018

3 Anhang/Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2018 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim⁵⁵ zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenenteil ab Kapitel 4.10.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

Da die Werte in Tsd. € ausgewiesen sind, kann es gegenüber den exakten Werten der jeweiligen Rechnungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung hat sich 2018 um 7.119 Tsd. € auf nunmehr 2.366.728 Tsd. € erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 85,24 %.

3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz*
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.517	2.353	165
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	70.977	73.767	-2.790
Gesamt	73.495	76.120	-2.625

* in allen Tabellen können sich kleine Rundungsdifferenzen ergeben durch die Aufrundung auf Tsd. €

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte sind unter anderem Investitionszuschüsse an mattiaqua ausgezahlt worden für den Bau eines Kinderplanschbeckens im Kallebad in Höhe von rd. 570 Tsd. €, für das Edelstahlbecken im Opelbad 250 Tsd. € und ein weiterer Zuschuss in Höhe von (rd. 96 Tsd. €) für verschiedene Maßnahmen in Schwimmbädern. Die Evangelische Kirchengemeinde Bierstadt erhielt (rd. 878 Tsd. €) und die ev. Erlösergemeinde Mainz-Kastel rd. 686 Tsd. € für die Erweiterung der Kindertagesstätten. An den evangelischen Verein für innere Mission (EVIM) wurde ein Zuschuss in Höhe von 300 Tsd. € für die Erweiterung des Kinderhaus Campus Klarenthal ausgezahlt. Für den Neubau des Schulkinderhauses in Wiesbaden-Sonnenberg wurde an die SEG eine weitere Zahlung in Höhe von 300 Tsd. € angewiesen.

Bereits abgeschriebene Investitionszuschüsse werden aus dem Anlagevermögen ausgebucht. In 2018 wurden daher die im Jahr 2008 gewährten und zwischenzeitlich abgeschriebenen Investitionszuschüsse ausgebucht, daraus resultieren Anlagenabgänge in Höhe von rund 3.797 Tsd. € sowie die damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

Eine weitere Festlegung bestand darin, auch bereits abgeschriebene Software aus dem Anlagevermögen auszubuchen. In 2018 resultierten daraus Anlagenabgänge in Höhe von rd. 468 Tsd. €.

⁵⁵ Im Folgenden AKK.

Jahresabschluss 2018

3.1.2 Sachanlagevermögen

Grundstücke (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Unbebaute Grundstücke	187.252	170.549	16.703
Bebaute Grundstücke	300.134	301.460	-1.325
Gesamt	487.387	472.009	15.378

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

2018 hat sich der Buchwert bei den unbebauten Grundstücken u.a. durch den Ankauf von Grundstücken im Aukamm (rd. 3.102 Tsd. €) erhöht.

Im Wesentlichen veränderte sich der Buchwert bei den unbebauten Grundstücken durch die Rechtskraft des Baulandumlegungsplans für das Baulandumlegungsverfahren „Hainweg U 99“. Der Zuteilungswert bei den unbebauten Grundstücken betrug (rd. 36.479 Tsd. €) demgegenüber standen Abgänge in Höhe von (rd. 12.910 Tsd. €).

Verkauft wurden beispielsweise mehrere Grundstücke für die Schaffung von Wohnraum im neuen Wohngebiet „Hainweg“ in Wiesbaden Nordenstadt (rd. 1.169 Tsd. €) und in Delkenheim (rd. 660 Tsd. €). In Biebrich wurden an die GWW Grundstücke für die Baulandentwicklung „Auf den Eichen“ verkauft (2.096 Tsd. €). Für Gewerbeansiedlungen wurden u.a. zwei Grundstücke in Kastel (rd. 827 Tsd. €) und (rd. 494 Tsd. €) verkauft.

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Schulbauten	309.497	289.004	20.494
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	36.542	37.024	-482
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.245	3.335	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	14.598	15.333	-736
Kulturgebäude	19.410	19.809	-398
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	10.146	10.368	-223
Friedhofsgebäude	865	878	-13
sonstige Betriebsgebäude	7.883	4.943	2.940
Gebäude der Verwaltung	12.896	13.191	-294
Wohn- und Mischgebäude	78.384	74.635	3.748
Andere Bauten	2.777	2.907	-131
Bauten auf fremden Grundstücken	1.997	2.052	-56
Außenanlagen	15.663	13.487	2.176
Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	513.903	486.967	26.937

Der Wert setzt sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Jahresabschluss 2018

2018 wurden einige Investitionsmaßnahmen im Bereich der Schulbauten abgeschlossen. In Betrieb genommen wurden u.a. der Neubau der Theodor-Fliedner-Schule (rd. 15.138 Tsd. €), der Anbau der Justus-von-Liebig-Schule (rd. 4.033 Tsd. €), die Erweiterungsbauten der Peter-Rosegger-Schule (rd. 4.392 Tsd. €) und der Diesterwegschule (rd. 2.703 Tsd. €). Außerdem wurde auch die Containeranlage der Hafenschule fertiggestellt (rd. 1.004 Tsd. €).

In Delkenheim wurde die Erweiterung der ev. Kindertagesstätte abgeschlossen (rd. 676 Tsd. €)

Der Buchwert der Betriebsgebäude hat sich durch die Fertigstellung des Bauhofs Berliner Straße (rd. 2.653 Tsd. €) erhöht.

Bei den „Wohn- und Mischgebäuden“ hat sich der Buchwert unter anderem dadurch erhöht, dass das Bürgerhaus Medenbach mit Ortsverwaltung und Feuerwehr in Betrieb genommen wurde (rd. 4.642 Tsd. €).

Eine Erhöhung des Buchwertes bei den Außenanlagen ergab sich u.a. durch die Fertigstellung der Außenanlagen der Justus-von-Liebig-Schule (rd. 356 Tsd. €), der Theodor-Fliedner-Schule (rd. 1.207 Tsd. €) und des Bürgerhauses Medenbach mit Ortsverwaltung und Feuerwehr (rd. 436 Tsd. €).

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Straßen	152.997	162.050	-9.053
Wege, Plätze	20.828	21.687	-859
Ingenieurbauten	60.339	61.388	-1.049
Verkehrslenkungsanlagen	12.283	12.442	-159
Denkmäler	3.374	3.420	-46
Öffentliche Grünflächen	45.766	45.768	-3
Friedhofsanlagen	16.050	16.001	50
Gewässerbauten	6.994	7.123	-129
Wald	49.799	48.161	1.638
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	368.430	378.040	-9.610

Der Buchwert in der Kontenklasse Wald hat sich u.a. verändert durch den Ankauf von Grundstücken im Gebiet Aukamm (rd. 1.842 € Tsd.) und den Verkauf von Grundstücken an die GWW für die Baulandentwicklung „Auf den Eichen“ (372 Tsd. €).

Die nachfolgende Tabelle zeigt Beispiele von Investitionsmaßnahmen, die in 2018 im Infrastrukturvermögen erfasst wurden (Werte der Anschaffungs- und Herstellungskosten⁵⁶ gerundet auf Tsd. €). Die Werte setzen sich aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten zusammen.

⁵⁶ Im Folgenden AHK.

Jahresabschluss 2018

Bau Radverkehrsanlagen Äppelallee	1.232 Tsd. €
Neugestaltung RheinMain CongressCenter und Brunnenanlage	1.464 Tsd. €
Neubau Gottfried-Dörr-Straße 1. Bauabschnitt	439 Tsd. €
Erneuerung Fahrbahndecke Am Hochfeld	267 Tsd. €
Verschiedene Lichtsignalanlagen	363 Tsd. €
Straßenbeleuchtung	458 Tsd. €

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	217	136	81
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.001	33.910	1.092
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	68.815	74.370	-5.554

Die Bilanzposition Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung ist mit 217 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Der Buchwert veränderte sich u.a. durch die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage der Integrierten Gesamtschule Kastellstraße (rd. 100 Tsd. €)

Das Anlagevermögen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung hat sich in 2018 erhöht.

Beispiele in welchen Bereichen sich das Anlagevermögen erhöht hat, sind im Folgenden dargestellt:

Werkzeuge, Arbeits-, Reinigungsgeräte und Pumpen	495 Tsd. €
Ausstattung Brand- und Katastrophenschutz	398 Tsd. €
Fuhrpark	989 Tsd. €
Sportgeräte	906 Tsd. €
Mobiliar / Einbauten	1.781 Tsd. €
Spiel- und Bolzplatzeinrichtungen	276 Tsd. €
Sonstige Betriebsausstattung	438 Tsd. €
Computer, Netzwerktechnik	561 Tsd. €
Büro- und Medientechnik	431 Tsd. €

Beispiel Abgangsbuchung 2018 (Wert der AHK):

Fahrzeugverkäufe	1.322 Tsd. €
------------------	--------------

Die Anlagen im Bau sind mit rd. 68.815 Tsd. € ausgewiesen.

Jahresabschluss 2018

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlegungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 30.580 Tsd. €.

Weitere Beispiele:

Neubau Rudolf-Dietz-Schule	4.651 Tsd. €
Neubau Albert-Schweitzer-Schule	2.503 Tsd. €
Neubau Carl-von-Ossietzky-Schule	1.350 Tsd. €
Neubau Ursula-Wölfel-Schule	1.212.Tsd. €
Bürgerhaus Delkenheim Generalsanierung	1.167 Tsd. €
Neubau Feuer- und Rettungswache Igstadt	1.275 Tsd. €
Neugestaltung Rheinufer Biebrich	1.493 Tsd. €
Bau Spülleitungen Kessel-/Wellritzbach	1.026 Tsd. €
Neubau Stadtteilzentrum Schelmengraben	1.028 Tsd. €
Neubau und Grundsanierung Kindertagesstätte Hessenring	2.275 Tsd. €
Neugestaltung Platz RheinMain CongressCenter	1.029 Tsd. €
Beschaffung Fahrzeuge Feuerwehr	2.744 Tsd. €
Generalsanierung Kunsthaus	1.283 Tsd. €
Sanierung Kasteler Straße in Biebrich	2.873 Tsd. €
Fahrbahndeckensanierungen	1.122 Tsd. €
Erschließung Hainweg	3.101 Tsd. €

Die Werte der AHK, gerundet auf Tsd. €, setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Jahresabschluss 2018

3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	445.689	478.372	-32.683
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	63.561	63.602	-41
Beteiligungen und Zweckverbände	179	179	0
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	16.589	16.830	-242
Wertpapiere des Anlagevermögens	50.800	35.000	15.800
Sonst. Ausleihungen (Finanzanlagen)	69.022	70.436	-1.414
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	173.640	0
Gesamt	819.480	838.058	-18.578

Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen

Der Buchwert der Finanzanlage wurde aufgrund des vorläufigen Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebs mattiaqua vollständig abgeschrieben. Im Haushaltsjahr 2018 wurde eine Eigenkapitalzuführung in Höhe von 8.121 Tsd. € getätigt, ebenfalls in 2018 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 1.393 Tsd. € (vorläufiger Jahresverlust 2017) vorgenommen, so dass die Finanzanlage zum 31.12.2018 einen Wert von 6.728 Tsd. € ausweist.

Dem Gliederungspunkt „Risiken“ sind weitere Einzelheiten zu den verbundenen Unternehmen zu entnehmen.

Weitere Informationen zu **Sonstigen Ausleihungen** enthält der Punkt „Weiteres Finanzanlagevermögen“.

Jahresabschluss 2018

Der Anteilsbesitz der LHW stellt sich zum 31.12.2018 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2018	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2017
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Sondervermögen			
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		100.000
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	3.501.341		2.183.537
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	127.322.370		122.608.358
Mattiaqua	6.727.765		0
Stiftungskapital (Grundkapital)	2.888.156		2.888.156
Stiftung Stadtmuseum (rechtlich selbständige)	0		39.832.557
Summe Sondervermögen	140.539.631		167.612.608
sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen			
WV Wiesbaden Holding GmbH	290.541.438	100	285.353.126
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden)	2.190.002	100	2.000.002
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw.Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	3.445.471	100	9.245.471
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	6.124.000	100	6.124.000
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	100	1
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.KG	278.824	5,1	5.467.136
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.775.368	5,1	1.775.368
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057
Exina GmbH	18.000	67,00	18.000
Summe sonstige verbundene Unternehmen	305.149.347		310.759.347
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	445.688.978		478.371.955
Beteiligungen			
sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen			
NASPA	173.640.000	30	173.640.000
Summe sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000		173.640.000
Zweckverbände			
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1
Naturpark Rhein-Taunus	1		1
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1
Summe Zweckverbände	5		5
sonstige Beteiligungen			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	12,5	15.000
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4,00	61.072
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	49,9	0
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	1.150	4,6	1.150
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000
Summe sonstige Beteiligungen	178.624		178.624
Summe Beteiligungen	178.624		178.624
Sonstige Ausleihungen			
davon Genossenschaftsanteile			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
Summe Genossenschaftsanteile	1.956		1.956

Jahresabschluss 2018

Weiteres Finanzanlagevermögen

Die Wertpapiere des Anlagevermögens umfassen den in 2017 aufgelegten Spezialfonds bei der Deka Bank in Höhe von 50.800 Tsd. €. In dem Spezialfonds ist ein Teil der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG angelegt. Zum 31.12.2017 belief sich der Bestand auf 35.000 Tsd. €. Im Januar 2018 erfolgte eine Aufstockung um 15.800 Tsd. €.

Zu den **sonstigen Ausleihungen** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die Ausleihungen (an verbundene Unternehmen 63.561 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 16.589 Tsd. € und an Sonstige 33.322 Tsd. €, - abzüglich der 35.700 Tsd. € Schuldscheindarlehen) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es handelt sich um niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum.

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
GWW	40.483	39.757	726
GeWeGe ⁵⁷	18.099	18.400	-301
Nass. Heimstätte	16.589	16.830	-241
Private/ Vereine	11.828	13.762	-1.934
GWH ⁵⁸	13.570	12.255	1.315
Geno50	3.785	4.528	-743
SEG	4.372	4.429	-57
GSWerk	4.129	4.181	-52
mattiaqua	577	962	-385

⁵⁷ GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH.

⁵⁸ GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen.

Jahresabschluss 2018

3.1.4 Umlaufvermögen

Vorräte

Da die LHW kein wesentliches Vorratsvermögen in Lagern hält, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen / -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß der Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms, des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes sowie des Kommunalen Investitionsprogramms werden hier Forderungen gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 32.564 Tsd. € ausgewiesen. In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Diese Form der Darstellung findet ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie Anwendung.

Die Forderungen aus sonstigen Zuweisungen und Zuschüssen erhöhten sich um 5.299 Tsd. € auf 16.834 Tsd. €. Die Erhöhung resultiert aus dem Anstieg der Forderungen gegenüber der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main für die Bundesbeteiligung SGB XII des IV. Quartals 2018.

Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer reduzierten sich in 2018 von 62.009 Tsd. € auf 58.742 Tsd. €.

Die Wertberichtigungen für diese Bilanzpositionen erhöhen sich von 42.493 Tsd. € auf 43.274 Tsd. €.

Die Forderungen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer betragen zum Bilanzstichtag 5.738 Tsd. € (Rückgang um 1.853 Tsd. € im Vergleich zu 2017).

Umgliederungen von debitorischen Kreditoren wurden in Höhe von 2.369 Tsd. € vorgenommen.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Gewerbesteuer	58.742	62.009	-3.267
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	2.750	3.267	-517
Forderung aus Beiträgen	112	94	18
Grundsteuer	1.149	1.438	-289
Spielapparatesteuer u.a.	262	221	41
Konzessionsabgabe	1.452	-67	1.519
Zweitwohnungsteuer	146	328	-182
Hundesteuer	387	336	51
Gemeindeanteil a. d. Einkommenssteuer	5.990	7.769	-1.779
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	-251	-177	-74
Sonstige Abgaben	266	294	-28
Umgliederungen debitorische Kreditoren	2.369	871	1.498
Wertberichtigungen	-43.274	-42.493	-781
Gesamt	30.100	33.890	-3.790

Jahresabschluss 2018

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhen sich um 324 Tsd. € auf 1.073 Tsd. € im Vergleich zu 2017.

Aufgrund fehlerhafter Abstimmkonten wurden 1.732 Tsd. € Forderungen und 1.292 Tsd. € Wertberichtigungen zu den sonstigen Vermögensgegenständen umgegliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren wurden in Höhe von 352 Tsd. € vorgenommen.

Die Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Bilanzstichtag 337 Tsd. €.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die gesamten Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 19.222 Tsd. € auf 21.107 Tsd. € verringert.

Wesentliche Veränderungen traten bei folgenden Positionen auf:

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen reduzieren sich um 15.350 Tsd. € auf 10.084 Tsd. €, insbesondere durch die Rückzahlung des Zwischenfinanzierungskredites über 15.000 Tsd.€ von der TriWiCon. Die offenen Zinsforderungen aus diesen Krediten betragen zum 31.12.2018 rd. 77 Tsd. €.

Jahresabschluss 2018

Im Detail setzen sich die Forderungen aus Betriebsmittelkrediten wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung in Tsd. €	Zinsforderung in Tsd. €
WJW GmbH	6.000	52
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (früher HSK Rhein-Main GmbH)	2.700	17
HSK Pflege	1.384	8
Gesamt	10.084	77

Die sonstigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen erhöhten sich um 572 Tsd. € auf 5.690 Tsd. € (Sachkonto 243000).

Im Rahmen des **Cashpool-Projekts** bestehen zum 31.12.2018 gegenüber den Wasserversorgungsbetrieben der LHW Forderungen i. H. v. 4.300 Tsd. €.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 362 Tsd. €.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 4.702 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen, die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind:

Name	Forderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	3.633
mattiaqua	478
TriWiCon	348
WVV Wiesbaden Holding GmbH	125
Wiesbaden Marketing GmbH	83
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	31
Altenhilfe Wiesbaden GmbH	4
Gesamt	4.702

Jahresabschluss 2018

Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände bilden die Nebenforderungen (4.785 Tsd. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem Bundessozialhilfegesetz⁵⁹, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.638 Tsd. €) und andere sonstige Vermögensgegenstände (5.372 Tsd. €).

Die Forderungen aus antizipativer Abgrenzung erhöhen sich um 98 Tsd. € im Vergleich zum Vorjahr auf 591 Tsd. €.

Der Stand der Wertberichtigungen für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt zum Stichtag 31.12.2018 8.867 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 1.513 Tsd. € vorgenommen.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 1.469 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 263.200 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Treuhandkonten i. H. v. 614 Tsd. € von der SEG, und 38 Tsd. € von EGW GmbH (früher HSK-Rhein-Main GmbH) sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse und Einnahmekassen i. H. v. 23 Tsd. €.

3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (3.407 Tsd. €) sowie im Dezember 2018 gezahlte Transferaufwendungen (20.879 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.824 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden i. H. v. 290 Tsd. € gebildet.

⁵⁹ Im Folgenden BSHG

Jahresabschluss 2018

3.1.6 Eigenkapital

Die Nettoposition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Die Nettoposition blieb unverändert.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2018 wurde der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2017 (86.876 Tsd. €) in die Rücklage aus ordentlichem Ergebnis überführt, sodass sich der Bestand der Rücklage auf 223.602 Tsd. € erhöht hat. Die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses erhöhte sich um 5.345 Tsd. € auf einen Stand von 17.019 Tsd. €.

Sonderrücklagen

In dieser Position enthalten ist das Stiftungskapital in Höhe von 1.884 Tsd. €.

3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge sowie Fehlbelegungsabgabe

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LHW 209.891 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge (in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz*
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	176.919	222.785	45.866
davon Fehlbelegungsabgabe	386	0	-386
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	8.453	8.380	73
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	24.519	26.857	2.339
Gesamt	209.891	258.022	47.892

* es ergeben sich kleine Rundungsdifferenzen durch die Aufrundung auf Tsd. €

Jahresabschluss 2018

3.1.8 Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die LHW verzinst die Pensionsrückstellungen derzeit mit einem Zinssatz in Höhe von 4,5 %. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 Handelsgesetzbuch⁶⁰ (zum Stichtag 31.12.2018 in Höhe von 3,21 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 85.474 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher nicht erreichen lässt.

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden die Verpflichtungen der LHW für die Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2018 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 472.012 Tsd. € gegenüber 1.909 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.094 Anwärter/-innen (213.071 Tsd. €), 782 Pensionsbezieher/-innen (257.969 Tsd. €), d. h. Pensionärinnen, Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen sowie 33 Anspruchsberechtigte Beamte auf Altersgeld (972 Tsd. €).

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2018 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 72.270 Tsd. € gegenüber 1.909 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.094 Anwärter/-innen (30.409 Tsd. €), 782 Pensionsbezieher/-innen (41.860 Tsd. €) und 33 Anspruchsberechtigte Beamte auf Altersgeld (0 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 1.661 Tsd. € und wurde für 36 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Dies bedeutet eine Zuführung zur Rückstellung in 2018 in Höhe von 381 Tsd. €. Die Altersteilzeitverpflichtungen bestehen zum 31.12.2018 ausschließlich gegenüber Tarifbeschäftigten.

Bei der Position der Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich wurden in 2018 mehrere Veränderungen bei den bestehenden Rückstellungen verzeichnet. Außerdem wurde eine neue Rückstellung gebildet:

- für die Rückstellung Körperschafts- und Kapitalertragsteuer des BgA Parkplätze für die Veranlagungszeiträume 2006 - 2014 musste aufgrund der Einschätzung der ungewissen Verbindlichkeit gegenüber dem Finanzamt eine Erhöhung um 254 Tsd. € vorgenommen werden.
- die Rückstellung für Körperschafts-, Kapitalertrag- und Umsatzsteuer des BgA Spielbank für die Veranlagungszeiträume 2010 - 2016 wurde um 718 Tsd. € aufgestockt.
- die Rückstellung für Umsatzsteuer-Nachzahlung BgA Bürgerhäuser bleibt unverändert bestehen.
- aufgrund einer Betriebsprüfung bei der TriWiCon war es notwendig, eine Rückstellung für Kapitalertragssteuer und Soli in Höhe von 4.160 Tsd. € zu bilden.

Die **Rückstellung für die Versteuerung des geldwerten Vorteils der Mitarbeiter durch den Besuch von Maßnahmen im Rahmen des IGM⁶¹** wurde in 2018 in Höhe von 135 Tsd. € in Anspruch genommen und verringerte sich dadurch auf 58 Tsd. €.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i. d. R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen.

⁶⁰ Im Folgenden HGB

⁶¹ Integriertes Gesundheitsmanagement.

Jahresabschluss 2018

Im Jahr 2018 wurden die folgenden Veränderungen bei dieser Position vorgenommen:

- 42 Tsd. € der Rückstellung für die Beseitigung des Arsenschadens Rheinwiesen wurden im Haushaltsjahr 2018 in Anspruch genommen, die bestehende Rückstellung verringert sich hierdurch auf 1.388 Tsd. €.
- Die Rückstellung für die Sanierung des Sedra-Geländes wurde aufgrund einer voraussichtlich zu erwartenden Sanierungsanordnung des Regierungspräsidiums Darmstadt i. H. v. 10.000 Tsd. € in 2016 gebildet. Hier gab es in 2018 keine Veränderung.

Gemäß der Hessischen GemHVO ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde zum Jahresabschluss 2014 geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Damit ergibt sich eine Rückstellungshöhe zum 31.12.2018 von 1.810 Tsd. €.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2017 wurde zweckentsprechend i. H. v. 1.130 Tsd. € verwendet.

Sonstige Rückstellungen

Die **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TVöD⁶²** wurde in Höhe von 2.316 Tsd. € in Anspruch genommen, gleichzeitig wurden 2.437 Tsd. € neu gebildet. Dies ergibt einen Rückstellungsbetrag zum 31.12.2018 von 2.437 Tsd. €.

760 Tsd. € wurden der **Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto** zugeführt, der Stand zum 31.12.2018 beträgt dadurch 6.901 Tsd. €.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen erhöhte sich von 1.230 Tsd. € auf 5.791 Tsd. €.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Rückstellung zur Deckung des **negativen Eigenkapitals des Kommunalen Gebietsrechnungszentrums (KGRZ)** erhöht sich in 2018 um 10 Tsd. € und beträgt zum 31.12.2018 nun 824 Tsd. €.
- Die Rückstellung **Rückbau Bauernbrücke** bleibt mit 47 Tsd. € unverändert.
- Die Rückstellung für **Zinsverpflichtungen im Rahmen der Sozialen Stadt Biebrich und Westend** reduzierten sich um 4 Tsd. € auf 109 Tsd. € zum 31.12.2018.
- Für offene **Nebenkostenabrechnungen im Bereich der Verwaltungsgebäude** wurde die Rückstellung in 2018 um 19 Tsd. € reduziert. Aktuell beträgt die Rückstellung 78 Tsd. €.
- Beim Schulamt musste für die **Schülerbeförderung** in Verbindung mit der Einführung des Hessentickets die Rückstellung um 414 Tsd. € auf einen Stand von 560 Tsd. € zum 31.12.2018 erhöht werden.
- Die Rückstellung für strittige **Rechnungen der Firma Wivertis im Bereich Informationsmanagement⁶³** konnte in 2018 durch Inanspruchnahme in Höhe von 48 Tsd. € vollständig aufgelöst werden.
- Erstmals war zum 31.12.2018 eine **Rückstellung gegenüber dem „Kommunalen Dienstleistungszentrum“ (KDZ)** in Höhe von 3.800 Tsd. € für das Simeonhaus zu bilden.
- Eine weitere neue Rückstellung wurde zum 31.12.2018 für Verpflichtungen gegenüber dem Pauschalfinanzierten Träger Obermayer in Höhe von 374 Tsd. € gebildet

⁶² Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst

⁶³ Im Folgenden ITM

Jahresabschluss 2018

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

3.1.9 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2018

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.6).

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um 21.111 Tsd. € auf 423.375 Tsd. € erhöht. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen verringerten sich insgesamt um 20.133 Tsd. € auf 321.499 Tsd. €.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionskredite gegenüber Kreditinstituten haben sich um 16.884 Tsd. € auf 249.718 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionskredite gegenüber öffentlichen Kreditgebern sanken um 1.303 Tsd. € auf 30.332 Tsd. €.
- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sind wie auch im Jahr 2017 um 411 Tsd. € (Eigenanteil) und 1.531 Tsd. € (Landesanteil) auf nunmehr 8.771 Tsd. € (Eigenanteil) und 32.564 Tsd. € (Landesanteil) gesunken. Die Höhe des Landesanteils entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.
- Die Verbindlichkeiten im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms betragen 23 Tsd. € (Eigenanteil) und 92 Tsd. € (Landesanteil).

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung betragen zum Bilanzstichtag 2018 4.100 Tsd. €.

Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen

Die Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten sowie Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen haben sich um 228 Tsd. € auf 4.373 Tsd. € erhöht.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 4.210 Tsd. € erhöht und betragen nun 13.324 Tsd. €.

Die Korrekturen für falsche Abstimmkonten wurden i. H. v. 5.213 Tsd. € vorgenommen.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 358 Tsd. €.

Jahresabschluss 2018

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 33.954 Tsd. €.

Es ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- Das verwendbare Stiftungskapital hat sich gegenüber 2017 um 137 Tsd. € auf 4.986 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betragen insgesamt 9.677 Tsd. € und haben sich somit um 5.016 Tsd. € erhöht.

Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben erhöhten sich 2018 um 1.208 Tsd. € auf 6.116 Tsd. €. Diese Zunahme resultiert überwiegend aus der Zunahme von Lohnsteuerverbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt (775 Tsd. €), sowie der Zunahme von Verbindlichkeiten aus Fehlbelegungsabgabe gegenüber dem Land (290 Tsd. €).

Jahresabschluss 2018

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 10.582 Tsd. € auf nunmehr 40.009 Tsd. € erhöht.

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten nehmen zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden, ein.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017	Differenz
Garagenfonds, Stellplatzablösesumme	14.226	11.169	3.057
Biotopausgleich	1.631	1.157	474
Nachlässe	2.070	2.111	-41
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	195	167	28
Grundwasserüberwachungsprogramm	177	177	0
Spenden	167	191	-24
Ökokonto Gewässer	162	141	21
Ökokonto Forstwirtschaft	22	22	0
Zuweisungen Soziale Stadt	977	977	0
Gesamt	19.605	18.391	1.214

Weitere wesentliche Veränderungen der sonstigen Verbindlichkeiten:

- 4.057 Tsd. € aus schwebenden Grundstücksgeschäften
- 1.471 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen und für Transferaufwendungen 999 Tsd. €.
- Die Reduzierung um 200 Tsd. € aufgrund eines Zuschusses an die European Business School in Wiesbaden zur Unterhaltung der Standorte

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

Umgliederungen für kreditorische Debitoren (3.218 Tsd. €) und Korrekturen für die falsche Zuordnung von Abstimmkonten (5.062 Tsd. €) wurden im Jahr 2018 i. H. v. 8.280 Tsd. € vorgenommen.

3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 35.717 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LHW ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LHW Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (684 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Die sonstigen Abgrenzungsposten wurden in Höhe von 143 Tsd. € gebildet. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten für die Deutsche Bahn AG beträgt zum Bilanzstichtag 2 Tsd. €.

Jahresabschluss 2018

3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

Durch Organisatorische Änderungen bei der Landeshauptstadt Wiesbaden hat es solche Verschiebungen von Ämtern zwischen den Haushalten 2017 und 2018 gegeben. Die Verantwortung für folgende Ämter wurden von einem Dezernat an ein anderes übergeben:

Amt	Dezernatzugehörigkeit bis 2017	Dezernatzugehörigkeit ab 2018
Amt 20 Kämmerei	Dezernat VI	Dezernat III
Amt 21 Kassen- und Steueramt	Dezernat VI	Dezernat III
Amt 40 Schulamt	Dezernat VI	Dezernat III
Amt 41 Kulturamt	Dezernat VI	Dezernat III
Amt 23 (vorher 80) Liegenschaftsamt	Dezernat III	Dezernat IV
Amt 33 Amt für Zuwanderung und Integration	Dezernat VII	Dezernat VI
Amt 50 Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge	Dezernat VII	Dezernat VI
Amt 51 Amt für Soziale Arbeit	Dezernat VII	Dezernat VI
Amt 53 Gesundheitsamt	Dezernat III	Dezernat II

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie in den Jahren bis 2012, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 GemHVO in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte, ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen sind im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) zu finden.

3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme.

Jahresabschluss 2018

Die Überleitungen erfolgen weiterhin, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten je nach Sachlage einen negativen Budgetvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2017 wurden 62.806 Tsd. € in das Jahr 2018 übergeleitet.

3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2018 in Höhe von 4.388 Tsd. € addiert mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2018 in Höhe von 16.521 Tsd. € ergibt einen Gesamtüberschuss 2018 in Höhe von 20.909 Tsd. €. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2018 in Höhe von 4.388 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2018 in Höhe von 16.521 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Damit erhöhen sich die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses auf 227.990 Tsd. € und die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses auf 33.540 Tsd. €. Insgesamt beträgt der Stand der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses somit 261.530 Tsd. € nach der Buchung der Ergebnisverwendung.

Jahresabschluss 2018

3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde gemäß § 47 GemHVO nach der direkten Methode aufgestellt, bei der die Ergebnisrechnung sowie die Vermögensrechnung primär bebucht und das entsprechende Konto der Finanzrechnung mitbebucht wird.

Sie liefert zusammenfassende Informationen über den Zahlungsmittelfluss des vergangenen Haushaltsjahres, der zunächst als Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bestimmt wird. Im Weiteren wird die Verwendung für Investitionen sowie die Entwicklung der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

Fremde Zahlungsmittel gemäß § 15 GemHVO sowie die Aufnahme und Tilgung von Kassenkrediten werden im Finanzhaushalt nicht veranschlagt. Im Unterschied dazu zeigt die Finanzrechnung sämtliche Zahlungsströme des vergangenen Jahres, d. h. auch die sogenannten haushaltsunwirksamen Vorgänge. Deren Berücksichtigung ermöglicht einen unmittelbaren Bezug auf die Bilanzposition „flüssige Mittel“.

Als Folge der Umstellung von der indirekten auf die direkte Methode sind die Daten im Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit zwischen Plan und Istwerten in den Jahren 2018/2019 nicht miteinander vergleichbar.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Differenz
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	119.563	61.217	-58.346
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-64.516	-58.270	6.246
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-15.002	-19.980	-4.978
Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	-12.300	45.283	57.583
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	27.745	28.250	504
Zahlungsmittelbestand am Beginn des Haushaltsjahres	209.674	237.419	27.745
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	237.419	265.669	28.250

3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede

3.3.2.1 Erläuterungen im Vorjahresvergleich

Die Finanzrechnung weist für das Jahr 2018 in Bezug zum Vorjahr einen um 58.346 Tsd. € niedrigeren Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Dies ist vor allem auf geringere Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen sowie Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen zurückzuführen.

Der Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6.246 Tsd. € verringert. Der wesentliche Grund für diese Verringerung sind die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen, die um 7.426 Tsd. € geringer ausfallen als in 2017. Die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen liegen mit 57.643 Tsd. € nur geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres (60.531 Tsd. €).

Jahresabschluss 2018

Aufgrund der guten Liquiditätslage wurden lediglich Investitionskredite i. H. v. 2.392 Tsd. € aus dem Investitionsfonds C aufgenommen. Da die Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten die Aufnahmen deutlich überstiegen (22.371 Tsd. €), konnte der Schuldenabbau weiter forciert werden.

Bei den haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen wird ein Überschuss i. H. v. 45.283 Tsd. € ausgewiesen. Die wesentlichen Ursachen für diesen Überschuss sind Rückzahlungen von Betriebsmittelkrediten i. H. v. 15.000 Tsd. € von der TriWiCon sowie eine Cash-Pool-Einlage der ELW zum Jahresende i. H. v. 16.600 Tsd. €.

Insgesamt nahm der Zahlungsmittelüberschuss des Haushaltsjahres im Vergleich zum Vorjahr leicht zu. Die Stichtagsliquidität stieg absolut um 11,9%.

3.3.2.2 Erläuterungen der Planabweichungen

Zahlungsmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit

Der Ansatz des Zahlungsflusses aus Verwaltungstätigkeit ging von einem vorsichtig geschätzten Cash Flow aus Verwaltungstätigkeit i. H. v. 35.020 Tsd. € aus. Im Ergebnis der Haushaltsbewirtschaftung 2018 wurde ein Zahlungsmittelüberschuss aus Verwaltungstätigkeit von 61.217 Tsd. € erzielt.

Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit

Ein negativer Cashflow aus Investitionstätigkeit ist Indikator dafür, dass die LHW im abgeschlossenen Haushaltsjahr mehr investiert als desinvestiert hat.

Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit

Die weiterhin gute Liquiditätslage der LHW führte dazu, dass die für 2018 geplante Nettokreditaufnahme von 64.252 Tsd. € auf nur 2.395 Tsd. € (s.o.) verringert werden konnte. Die Tilgungszahlungen lagen mit 22.375 Tsd. € nur knapp über dem geplanten Ansatz von 21.070 Tsd. €.

Jahresabschluss 2018

3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Die Werte in diesem Kapitel basieren auf dem Datenstand August 2018.

Investitionen (in Tsd. €)	Ausgaben Ist 2017	Ansatz 2018	Budgetveränderung 2018	Ausgaben Ist 2018	Restbudget bzw. Überleitung ⁶⁴
Dez. I	11.399	6.681	31.447	7.731	15.198
Dez. II	307	2.992	1.445	470	1.983
Dez. III / Finanzen ⁶⁵	4.404	778	16.607	14.459	1.463
Dez. III / Kultur	868	1.717	8.622	871	4.734
Dez. III / Schule	13.330	25.817	36.124	11.377	25.282
Dez. IV	95	967	2.283	172	1.539
Dez. V	10.723	23.137	69.734	17.458	37.706
Dez. VI	6.988	18.258	80.762	7.584	45.713
Summe	48.114	80.347	247.024	60.122	133.618

Instandhaltung (in Tsd. €)	Ausgaben Ist 2017	Ansatz 2018	Budgetveränderung 2018	Ausgaben Ist 2018	Restbudget bzw. Überleitung ⁶⁶
Dez. I	4.593	4.645	15.883	4.846	7.841
Dez. II	229	213	835	364	342
Dez. III / Finanzen ⁶⁷	137	102	953	83	486
Dez. III / Kultur	480	1.138	3.892	691	2.169
Dez. III / Schule	8.108	9.954	9.771	6.914	6.405
Dez. IV	1.450	1.391	4.953	1.952	2.196
Dez. V	12.677	12.203	26.571	13.954	12.410
Dez. VI	3.598	6.042	13.959	3.537	8.232
Summe	31.272	35.688	76.817	32.341	40.081

Gesamt	79.386	116.035	323.841	92.463	173.699
---------------	---------------	----------------	----------------	---------------	----------------

Stand 08/2019

⁶⁴ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

⁶⁵ Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds.

⁶⁶ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

⁶⁷ Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds.

Jahresabschluss 2018

Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle (Stand 08/2019):

- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nichtaktivierungsfähige Vorhaben, wie z. B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter.
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, üpl/apl⁶⁸-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr).
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatszuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2018.
- Der Grundstücksfonds und die Wohnbaugebiete (Dezernat IV) ist nicht berücksichtigt.
- Die Baulandumlegung (Dezernat V) ist nicht berücksichtigt
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen. Es waren noch einzelne Genehmigungen überplanmäßiger Ausgaben offen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.

3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitiven Baumaßnahmen

Investitionen (in Tsd. €)		Rest aus 2017	Ansatz 2018	Akt. Ansatz 2018	Ausgaben 2018	Restbudget bzw. max. Überleitung
I.03756	40 Wickerbachgrundschule	0	5.250	3.202	3.202	0
I.03440	40 Th.-Fliedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	0	4.587	3.160	3.160	0
I.04600	66 WIN Kasteler Straße	4.811	0	4.811	2.746	2.065
I.04474	40 KIP Justus-vLiebig-Schule Erweiterung	1.906	870	2.665	2.665	0
I.00619	66 WIN Strassenmeisterei der LHW	2.180	2.100	4.280	2.291	1.990

(Stand: 08/2019 laut SAP)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.11.

3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus dem Investitions- und Instandhaltungsprogramm sind aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

⁶⁸ überplanmäßige / außerplanmäßige Aufwendungen / Ausgaben.

Jahresabschluss 2018

3.5 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der HGO hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

3.6 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LHW nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LHW.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LHW beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Die Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2016 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gliederte sich die Stadtverordnetenversammlung ab 31.12.2018 in die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2018
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	21 Sitze
Christlich Demokratische Union (CDU)	20 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	11 Sitze
AfD	9 Sitze
FDP	9 Sitze
Linke&Piraten	6 Sitze
Freie Wähler / Bürgerliste Wiesbaden (FW/BLW)	3 Sitze
Liberal-konservative-Reformer / Unabhängige Liste Wiesbaden (LKR/ULW)	2 Sitze
Fraktionslose	1 Sitz

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung muss eine Fraktion aus mindestens zwei Stadtverordneten bestehen.

Jahresabschluss 2018

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Gabriel, Christa	David, Michael Seidensticker, Eberhard Große, Claus-Peter von Seemen, Ingo Enders, Gabriele Wernergold, Jürgen
Weitere Stadtverordnete in 2018:	
Altintop-Nelson, Nedret Andes-Müller, Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachhofen, Vanessa (bis 18.11.2018) Bachmann, Christian Becht, Monika Belz, Stephan Beyes, Aglaja Bohrer, Hartmut Braun, Karl Breuer, Stefan Bröder, Wilfried Coigné, Mechthilde Delbasteh Dr., Rashid Denzer, Manuel Deusser-Betin, Jutta Diers, Christian Egert, Urban Forßbohm, Brigitte Gores, Wolfgang Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Heller, Monika Hinninger, Christiane Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa Koch, Simone Küpper, Konstanze Lambrou, Robert Lohrmann, Andrea Lorenz, Bernhard Lork Dr., Klaus-Dieter Lüderitz, Wilfried Maritzen, Ronny	Mensching, Fredy Michna, Hans-Achim (ab 01.10.2018) Mucha, Monika Müller Dr., Eckhard Nickel, Wolfgang Obergfell, Hans-Michael Oschmann, Petermartin Pfeifer, Rainer Preinl, Thomas Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Rutten, Sebastian Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schuchalter-Eicke, Gabriele Schulz, Dimitri Schulz, Joachim Schulz, Peter Schwalbach, Lucas Schwarzer, Julia Seipel-Rotter, Hendrik (ab 19.11.2018) Sobek, Jörg Spallek, Stefan (bis 30.09.2018) Spruch, Claudia Temmen, Sandra Ubersohn Dr., Gerhard Vogt, Petra Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Wagner, Erika Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Sarah Wilhelmy, Veit Winkelmann, Alexander Wittkowski Dr., Bernd

Jahresabschluss 2018

Für die Wahlperiode 2016 bis 2021 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Beteiligungsausschuss
- Ständiger Wahlvorbereitungsausschuss (bis 08.11.2018)
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, 5 hauptamtlichen Stadträten (Dezernenten) bis zum 30.09.2018, ab 01.10.2018 4 hauptamtlichen Stadträten (Dezernenten) sowie weiteren 15 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

Jahresabschluss 2018

Die Mitglieder des Magistrats in 2018 (Stand: 31.12.2018) waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Dr. Franz, Oliver	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev (bis 30.09.2018) Kessler, Hans-Martin Kowol, Andreas Manjura, Christoph Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Becker, Nathalie Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Nehrbaß, Helmut Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die letzte Wahl fand im Jahr 2019 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LHW.

3.7 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2018 standen durchschnittlich 4.585 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 975 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamtinnen/ Beamte) sowie 3.610 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer).

Jahresabschluss 2018

3.8 Haftungsverhältnisse

Die LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der LHW beträgt aktuell 31 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

Die LHW hat diverse Ausfallbürgschaften übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31.12.2018 betrug insgesamt 549.533 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
Bürgschaften für Außenstehende	6.024
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	0
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WV Wiesbaden Holding GmbH	198.919
GW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	96.733
ESWE Versorgungs AG	49.833
HELIOS	50.422
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	70.506
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	17.573
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	7.891
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	767
GWI Gewerbeimmobilien GmbH	3.083
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	12.436
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	2.642
WI-Bau GmbH	32.704
Gesamt	549.533

Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

Jahresabschluss 2018

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

3.9 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der LH Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m ²	jährlicher Mietzins inkl. NK-Vorausz. in Tsd. €
Europaviertel (ohne Lagerflächen)	28.02.2020	7.247	1.093
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	7.438	1.410
Schillerplatz 1-2	30.09.2026	8.288	1.534
Konradinallee 11	30.09.2039	16.721	3.354
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2027	22.628	4.651

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p. a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2018	Kosten 2019 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS*	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	mind. 8.386 Tsd. €	Derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger**	Unterschiedlich - je nach Träger	60.573 Tsd. €	mind. 58.205 Tsd. € p.a.
Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	01.01.2016-31.12.2035	1.925 Tsd. €	mind. 2.021 Tsd. €

* Zusätzlich zum IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS nehmen die Ämter Zusatzausstattungen bei WIVERTIS in Anspruch. Für diese Zusatzausstattungen belaufen sich die jährlichen Kosten im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf 5.654 Tsd. €.

** durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse ab 2019 ff. zu rechnen.

Jahresabschluss 2018

3.10 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität). Auf die Angabe von Posten, für die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren kein Betrag auszuweisen ist, wird verzichtet.

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LHW wurden grundsätzlich mit den AHK aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten AHK zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

Seit 2013 werden Grundstücke, für die ein Erbbaurecht vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abgewertet.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraaster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 100 % (Gewerbsteuerforderungen) wertberichtigt.

Gewerbsteuerforderungen über 50 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100 % einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgliedert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000 € übersteigen.

Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden fünf Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO-Doppik).

Jahresabschluss 2018

Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

Rückstellungen

Gemäß § 39 der Verordnung über die Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (GemHVO) sind **Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen nach Maßgabe des § 41 Abs. 6 GemHVO zu bilden.

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2018 zugrunde.

Zum Jahresabschluss 2017 wurde die Buchung der Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen auf das Bruttoprinzip umgestellt. Durch die Umstellung der Buchungstechnik erhöhen sich die Zuführung sowie die Auflösung / Inanspruchnahme der Rückstellung.

Das versicherungsmathematische Bewertungsverfahren zur Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Abs. 3 Einkommenssteuergesetz⁶⁹. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (zum Stichtag 31.12.2018 in Höhe von 3,21 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 85.473 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Die Bewertung unterstellt eine monatliche vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 55 % (60 % bei Eheschließung vor dem 01.01.2002 wenn mindestens ein Ehegatte vor dem 02.01.1962 geboren ist) des Ruhegehalts angesetzt, das der/die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er/sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld beträgt 12 % für Halbwaisen und 20 % für Vollwaisen.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HESBeamVG⁷⁰ wurde bei den Beamtinnen/ Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

⁶⁹ Im Folgenden EStG.

⁷⁰ Hessisches Beamtenversorgungsgesetz.

Jahresabschluss 2018

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LHW dar. Für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten ist eine **Rückstellung** zu bilden. Bei der Bewertung der **Beihilfeverpflichtungen** zum Stichtag 31.12.2018 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 4.875 € p. a. in Ansatz gebracht. Dafür wurde die durchschnittliche Beihilfezahlung pro Versorgungsempfänger über die letzten drei Vorjahre für die Prognose angesetzt.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des IDW vom 19.06.2013 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Für Tarifbeschäftigte richten sich Art und Umfang der Altersteilzeitleistungen nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27.02.2010 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 29.04.2016 in Verbindung mit dem Altersteilzeitgesetz (AltTZG) vom 23.07.1996 in der jeweils geltenden Fassung.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt** nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (2 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Dieser Differenzbetrag wird entsprechend der Dienstvereinbarung jeweils im Juni des Folgejahres nach Leistungsgesichtspunkten ausgezahlt.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 39 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Die **Rückstellungen für Instandhaltungen** werden seit dem Jahresabschluss 2013 auf Basis des Quotienten in Höhe von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen gebildet. Frühere Verfahren haben sich bei der Vielzahl der Objekte als nicht praktikabel erwiesen.

Verbindlichkeiten sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10 Tsd. € im Einzelfall übersteigen.

Jahresabschluss 2018

4 Tabellenteil

Jahresabschluss 2018

4.1 Anlagenspiegel (in Tsd. €)

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen						Buchwert	
	Gesamte AK/HK am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	8.864	585	468	539	9.520	6.511	0	959	468	0	7.002	2.517	2.353
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	110.755	4.112	3.984	103	110.987	36.988	0	6.971	3.949	0	40.009	70.977	73.767
Summe 1.	119.619	4.697	4.452	642	120.506	43.499	0	7.930	4.418	0	47.012	73.495	76.120
2. Sachanlagevermögen													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	475.781	40.311	19.246	-2.719	494.126	3.772	0	2.968	0	0	6.740	487.387	472.009
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	752.234	15.081	1.487	25.089	790.917	265.268	0	12.415	669	0	277.014	513.903	486.967
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.161.280	7.727	2.862	2.927	1.169.072	783.240	0	17.974	591	0	800.642	368.430	378.040
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	220	98	0	1	320	85	0	18	0	0	103	217	136
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	84.730	6.676	1.580	352	90.178	50.821	0	5.919	1.563	0	55.177	35.001	33.910
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	74.370	25.599	147	-31.006	68.815	0	0	0	0	0	0	68.815	74.370
Summe 2.	2.548.615	95.492	25.322	-5.356	2.613.429	1.103.185	0	39.294	2.822	0	1.139.675	1.473.754	1.445.431
3. Finanzanlagevermögen													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	512.453	13.909	39.953	4.714	491.124	34.082	0	11.474	120	0	45.435	445.689	478.372
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	63.602	1.336	1.377	0	63.561	0	0	0	0	0	0	63.561	63.602
3.3 Beteiligungen	181	0	0	0	181	3	0	0	0	0	3	179	179
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.830	0	242	0	16.589	0	0	0	0	0	0	16.589	16.830
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.000	15.800	0	0	50.800	0	0	0	0	0	0	50.800	35.000
3.6 Sonstige Finanzanlagen	70.436	0	1.414	0	69.022	0	0	0	0	0	0	69.022	70.436
Summe 3.	698.502	31.045	42.985	4.714	691.276	34.084	0	11.474	120	0	45.437	645.839	664.418
4. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	0	0	0	173.640	0	0	0	0	0	0	173.640	173.640
Gesamtsumme (1. bis 4.)	3.540.377	131.234	72.759	0	3.598.852	1.180.768	0	58.698	7.360	0	1.232.124	2.366.728	2.359.608

Jahresabschluss 2018

4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zum Ende des Haushaltsjahres (ohne Wertber.) Tsd. €	Restlaufzeiten			nachrichtlich Wertberichtigungen Tsd. €	nachrichtlich Abschreibungen Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €
		bis zu einem Jahr (bis 31.12.2018) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.19 - 31.12.22) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2023) Tsd. €				
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	49.562	18.440	6.136	24.986	-	0	49.562	45.829
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	73.374	73.273	73	27	-	43.274	30.100	33.890
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.410	1.198	194	19	-	337	1.073	749
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	21.108	21.108	-	-	-	1	21.107	40.329
5. Sonstige Vermögensgegenstände	21.645	20.323	1.045	277	-	8.867	12.778	10.445
Summe	167.098	134.342	7.449	25.308	-	52.479	114.620	131.242

Jahresabschluss 2018

4.3 Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2018 EUR	2018 EUR	2018 EUR	31.12.2018 EUR
I. Nettoposition	1.259.089.688			1.259.089.688
II. Rücklagen	150.284.942	92.220.557	0	242.505.499
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	136.726.753	86.875.617	0	223.602.371
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	11.674.228	5.344.940	0	17.019.168
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961	0	0	1.883.961
III. Verluste aus Vorjahren	0	0	0	0
IV. Jahresergebnis	92.220.557	0	0	20.908.931
Eigenkapital inkl. Jahresergebnis	1.501.595.187	0	0	1.522.504.118

4.4 Sonderpostenspiegel

Sonderposten		Stand zu Beginn des (1)	Zugänge im Haushaltsjahr (2)	Abgänge im Haushaltsjahr (3)	planmäßige Auflösung € (4)	Stand am Ende des Haushaltsjahre (5)
1.	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und					
1.1	Zuweisungen von öffentlichen Bereichen	222.785	3.437	38.664	10.638	176.919
1.2	Zuschüsse von nicht öffentlichen Bereichen	8.380	489	76	340	8.453
1.3	Investitionsbeiträge	26.857	30	0	2.368	24.519
	Summe 1.	258.022	3.956	38.741	13.347	209.891
2.	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0	0	0	0	0
	Summe 2.	0	0	0	0	0
	Gesamtsumme (1. bis 2.)	258.022	3.956	38.741	13.347	209.891

Jahresabschluss 2018

4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand 01.01.2018 EUR	Verbrauch 2018 EUR	Auflösung 2018 EUR	Zuführung 2018 EUR	Endstand 31.12.2018 EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	532.632.516		12.782.377	26.092.342	545.942.481
Pensionsrückstellung	463.818.952		11.470.459	19.663.081	472.011.574
Rückstellung Altersteilzeit	1.279.892		293.542	674.805	1.661.155
Rückstellung Beihilfe Versorgungsempfänger	67.533.672		1.018.376	5.754.456	72.269.752
Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern	4.710.870	135.041		5.132.643	9.708.472
Rückstellung für Kapitalertragssteuer	0			3.943.448	3.943.448
sonstige Rückstellung Steuern u. Finanzen	4.710.870	135.041		1.189.195	5.765.024
Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	11.429.617	41.661			11.387.956
sonstige Rückstellungen	10.816.938	3.552.909	7.300	9.682.332	16.939.061
Rückstellung für Leistungsentgelt	2.316.331	2.316.331		2.436.980	2.436.980
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	6.140.865			760.448	6.901.313
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	1.129.741	1.129.741		1.809.729	1.809.729
Sonstige Rückstellungen	1.230.002	106.837	7.300	4.675.175	5.791.040
Rentenzahlung KDZ Bürgschaft				3.800.000	3.800.000
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	813.895			10.140	824.035
ITM (Rechnung Wivertis)	48.465	48.465			0
Rückbau Bauernbrücke	47.257				47.257
Zinsverpflicht. Soz. Stadt.	112.513		3.800		108.713
Nebenkostenabrechnung Verwaltungsgebäude	58.372	58.372		77.535	77.535
Schülerbeförderungskosten	146.000			413.500	559.500
Führungskräfteworkshop	3.500		3.500		0
Pauschalfinanzierter Träger Obermayr	0			374.000	374.000
Gesamt	559.589.942	3.729.611	12.789.677	40.907.317	583.977.970

Jahresabschluss 2018

4.6 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2019) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.20 - 31.12.23) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2024) Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten <i>davon Verbindlichkeiten für Liquiditätssicherung</i>	309.997 -	295.267 4.100	22.584 4.100	72.774 -	199.909 -
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	30.596	29.446	3.004	9.995	16.447
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.038	885	-	23	862
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	-	-	-	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	4.145	4.373	4.373	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.115	13.324	13.324	-	-
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.908	6.116	6.116	-	-
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	13.038	33.954	33.954	-	-
8. Sonstige Verbindlichkeiten	29.427	40.009	40.009	-	-
Summe	402.264	423.374	123.364	82.792	217.218

Jahresabschluss 2018

4.7 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2018 EUR	Endstand 2018 EUR
sonstige Forderungen aus Cash Pool für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	3.200.000,00	4.300.000,00
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	3.200.000,00	4.300.000,00
Legalisationen Urkundenprüfung	383,00	0,00
Vorverkauf Caligari	2.229,50	0,00
Summe sonstige Vermögensgegenstände	2.612,50	0,00

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2018 EUR	Endstand 2018 EUR
sonstige Verbindlichkeiten aus Cash Pool für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	0,00	16.800.000,00
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	5.122.383,05	4.985.672,27
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	6.003.341,41	22.666.630,63
Erich-Haub-Zais-Stiftung	141.123,96	682.934,11
Georg-Konell-Preis	8.588,94	3.588,94
Christian-Zais-Preis	14.117,85	14.117,85
Bundesanteile Gebühren	71.366,44	72.438,80
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	28.201,32	17.159,33
sonstige durchlaufende Gelder	34.496,59	48.819,54
Erbschaft Kubis	142.482,20	356.837,40
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	464.083,35	611.605,28
Verbindlichkeiten ggü. Land aus Bundesmittel U3	0,00	50.000,00
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	4.178,00	4.178,00
sonstige Verbindlichkeiten	908.638,65	1.861.679,25

Jahresabschluss 2018

4.8 Ergebnisrechnung Wiesbaden

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.547	-11.420	-11.009	-411
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-44.677	-50.300	-50.234	-67
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-20.653	-19.544	-23.022	3.478
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.079	-500	-1.217	717
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-591.523	-589.299	-570.416	-18.883
6	Erträge aus Transferleistungen	-230.486	-204.959	-232.927	27.968
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-246.716	-214.701	-214.305	-396
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.390	-12.501	-13.028	527
9	Sonstige ordentliche Erträge	-39.055	-23.282	-42.713	19.431
10	Summe der ordentlichen Erträge	-1.202.125	-1.126.507	-1.158.871	32.364
11	Personalaufwendungen	240.349	256.410	255.188	1.222
12	Versorgungsaufwendungen	69.096	43.498	55.292	-11.795
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	155.801	183.479	165.397	18.082
14	Abschreibungen	47.335	56.309	48.351	7.958
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	117.855	129.741	136.190	-6.450
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	126.604	126.362	123.374	2.988
17	Transferaufwendungen	406.414	395.365	415.975	-20.610
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-30.404	-27.703	-27.166	-537
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.133.051	1.163.460	1.172.602	-9.142
20	Verwaltungsergebnis	-69.074	36.953	13.731	23.222
21	Finanzerträge	-31.240	-26.965	-33.608	6.644
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.296	14.240	14.355	-115
23	Finanzergebnis	-13.944	-12.725	-19.253	6.528
24	Ordentliches Ergebnis	-83.018	24.228	-5.522	29.751
25	Außerordentliche Erträge	-13.566	-1.107	-89.674	88.567
26	Außerordentliche Aufwendungen	11.333	9	76.805	-76.796
27	Außerordentliches Ergebnis	-2.233	-1.098	-12.869	11.771
28	Jahresergebnis	-85.251	23.130	-18.391	41.522

Jahresabschluss 2018

4.9 Ergebnisrechnung AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-853	-645	-873	228
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.816	-2.275	-2.314	39
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-137	-101	-510	409
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-82	0	-212	212
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-44.803	-51.432	-44.594	-6.838
6	Erträge aus Transferleistungen	-267	-328	-425	96
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-20.273	-18.097	-17.389	-708
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-159	0	-319	319
9	Sonstige ordentliche Erträge	-127	-81	-752	670
10	Summe der ordentlichen Erträge	-68.518	-72.959	-67.386	-5.573
11	Personalaufwendungen	2.113	2.314	2.099	215
12	Versorgungsaufwendungen	82	78	85	-6
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.644	11.378	12.195	-817
14	Abschreibungen	5.141	4.395	6.254	-1.859
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	5.553	5.871	6.151	-280
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	8.828	9.675	8.510	1.165
17	Transferaufwendungen	804	874	809	64
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.044	30.762	32.659	-1.897
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	64.208	65.347	68.761	-3.415
20	Verwaltungsergebnis	-4.310	-7.613	1.375	-8.987
21	Finanzerträge	-226	-603	-795	192
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	678	527	555	-28
23	Finanzergebnis	452	-76	-240	164
24	Ordentliches Ergebnis	-3.858	-7.689	1.135	-8.824
25	Außerordentliche Erträge	-3.138	0	-3.774	3.774
26	Außerordentliche Aufwendungen	26	0	122	-122
27	Außerordentliches Ergebnis	-3.112	0	-3.652	3.652
28	Jahresergebnis	-6.970	-7.689	-2.517	-5.171

Jahresabschluss 2018

4.10 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 J. Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-832	-1.859	-862	-997
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.692	-3.361	-3.412	51
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-4.657	-4.698	-4.013	-685
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-280	-210	-241	30
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-33	-57	-59	3
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13	0	-26	26
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.080	-949	-1.101	152
10	Summe der ordentlichen Erträge	-10.588	-11.134	-9.714	-1.420
11	Personalaufwendungen	46.533	49.536	48.536	1.000
12	Versorgungsaufwendungen	13.343	12.624	13.971	-1.347
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.978	27.091	25.674	1.417
14	Abschreibungen	5.509	5.175	5.778	-603
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.808	2.067	2.596	-529
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	17	119	55	64
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	92.188	96.611	96.610	1
20	Verwaltungsergebnis	81.600	85.478	86.896	-1.418
21	Finanzerträge	-3	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	0	0	0
23	Finanzergebnis	0	0	0	0
24	Ordentliches Ergebnis	81.600	85.478	86.896	-1.418
25	Außerordentliche Erträge	-368	0	-408	408
26	Außerordentliche Aufwendungen	202	5	473	-468
27	Außerordentliches Ergebnis	-167	5	65	-60
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	81.434	85.483	86.961	-1.478
29	Ergebnis aus dLV	-628	-1.456	-1.025	-431
30	Ergebnis aus Umlagen	-28.372	-29.454	-28.551	-903
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-29.000	-30.910	-29.575	-1.335
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	52.434	54.573	57.386	-2.813

Jahresabschluss 2018

Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-302	-215	-247	32
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.945	-9.735	-10.065	331
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-829	-417	-461	44
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-98	-77	-108	30
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-820	-781	-838	57
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-370	-414	-411	-3
10	Summe der ordentlichen Erträge	-16.364	-11.638	-12.129	491
11	Personalaufwendungen	22.120	20.920	19.817	1.103
12	Versorgungsaufwendungen	2.091	1.526	1.701	-175
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.254	20.486	24.087	-3.602
14	Abschreibungen	471	257	989	-731
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	780	523	895	-372
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8	5	3	2
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	46.724	43.717	47.492	-3.775
20	Verwaltungsergebnis	30.360	32.079	35.363	-3.284
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	0	0	0	0
24	Ordentliches Ergebnis	30.360	32.079	35.363	-3.284
25	Außerordentliche Erträge	-6	0	0	0
26	Außerordentliche Aufwendungen	1	0	14	-14
27	Außerordentliches Ergebnis	-5	0	14	-14
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	30.355	32.079	35.376	-3.298
29	Ergebnis aus dLV	-105	16	33	-17
30	Ergebnis aus Umlagen	3.302	524	-103	627
31	Ergebnis aus internen Leistungen	3.197	540	-70	610
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	33.551	32.619	35.307	-2.688

Jahresabschluss 2018

Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 / Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.294	-1.375	-1.602	226
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-279	-255	-248	-6
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-2.407	-2.521	-2.591	70
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-17	-7	-2	-5
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-6.508	-5.196	-5.967	771
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-396	0	-730	730
9	Sonstige ordentliche Erträge	-18.067	-18.006	-18.151	145
10	Summe der ordentlichen Erträge	-29.968	-27.359	-29.291	1.932
11	Personalaufwendungen	28.055	27.443	27.647	-204
12	Versorgungsaufwendungen	2.832	2.926	2.752	174
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	48.121	56.088	49.813	6.275
14	Abschreibungen	12.318	12.706	12.635	71
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	44.595	45.790	49.122	-3.331
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	1	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	54	69	54	16
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	135.976	145.022	142.022	3.000
20	Verwaltungsergebnis	106.008	117.662	112.731	4.931
21	Finanzerträge	-4.691	-5.042	-5.495	453
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	8	-8
23	Finanzergebnis	-4.690	-5.042	-5.486	444
24	Ordentliches Ergebnis	101.318	112.620	107.244	5.376
25	Außerordentliche Erträge	-1.532	0	-38.727	38.727
26	Außerordentliche Aufwendungen	7.925	0	51.761	-51.761
27	Außerordentliches Ergebnis	6.393	0	13.034	-13.034
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	107.710	112.620	120.279	-7.659
29	Ergebnis aus dLV	1.387	335	1.071	-736
30	Ergebnis aus Umlagen	-1.511	2.009	-11.083	13.092
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-124	2.344	-10.012	12.356
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	107.587	114.964	110.266	4.698

Jahresabschluss 2018

Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 J. Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.373	-5.472	-5.974	502
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.058	-5.290	-5.434	144
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-366	-539	-403	-136
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-6	-22	-7	-15
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-13	-243	-14	-229
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-8	0	-16	16
9	Sonstige ordentliche Erträge	-758	-1.754	-1.932	177
10	Summe der ordentlichen Erträge	-15.581	-13.320	-13.780	460
11	Personalaufwendungen	17.204	18.355	17.922	433
12	Versorgungsaufwendungen	2.028	2.457	2.097	360
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.464	11.127	7.377	3.749
14	Abschreibungen	1.412	1.108	1.207	-99
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.014	-177	1.213	-1.390
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	41	0	91	-91
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	471	851	655	196
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	35.635	33.720	30.562	3.159
20	Verwaltungsergebnis	20.054	20.400	16.782	3.619
21	Finanzerträge	-10	-10	0	-10
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10	65	-7	72
23	Finanzergebnis	-20	55	-7	62
24	Ordentliches Ergebnis	20.035	20.455	16.775	3.681
25	Außerordentliche Erträge	-12.185	-600	-49.437	48.837
26	Außerordentliche Aufwendungen	463	0	15.866	-15.866
27	Außerordentliches Ergebnis	-11.722	-600	-33.572	32.972
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	8.313	19.855	-16.797	36.652
29	Ergebnis aus dLV	-3.501	-1.174	-2.755	1.581
30	Ergebnis aus Umlagen	201	2.232	2.371	-139
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-3.300	1.058	-384	1.442
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	5.013	20.914	-17.181	38.095

Jahresabschluss 2018

Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 / Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.659	-1.621	-1.423	-198
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.619	-20.854	-17.851	-3.003
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-1.141	-1.333	-1.767	434
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-14	0	-70	70
6	Erträge aus Transferleistungen	-3	0	-3	3
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-894	-9.752	-1.142	-8.610
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-352	0	-718	718
9	Sonstige ordentliche Erträge	-748	-577	-762	185
10	Summe der ordentlichen Erträge	-17.432	-34.137	-23.735	-10.401
11	Personalaufwendungen	27.818	36.058	35.117	941
12	Versorgungsaufwendungen	1.584	1.669	2.150	-481
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.174	39.922	37.130	2.792
14	Abschreibungen	19.309	18.503	19.566	-1.063
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	315	341	443	-102
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	75	77	69	8
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	80.276	96.570	94.475	2.095
20	Verwaltungsergebnis	62.844	62.433	70.739	-8.306
21	Finanzerträge	-4	-3	-3	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	3	-3
23	Finanzergebnis	-4	-3	0	-3
24	Ordentliches Ergebnis	62.840	62.430	70.739	-8.309
25	Außerordentliche Erträge	-2.504	-507	-3.682	3.175
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.453	4	4.923	-4.919
27	Außerordentliches Ergebnis	-1.050	-503	1.241	-1.744
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	61.790	61.927	71.980	-10.053
29	Ergebnis aus dLV	488	-70	56	-126
30	Ergebnis aus Umlagen	3.584	3.543	4.822	-1.279
31	Ergebnis aus internen Leistungen	4.072	3.473	4.878	-1.405
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	65.862	65.400	76.858	-11.458

Jahresabschluss 2018

Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-940	-1.524	-1.776	252
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.899	-13.081	-15.536	2.455
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-8.714	-7.419	-11.579	4.159
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-230.348	-204.970	-232.992	28.021
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-63.160	-58.899	-65.768	6.870
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-35	0	-72	72
9	Sonstige ordentliche Erträge	-3.668	-1.664	-1.812	148
10	Summe der ordentlichen Erträge	-317.765	-287.557	-329.535	41.978
11	Personalaufwendungen	100.149	105.899	107.432	-1.534
12	Versorgungsaufwendungen	6.777	7.374	6.614	760
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.512	32.379	32.588	-209
14	Abschreibungen	6.239	5.294	6.281	-987
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	66.430	80.509	80.608	-99
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	407.177	396.238	416.694	-20.456
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14	14	18	-4
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	615.298	627.707	650.236	-22.529
20	Verwaltungsergebnis	297.533	340.150	320.701	19.449
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	1	1
23	Finanzergebnis	0	2	1	1
24	Ordentliches Ergebnis	297.533	340.152	320.702	19.450
25	Außerordentliche Erträge	-109	0	-1.194	1.194
26	Außerordentliche Aufwendungen	4	0	90	-90
27	Außerordentliches Ergebnis	-105	0	-1.104	1.104
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	297.427	340.152	319.599	20.554
29	Ergebnis aus dLV	1.197	1.037	1.191	-154
30	Ergebnis aus Umlagen	22.796	21.145	32.543	-11.398
31	Ergebnis aus internen Leistungen	23.993	22.182	33.734	-11.552
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	321.420	362.334	353.333	9.001

Jahresabschluss 2018

Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2018	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 J. Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-2.677	-2.718	-2.718	0
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-500	0	-500
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-636.312	-640.731	-614.940	-25.791
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-195.559	-157.872	-157.906	34
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-12.744	-12.501	-11.784	-716
9	Sonstige ordentliche Erträge	-14.490	0	-19.296	19.296
10	Summe der ordentlichen Erträge	-861.783	-814.321	-806.644	-7.678
11	Personalaufwendungen	584	514	815	-301
12	Versorgungsaufwendungen	40.522	15.000	26.092	-11.092
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-59	7.765	922	6.843
14	Abschreibungen	7.218	17.661	8.150	9.511
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	7.465	6.559	7.465	-906
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	135.432	136.038	131.884	4.154
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	1.923	4.638	-2.715
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	191.163	185.460	179.966	5.493
20	Verwaltungsergebnis	-670.620	-628.862	-626.677	-2.184
21	Finanzerträge	-26.758	-22.513	-28.906	6.393
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.979	14.699	14.905	-206
23	Finanzergebnis	-8.779	-7.814	-14.001	6.187
24	Ordentliches Ergebnis	-679.399	-636.675	-640.678	4.003
25	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.311	0	3.800	-3.800
27	Außerordentliches Ergebnis	1.311	0	3.800	-3.800
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-678.088	-636.675	-636.878	203
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
31	Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0	0
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-678.088	-636.675	-636.878	203

Jahresabschluss 2018

4.11 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen 2018

Bezeichnung		Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018 / max. Überleitung
Dezernat I						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		4.435	2.206	8.972	4.108	4.864
I.04522	91 mattiaqua Investitionszuschuss	262	0	917	917	0
I.02985	10 BGH Medenbach Neubau	0	0	1.152	914	239
I.03302	37 Neubau Feuer- u Rettungswache Igsta	1.821	1.706	3.527	690	2.837
I.02256	10 BGH Delkenheim Generalsanierung	877	500	1.840	684	1.156
I.04823	52 SP BSA Kastel Sanierung Kunstrasen	399	0	399	277	122
I.03800	52 INV-Zuschuss - DSB, Neubau Bundesle	500	0	500	250	250
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neuba	576	0	446	215	231
I.04911	52 KA Klarenthal Erneuerung Kunstrasen	0	0	190	161	29
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		5.063	2.430	5.979	371	5.608
Programme		4.361	2.045	8.229	3.253	4.976
Bau- und Beschaffungsprogramm Dez. I		4.192	2.045	8.060	3.219	4.841
Zuschüsse an Dritte Dez. I		169	0	169	33	136
Gesamt		13.860	6.681	23.180	7.731	15.448

Jahresabschluss 2018

Bezeichnung		Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018 / max. Überleitung
Dezernat II						
Maßnahmen (Ist > 10 Tsd. €)		1.633	233	1.755	430	1.324
I.01844	Beschaffungen f. Sicherheitsprojekt	1.494	35	1.537	371	1.166
I.00324	Beschaffung von Fahrzeugen	85	178	123	28	95
I.05078	Beschaffungen Standesamt	0	0	17	17	0
I.00126	Beschaffungen Betriebsinventar	55	20	78	14	64
Maßnahmen (Ist < 10 Tsd. €)		278	3.107	698	40	658
Gesamt		1.911	3.340	2.453	470	1.983

Jahresabschluss 2018

Bezeichnung	Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018/ max. Überleitung
Dezernat III Finanzen					
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)	935	706	15.550	14.370	1.180
I.02748	20 Kapitaleinlagen allgemein	0	13.909	13.909	0
I.04851	2005 IT-M Produktivgang e-Akte	501	857	336	520
I.04848	2005 WinKoSi/PIWI (RIS)	434	784	124	660
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	54	32	86	0	86
Beschaffungen	21	40	286	90	196
Gesamt	1.010	778	15.922	14.459	1.463

Bezeichnung	Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018/ max. Überleitung
Dezernat III Schule					
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)	0	19.994	9.436	9.436	0
I.03756	40 Rudolf-Dietz-Schule	0	3.202	3.202	0
I.03440	40 Th.-Friedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	0	3.160	3.160	0
I.03722	40 Albert-Schweitzer-Schule Neubau	0	1.144	1.144	0
I.04725	40 Hafenschule Container	0	727	727	0
I.04357	40 Grundschule Innenstadt Neubau	0	627	627	0
I.03762	40 Carl-von-Ossietzky-Schule Neubau	0	576	576	0
Programme (Ist > 100 Tsd. €)	12.336	4.664	12.991	7.350	5.641
Sonstige Programme Schulen	6.960	465	1.153	401	752
Schulbudget Beschaffungen	53	0	243	213	31
Ersatzinventar Schulen	348	270	903	853	50
Kommunales Investitionsprogramm Schulen	4.975	3.929	10.691	5.883	4.808
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	8.806	5.138	24.923	474	24.449
Gesamt	21.143	29.796	47.350	17.261	30.090

Jahresabschluss 2018

Bezeichnung	Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018/ max. Überleitung
Dezernat III Kultur					
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)	1.873	1.000	2.873	616	2.258
I.03757 41 Kunsthaus Generalsanierung	1.873	1.000	2.873	616	2.258
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	6.951	611	2.448	90	2.358
Beschaffungen	193	106	285	166	119
Gesamt	9.016	1.717	5.605	871	4.734

Jahresabschluss 2018

Bezeichnung		Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018 / max. Überleitung
Dezernat IV						
Maßnahmen mit IST Buchungen		445	400	1.234	45	1.189
I.04446	Sanierung Gaststätte Burg Sonnenberg	445	0	834	42	792
I.04799	Heimfall Gaststätte Schläferskopf	0	400	400	2	398
Beschaffungen		193	158	391	127	264
Maßnahmen ohne IST Buchungen		77	409	86	0	86
Gesamt		714	967	1.711	172	1.539

Jahresabschluss 2018

Bezeichnung		Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018 / max. Überleitung
Dezernat V						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		0	0	273	273	0
I.04047	66 WIN EM Bierstadt Nord Baufeld 1	0	0	163	163	0
I.05164	WIN DIGI-V	0	0	111	111	0
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		3.984	4.362	4.546	295	4.251
Programme		27.932	18.775	50.345	16.889	33.456
Bau- und Beschaffungsprogramm Dez. V		14.541	4.686	19.975	6.475	13.501
Aktive Kernbereiche Dez. V		714	200	1.149	657	493
Sonstige Investitionsprogramme Dez. V		3.868	5.032	9.081	2.322	6.759
Kinderspielplatzprogramm Dez. V		516	1.040	1.587	504	1.082
Lichtsignalanlagen INV		395	220	615	273	342
Radwegeprogramm INV		1.634	2.000	4.634	1.480	3.154
Fahrbahndeckenprogramm INV		654	1.130	1.864	1.556	309
Bushaltestellen-Fahrbahn INV		480	0	514	503	11
Ingenieurbauwerke INV		1.301	1.397	2.698	323	2.375
Stadtumbau Kostheim/Kastel 66/61 IN		830	0	830	489	341
Verkehrssicherung Fahr-/Gehwege INV		57	600	657	276	380
Grundhafte Erneuerung INV		878	250	1.800	276	1.524
Fußgängersicherung und Verkehrsberuhigung		276	100	566	217	348
Straßenbeleuchtungsanlagen INV		502	420	1.407	642	765
Äußere Erschließung Wohngebiete		799	1.500	2.300	701	1.599
Zuschüsse an Dritte Programme Dezernat V		487	200	667	194	474
Gesamt		31.916	23.137	55.165	17.458	37.707

Jahresabschluss 2018

Bezeichnung	Überleitung aus 2017	Ansatz 2018	aktualisierter Ansatz 2018	Ist 2018	Restbudget 2018 / max. Überleitung
Dezernat VI					
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)	4.535	0	6.085	4.149	1.935
I.04661 Kita Hessenring Erweiterung	0	0	1.500	947	553
I.03889 Ev. Kita Bierstadt Ersatzneubau	950	0	950	818	132
I.03263 Erlösergem. Kastel Krippenerweiterung	762	0	762	686	76
I.04358 Kita Hessenring Grundsanierung	2.154	0	1.622	662	961
I.04359 Ev. Kita Delkenheim Krippenerweiterung	669	0	829	616	213
I.05027 INV Zusch.Umb.Erw.EVIM Cam. Kla	0	0	300	300	0
I.05186 INV Zusch. Ev. Kita Or. Ged.-Kirch	0	0	121	121	0
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	4.376	5.772	10.135	279	9.856
Programme	22.833	12.486	37.077	3.155	33.922
Sonstige Investitionsprogramme Dez. VI	1.018	516	1.850	835	1.015
Wohnungsbau Dez. VI	12.227	9.075	21.302	1.366	19.936
Soziale Stadt Investitionen	9.587	2.895	13.925	954	12.971
Gesamt	31.744	18.258	53.297	7.584	45.713

Herausgeber: Landeshauptstadt Wiesbaden | Dezernat III - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur
 Schillerplatz 1 - 2 | 65185 Wiesbaden
 dezernat.III@wiesbaden.de

Bildrechte des Titelbildes: ©Wiesbaden Marketing GmbH